

HLZ

Zeitschrift der **GEW** Hessen
für Erziehung, Bildung, Forschung

61. Jahr Heft 1/2 Jan./Febr. 2008



Landtagswahlen 2008

Personalratswahlen vorbereiten

Anfang Dezember haben sich die Haupt- und Gesamtwahlstände konstituiert, die jetzt die Federführung für die Durchführung der Personalratswahlen am 6. und 7. Mai 2008 übernommen haben. Auch in den nächsten Ausgaben der HLZ werden wir regelmäßig über die anstehenden Schritte informieren, die insbesondere für die örtlichen Wahlvorstände wichtig sind.

Nach dem Ende der Weihnachtsferien sollten an allen Schulen und Dienststellen im Land Hessen Wahlvorstände gebildet sein. Dazu benennt der Schulpersonalrat drei Wahlberechtigte, ein Mitglied als Vorsitzenden. Die Zusammensetzung des Wahlvorstands muss in der Dienststelle durch Aushang bekannt gegeben werden.

Bis zum 23. 1. 2008 muss jeder Wahlvorstand die Zahl der Wahlberechtigten ermitteln und an den zuständigen Gesamtwahlvorstand weiterleiten und zwar getrennt nach Beamtinnen und Angestellten sowie nach Männern und Frauen.

Frühzeitig müssen auch die Vorabstimmungen über gemeinsame Wahl durchgeführt werden. Ohne großen Aufwand kann man so sicher stellen, dass die Beamten auch Angestellte wählen dürfen und umgekehrt.

Das neue Wahlhandbuch der GEW mit allen wichtigen Informationen und Vordrucken für die Durchführung der Personalratswahlen wird unmittelbar nach den Weihnachtsferien allen Schulen zugesandt. Informationen über alle Fragen der Wahlberechtigung gingen als Vorabdruck aus dem Wahlhandbuch vorab den GEW-Vertrauensleuten zur Weitergabe an die örtlichen Wahlvorstände zu.

Aus dem Inhalt

Rubriken

- S. 4 Spot(t)light
- S. 5 Briefe
- S. 6 Meldungen
- S. 33 Eine von uns
- S. 34 Recht und Personalrat
- S. 35 Magazin

Titelthema: Landtagswahl 2008

- S. 10 HLZ fragt – Parteien antworten
- S. 10 Arbeit und Einkommen
- S. 13 Schule und Bildung
- S. 17 Lehrerbildung und Studium
- S. 18 Parteien unter der GEW-Lupe

GEW-Beitragsquittung für 2007

Wie in den vergangenen Jahren erhalten alle GEW-Mitglieder mit der Februar-Ausgabe der Bundeszeitung E&W eine persönliche Beitragsquittung für das Jahr 2007. Sie ist zusammen mit dem neuen Mitgliedsausweis Teil des kartonierten Umschlags der E&W. Die HLZ-Redaktion bittet um entsprechende Beachtung. Außerdem bittet die GEW Hessen von entsprechenden Nachfragen in der Landesgeschäftsstelle abzusehen. Im Februar 2008 erscheint turnusgemäß keine HLZ. Der E&W ist stattdessen das Jahresprogramm von *lea*, dem Bildungswerk der GEW Hessen, beigelegt.

HLZ-Titelthemen 2008

Die HLZ-Redaktion plant für 2008 die folgenden Titelthemen und lädt die Leserinnen und Leser herzlich zu Anregungen und Beiträgen ein. Die Terminplanung ist vorläufig und kann sich noch verändern.

1-2/2008	Landtagswahl
3/2008	Perspektiven nach der Wahl - Tarifaueinandersetzung
4/2008	Personalratswahlen
5/2008	Berufliche Weiterbildung und Erwachsenenbildung
6/2008	Drei Jahre <i>lea</i> : GEW bildet
7-8/2008	Lernen in heterogenen Gruppen
9/2008	Hochschulen in Hessen
10/2008	Inklusion und Integration
11-12/08	Privatisierung der Bildung
1-2/2009	Landesdelegiertenversammlung

Der Redaktionsschluss ist jeweils am 5. des Vormonats.

Einzelbeiträge

- S. 7 Landesdelegiertenversammlung berät über Bildung und Tarif
- S. 9 Bündnis „Gute Bildung für alle“
- S. 21 Der Tarifkonflikt vor der Wahl
- S. 22 Musik macht klug
- S. 24 Hochbegabung und Förderung
- S. 26 Bundeswehr in der Schule
- S. 27 Fragwürdiger Lernhilfemarkt
- S. 28 GEW-Berufsschultag 2007
- S. 29 Bibel im Biologieunterricht - eine Entgegnung
- S. 30 A. Harnischfeger: Eine gute Schule
- S. 31 Eichendorff in Frankfurt
- S. 32 Mit *lea* nach Südafrika



Zeitschrift der GEW Hessen für Erziehung, Bildung, Forschung
ISSN 0935-0489

I M P R E S S U M

Herausgeber:

Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft
Landesverband Hessen
Zimmerweg 12
60325 Frankfurt/Main
Telefon (0 69) 9 71 29 30
Fax (0 69) 97 12 93 93
E-Mail: info@gew-hessen.de
Homepage: www.gew-hessen.de

Verantwortlicher Redakteur:

Harald Freiling
Klingenger Str. 13
60599 Frankfurt am Main
Telefon (0 69) 63 62 69
Fax (0 69) 6 31 37 75
E-Mail: freiling.hlz@t-online.de

Mitarbeit:

Christoph Baumann (Bildung), Joachim Euler (Aus- und Fortbildung), Ulrich Heinz (Hochschule), Ulla Hess (Mitbestimmung), Michael Köditz (Sozialpädagogik), Annette Loycke (Recht), Carmen Ludwig (Studium), Karin Schübler (Bildung), Andreas Staets (Hochschule), Karola Stötzel (Weiterbildung), Gerd Turk (Tarifpolitik und Gewerkschaften)

Gestaltung:

Michael Heckert, Harald Knöfel

Titelthema: Joachim Euler, Harald Freiling

Illustrationen:

A. Träger (Titel, S. 10, 12, 15), Elke Teuber-S (S. 25), Ruth Ullenboom (S. 4)

Fotos:

Barbara Dietz-Becker (S. 7, 8, 21, 28), Harald Freiling (S. 7, 8), Manfred Hanika (S. 32), Karola Stötzel (S. 33)

Verlag:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Niederstedter Weg 5
61348 Bad Homburg

Anzeigenverwaltung:

Mensch und Leben Verlagsgesellschaft mbH
Edith Hestert
Postfach 19 44
61289 Bad Homburg
Telefon (06172) 95 83-0, Fax: (06172) 9583-21
E-Mail: mlverlag@wsth.de

Erfüllungsort und Gerichtsstand:

Bad Homburg

Bezugspreis:

Jahresabonnement 12,90 Euro (9 Ausgaben, einschließlich Porto); Einzelheft 1,50 Euro. Die Kosten sind für die Mitglieder der GEW Hessen im Beitrag enthalten.

Zuschriften:

Für unverlangt eingesandte Manuskripte und Bilder wird keine Haftung übernommen. Im Falle einer Veröffentlichung behält sich die Redaktion Kürzungen vor. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung der GEW oder der Redaktion übereinstimmen.

Redaktionsschluss:

Jeweils am 5. des Vormonats

Nachdruck:

Fotomechanische Wiedergabe, sonstige Vervielfältigungen sowie Übersetzungen des Text- und Anzeigenteils, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung der Redaktion und des Verlages.

Druck:

Druckerei und Verlag Gutenberg Riemann GmbH
Werner-Heisenberg-Str. 7, 34123 Kassel

Wählen gehen!

Täglich wächst der Unmut über die unsoziale Politik der CDU-Landesregierung, über den Umgang von Ministerpräsident Koch mit den Beschäftigten des Landes und über seine Bildungspolitik, die die Arbeits- und Lernbedingungen in den Bildungseinrichtungen kontinuierlich verschlechtert und die soziale Selektivität des Bildungswesens weiter verschärft. Der „konservative Reformier“ Roland Koch will Hessen immer weiter von seiner traditionellen sozialen Grundorientierung entfernen und schreckt dabei auch vor dem Bruch der hessischen Verfassung nicht zurück. Die verfassungsfeindliche Einführung von Studiengebühren ist die Spitze einer Politik der verschärften sozialen Ausgrenzung im Bildungsbereich. Obwohl alle Bildungsstudien nachweisen, dass die Ausgrenzung von Kindern aus bildungsbenachteiligten Familien in den weiterführenden Schulen so groß ist wie nirgends sonst, wird dies mit den Studiengebühren weiter verschärft.

Auch gegenüber den Landesbeschäftigten verfolgt Roland Koch die Linie des Abbaus von sozialen und demokratischen Strukturen. Beteiligungsrechte der Beschäftigten werden abgebaut, hierarchische Strukturen und Abhängigkeiten ausgebaut. Der Ausstieg des Landes Hessen aus der Tariftgemeinschaft deutscher Länder (TdL) und die neuen Möglichkeiten der Föderalismusreform werden genutzt, um die Beschäftigten stärker gegeneinander auszuspielen und sie durch die Gewährung oder Nichtgewährung von Einmalzahlungen stärker vom Gutdünken des Dienstherrn abhängig zu machen.

Verfassungsrechtliche Regelungen wie die in Artikel 9 des Grundgesetzes gesicherte Tarifautonomie, die dieser konservativen Reform im Wege sind, werden schlicht ignoriert. Noch nie in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland hat eine Regierung den Versuch unternommen, die Gehälter der Angestellten des Landes per Gesetz festzulegen. Dieses Vorhaben der CDU-Landtagsfraktion wurde in der Anhörung von den Wissenschaftlern als gezielter Versuch beschrieben, die Gewerkschaften zu schwächen, weil sie nicht bereit sind, die Schlechterstellung der hessischen Beschäftigten gegenüber den Beschäftigten der anderen Bundesländer zu akzeptieren.

Wo man auch hinschaut: Die politische Bilanz der CDU-Landesregierung ist katastrophal. Spricht die Landesregierung von „mehr Selbstständigkeit“ der Schulen, so steht dahinter in der Regel nichts anderes

als der Zwang, zentrale Vorgaben „freiwillig“ zu erfüllen. Sie fördert eine destruktive Konkurrenz unter Ungleichem oder versucht, wie unlängst bei G 8, die Verantwortung für politische Fehler der Regierung auf die einzelnen Einrichtungen abzuschieben.

Vom Ziel, „Bildungsland Nr. 1“ zu werden, ist Hessen weiter entfernt denn je. Die Stimmungslage in den Bildungseinrichtungen ist wegen der schlechten Arbeits- und Lernbedingungen und vielfältiger un- ausgelegener bürokratischer Gängelung so schlecht wie nie. Für die brennenden Probleme des Bildungswesens hat die CDU keine gegenwartsgerechten und zukunftsweisenden Konzepte.

Am 27. Januar bietet sich aber für alle Wahlberechtigten die Möglichkeit, diese „konservative Reform“ zu beenden. Es gibt die Alternative, Parteien zu wählen, die für eine sozialere Orientierung in der Bildungspolitik eintreten und die hohe Arbeitsbelastung der Profis in den Bildungseinrichtungen wenigstens ansatzweise im Blick haben. SPD, Bündnis 90/Die Grünen und die LINKE haben eine sozialere Ausrichtung des Bildungswesens in ihren Programmen und haben zugesagt, die Klassengrößen zu reduzieren, in die Tariftgemeinschaft der Länder zurückzukehren, die Pflichtstundenerhöhung zurückzunehmen und die Studiengebühren wieder abzuschaffen.

Die GEW Hessen wird dieser unsozialen und gegen die Interessen der Beschäftigten gerichteten Politik weiterhin mit allen gewerkschaftlichen Mitteln entgegen treten. Hierzu haben wir auf unserer Delegiertenversammlung ein neues Bündnis mit Schülerinnen und Schülern, Studierenden und Eltern für eine bessere soziale Bildung gegründet, und hierzu arbeiten wir eng mit den DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes ver.di, GdP und IG BAU zusammen.

Jochen Nagel



Jochen Nagel,
Landesvorsitzender
der GEW Hessen

Ich kann zaubern!

Ich liebe meinen Beruf. Er gibt mir Kraft und Selbstbewusstsein. Denn das Vertrauen, das die Gesellschaft in mich setzt, ist geradezu grenzenlos. Das fängt schon bei den lieben Kleinen an. Selbst kritische Schülerinnen und Schüler, die schon lange nicht mehr an Klapperstörche und Weihnachtsmänner glauben, halten mich für allmächtig.

Mittwoch, zu Beginn der vierten Stunde. Ich stehe vor der geschlossenen Schulbücherei und überlege, wie ich an meine Lesebücher komme. „Wissen Sie, wo Herr Quäler gerade Unterricht hat?“ Der junge Mann aus der 7. Klasse sieht mich fragend an. Na klar, ich kenne den individuellen Stundenplan aller 120 Kollegen und Kolleginnen auswendig und kann sofort helfen: „Raum 117. Da hat er jetzt Physik. Wenn du ihn dort nicht findest, ist er im Computerraum.“ Das ist eine alltägliche Routinefrage, die ich aus dem Effeff beantworte. Aber ich habe auch keine Probleme mit anderen Fragen: „Wissen Sie, was auf Chinesisch ‚Viel Glück‘ heißt?“ „Wie berechnet man die Elastizität eines Gummibärchens?“ „Welches Instrument spielt in Peter und der Wolf den Großvater?“ „War Tschaikowsky wirklich schwul?“ Fragt mich! Ich weiß alles!

Meine Schüler erwarten von mir außerdem Antworten auf die Frage, wer in der vorigen Woche ihren Tisch beschmiert, aus ihrer Flasche getrunken,

ihren Radiergummi oder ihren MP3-Player geklaut hat. Fähigkeiten, die auch ein guter Kriminalist nur schwer aufbringen kann, wenn es keine Zeugen, keine feste Tatzeit und keinerlei Verdachtsmomente gibt. Der Blick der Kinder ist flehend, aber voller Zuversicht. Natürlich finde ich die Schmierer und Mundräuber und jage erfolgreich den MP3-Player, der in der Zwischenzeit dreimal weiterverkauft worden ist.

Ich habe morgens einen Aufsatz schreiben lassen: „Wie sinnvoll sind Schuluniformen?“ Eine Stunde später fragt mich Klara gespannt: „Wissen Sie schon, was ich für eine Zensur habe?“ Natürlich weiß ich das. Ich hatte zwar zwischendurch Unterricht, aber ich habe heimlich unterm Lehrertisch 25 Aufsätze korrigiert. Das schaffe ich in nur 45 Minuten spielend und kann dabei sogar noch verfolgen, was meine Referenten in Geschichte für Unsinn erzählen. Sie haben herausgefunden, dass Martin Luther King gegen die Gleichberechtigung der Schwarzen war und dass George Washington 1994 Präsident geworden ist. Eine tolle Leistung für einen toten Mann! Einige Schüler glauben ja auch, dass Bismarck im Ersten Weltkrieg die Mauer gebaut hat. Aber ich schaffe es, ihnen in einem Schuljahr ein Geschichtsbild zu vermitteln, das Orientierung und Halt gibt. Vom Ersten Weltkrieg bis zur Gegenwart, unter ständiger Einbeziehung aller aktuellen politischen Konflikte.

In zwei Wochenstunden, wovon meist eine noch von Bürokratie und Organisation besetzt ist. Kein Problem. Ich kann das. Ich mach das. Der Schulsekretär und die Rahmenplan-Kommission glauben an mich. Ich will sie nicht enttäuschen.

An meine pädagogische Omnipotenz glauben auch die Kindseltern fest und unerschütterlich. Eine Mutter erklärt am Telefon: „Ich habe gar keinen Einfluss auf Max-

Xaver. Er hört mir nicht mal zu. Keine Ahnung, wie ich ihn dazu bringen soll, regelmäßig in die Schule zu ge-

hen. Vielleicht finden Sie ja einen Zugang zu ihm!“ In meiner 9. Klasse sind 32 Jugendliche. Fast alle haben Probleme mit sich selber, mit ihrer Familie und mit dem Leben ganz allgemein. Aber ich finde Zeit, Mittel und Wege, um jeden Jungen und jedes Mädchen einzeln und gezielt anzusprechen, seine Lernschwierigkeiten und seine besonderen Fähigkeiten zu eruieren, Lernwege individuell abzusprechen und alle Probleme zu beiseitigen. Ich hole die Schwänzer ins Boot zurück, löse den Schweigsamen die Zunge, finde für Sarah nettere Eltern und für Torben einen krisensicheren Job. Gar kein Problem. Dafür bin ich doch da. Nebenbei fülle ich Statistiken aus, hefte alle nur möglichen Zettel und Formulare in Schülerbögen, organisiere eine Reise in die Türkei, eine Partnerschaft mit einer sibirischen Schule, ein Theaterprojekt mit einer städtischen Bühne und eine Exkursion nach Hamburg. Den umfangreichen Lehrplan habe ich bereits in Klasse 7 und 8 für alle meine Fächer erfüllt, deshalb habe ich jetzt genug Zeit für solche Aktionen. Und ich schaffe bei Max-Xaver in nur vier Wochenstunden all das, was seine Eltern in 17 Jahren nicht erreicht haben. Unter meiner Zauberhand wird der Junge sozial kompatibel und leistungsstark.

Ich kann auch durch Wände sehen. Wenn Eltern spontan in die Schule kommen, weiß ich genau, was ihre Tochter gerade in Mathematik lernt und welche Schwierigkeiten ihr Sohn in Spanisch hat. In meiner Klasse unterrichten in zahlreichen Leistungskursen 35 Lehrer, die sich in sechs verschiedenen Lehrerzimmern aufhalten. Da ist es doch kein Kunststück, als Klassenlehrerin immer aktuell informiert zu sein.

Am meisten setzen „Bildungsexperten“ und Journalisten auf meine beruflichen Möglichkeiten. Und sie haben damit völlig Recht! Ich werde alle meine Schüler zu einem schulden- und drogenfreien Leben führen. Ich werde ihnen Ich-Stärke, Kultur und Kompetenzen vermitteln. Meine Schüler werden freudig im Team arbeiten, lebenslang lernen und sich nahtlos in die Wissensgesellschaft einfügen (und ihren Kindern erzählen, was sie für eine tolle Lehrerin hatten). Ich bin omnipotent! Ich bin eine Hexe, eine Zauberin, ich bin der liebe Gott. Ich kann alles!

Sie müssen nur fest an einen Menschen glauben. Dadurch geben Sie ihm die Kraft, all das zu schaffen, wovon Sie träumen.

Gabriele Frydrych



Betr.: HLZ 12/2007 Bibel im Bio-Unterricht?

Zirkelschlüsse

Es ist sicherlich lobenswert, dass sich die HLZ in ihrer Dezember-Ausgabe die hessische Landesregierung und speziell ihre Bildungspolitik vornimmt, und es ist auch sinnvoll, gewisse merkwürdige Ideen von Frau Wolff zu kritisieren. Man kann aber auch das Kind mit dem Bade ausschütten. Konkret: Karin Wolffs Ideen mit Biologismus und Determinismus zu kritisieren, halte ich für verfehlt. Darüber hinaus sind derartige Vorstellungen offen an der rechten Flanke. Kant sollte man, wenn es um Erkenntnis geht, nur dann zitieren, wenn man auch seine skeptischen Einschätzungen zum Erkennen anerkennt, nicht aber, wenn man dem puren Positivismus huldigt und sich in Zirkelschlüssen verrennt. Ich finde den Artikel von Herrn Bade zur Kritik an Karin Wolff ungeeignet.

Uwe Saßmannshausen, Mainz

Hosianna, Frau Ministerin!

Die Überlegung von Kultusministerin Wolff, die christliche Schöpfungslehre im Biologieunterricht (!) neben die Evolutionstheorie zu stellen, kann und darf nur ein Anfang der Wiederbelebung christlicher Werte in hessischen Schulen sein. Hosianna! Aber warum diese Halbherzigkeit? Verbannen Sie den Antichristen Darwin doch vollends aus den Köpfen der Schülerinnen und Schüler. Und mit ihm die Dämonen Galilei, Freud und Marx. Hosianna! Setzen Sie das geozentrische Weltbild wieder ein; ersetzen Sie Pädagogik und Psychologie durch Exorzismus; trennen Sie die Geschlechter und Konfessionen in den Schulen, auf dass Moral und Glaube wieder rein werden. Hosianna! Dekretieren Sie Schulversagen und Armut als Folgen von Dummheit und Faulheit der Betroffenen. Hosianna! Stellen Sie wieder Jesus in den Mittelpunkt allen Denkens und Lernens, so wie in den gesegneten Zeiten des Heiligen Römischen Reichs Deutscher Nation. In jedem hessischen Schulzimmer muss ein Kreuzifix hängen; jeder Lehrer und jede Lehrerin, alle Schüler und Schülerinnen müssen deutlich sichtbar einen Kreuzanhänger um den Hals tragen, am besten nach Größe und Ausführung genormt - je nach Bedeutung der Stellung im Schulbetrieb. Hosianna! Nehmen Sie den Hexenhammer ins Dienstrecht auf. Hosianna! Auch ab und an ein heiliges

Autodafé vor einer integrierten Gesamtschule könnte Wunder wirken. (...) Zwar fordern die Hessische Verfassung (Art. 50, 54, 56) und das Grundgesetz der Bundesrepublik (Art. 140) die strikte Trennung von Kirche und Staat, doch ist Papier geduldig und die Landes-anwaltschaft beim Staatsgerichtshof ebenso. Als Verfassungsfeinde gelten nun einmal nach wie vor antifaschistische Kräfte und nicht christliche Extremisten in Ministerämtern. (...) Sagt „Nein“ und leistet Widerstand, ihr Lehrer, Schüler und Eltern! Keine Angst vorm christlichen Wolff! Hosianna!

Wolfgang Stapp, Breuberg

Ein weiterer ausführlicher Brief zu diesem Thema findet sich auf Seite 29 in dieser HLZ.

LEB lehnt G8 weiter ab

Kerstin Geis, Vorsitzende des Landeselternbeirats (LEB), und ihre Vorgängerin Sibylle Goldacker traten mit einem gemeinsamen Brief der wiederholten Behauptung des Hessischen Kultusministeriums (HKM) entgegen, der amtierende und der ehemalige Landeselternbeirat hätten der Einführung von G8 zugestimmt. Gerade der 17. Landeselternbeirat unter Vorsitz von Sibylle Goldacker habe „im Vorfeld und während der Beratungen erhebliche Anstrengungen unternommen, die Verankerung von G8 im Schulgesetz zu verhindern.“ Der verkürzte gymnasiale Bildungsgang sei „gegen den Widerstand hessischer Eltern“ eingeführt worden. Auch der neue Erlass, mit dem die Probleme von G8 geglättet werden sollen, findet nicht die Zustimmung des LEB. Geis berichtete, dass die nach „lang anhaltenden und massiven Beschwerden“ vereinbarte Arbeitsgruppe von LEB und HKM nur zweimal getagt habe: Die Beschränkung des Nachmittagsunterrichts auf einen oder zwei Tage sei dort „überhaupt nicht diskutiert“ worden. Durch diesen Erlass werde das Problem „zum wiederholten Male an die Schulen zurück verwiesen.“ Wegen der vom HKM zu verantwortenden „Mängel in der personellen, sächlichen und räumlichen Ausstattung an allen hessischen Gymnasien“ sieht der LEB „kaum die Möglichkeit, substanzielle pädagogische Konzepte für G8 gemeinschaftlich zu erarbeiten.“

• Aktuelle Informationen zu dem vom Landeselternbeirat unterstützten Elternprotesttag am 17. Januar unter www.elternprotest2007.de

Der schnelle Kontakt zur GEW

Die GEW-Landesgeschäftsstelle hat ihre Mailadressen umgestellt: Die Domain-Adresse lautet jetzt @gew-hessen.de.

- Die Telefonzentrale der GEW ist an allen Werktagen von 9 bis 12 Uhr erreichbar, außerdem von Montag bis Donnerstag von 12.45 bis 16 Uhr, freitags von 12.45 bis 14.30 Uhr. Die GEW ist unter der Nummer 069-971293-0 erreichbar, per Fax unter 069-971293-93.
- Per E-Mail erreicht man die GEW unter info@gew-hessen.de, im Internet unter www.gew-hessen.de.

Hausanschrift:

Zimmerweg 12, 60325 Frankfurt

Postanschrift:

Postfach 170316, 60077 Frankfurt

per Telefon und Mail:

- Vorsitzender und Sekretariat
Tel. 069-971293-14, mpaul@gew-hessen.de
- Ulrich Martin, Geschäftsführer
Tel. 069-971293-12, umaartin@gew-hessen.de
- Sekretariat der Geschäftsführung
Tel. 069-971293-11, bloesel@gew-hessen.de, ischipper@gew-hessen.de
- Rechtsstelle
Tel. 069-971293-23/24
Mail: rechtsstelle@gew-hessen.de
- Rüdiger Bröhling, Tarifsekretär
Tel. 069-971293-17
Mail: rbroehling@gew-hessen.de
- Barbara Dietz-Becker, Öffentlichkeitsarbeit
Tel. 069-971293-26
Mail: bdietz-becker@gew-hessen.de
- Renate Waschke, Referentin für Sozialpädagogik, Tel. 069-971293-37
Mail: rwaschke@gew-hessen.de
- Kasse und Buchhaltung
Tel. 069-971293-36, kasse@gew-hessen.de
- Mitgliederverwaltung
Buchstaben A - K, Tel. 069-971293-33
Buchstaben L - Z: Tel. 069-971293-34
mitgliederverwaltung@gew-hessen.de
- Andreas Staets, Hochschulbüro
Tel. 06421-952395, astaets@gew-hessen.de
- Hajo Dröll, Weiterbildung Rhein-Main
Tel. 069-21657626
Mail: gew.weiterbildung-rhein-main@web.de
- Hans-Georg Klindt, Weiterbildungsbüro für Mittel- und Nordhessen: Tel. 0561-771783,
Mail: Hans-Georg.Klindt@gew-nordhessen.de

X **Petition www.u-minus.de**

Eine Online-Petition gegen das Projekt „Unterrichtsgarantie plus“ hat eine zehnte Klasse der Groß-Gerauer Prälat-Diehl-Schule auf dem Weg gebracht. Während sie dem Projekt U-plus für die Klassen 5 bis 7 eine „gewisse Berechtigung“ nicht abspricht, fordert sie ein Ende der Zwangsverwahrung ab der Klasse 8: „In der achten Klasse wird man für gewöhnlich 14 Jahre alt, somit strafmündig und auch erwachsener.“ Deshalb sollte „man bei Unterrichtsausfall auch nach Hause gehen können – egal, ob die Eltern zu Hause beschäftigt sind oder auf der Arbeit!“ In der Schule lerne man vieles: „Parabeln berechnen, Gedichtinterpretationen schreiben oder Knallgasproben nehmen“, aber das Wichtigste lerne man nicht: „Wie man für eine Sache eintritt und für sie kämpft. Und das wollen wir!“

Schulsprecher *Lars Ewald* berichtet von aufgeregten Reaktionen aus dem Kultusministerium, von Schuldzuweisungen an den Schulleiter und der Anforderung von Berichten. Die Online-Petition soll im Januar dem Kultusministerium übergeben werden.

- Unterschriften im Internet unter www.u-minus.de

X **DGB Hessen: Briefaktion an Landtagskandidaten**

274 Briefe sind derzeit in Hessen unterwegs: Absender ist der DGB Hessen, Empfänger sind die Kandidatinnen und Kandidaten, die sich am 27. Januar um ein Mandat im hessischen Landtag bewerben. Ziel der Briefaktion ist nach den Worten des hessischen DGB-Vorsitzenden *Stefan Körzell*, dass sich die Mitglieder der Gewerkschaften inhaltlich mit den Antworten der Kandidatinnen und Kandidaten auseinandersetzen können. So wollen die Gewerkschaften wissen, welche Instrumente zur Förderung guter Arbeit sowie innovativer Produkte und Dienstleistungen jeweils favorisiert werden.

Antworten wollen sie auch auf die Frage, ob die Landesregierung wieder in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren muss und ob sie die DGB-Forderung nach einem Recht auf Ausbildung und einer Wiedereinführung der Vermögensteuer teilen. Weitere Fragen betreffen die Forderungen nach einem Armuts- und Reichtumsbericht, nach Sofortmaßnahmen zur Bekämpfung von Armut und zum Ausbau von Ganztagschulen.

- Nachlesen kann man alle Antworten unter www.hessen.dgb.de.

X **GEW-Alternative zur misslungenen UVO-Reform**

Für Hessens GEW-Vorsitzenden *Jochen Nagel* ist das Maß voll: „Mit 1.000 bis 1.100 Euro im Monat leben die hessischen Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst (LiV) am Rande der Sozialfürsorge. Dazu kommt eine nicht mehr bestrittene 60-Stundenwoche mit fast monatlichen Prüfungen.“ Diese „unerträgliche Situation“ sei für den wachsenden Lehrermangel mitverantwortlich.

Die GEW Hessen legte jetzt ein neues Alternativmodell zur misslungenen Reform des pädagogischen Vorbereitungsdienstes vor. Parallel dazu beschloss der GEW-Landesvorstand Ende November neun Forderungen zur Novellierung des Hessischen Lehrerbildungsgesetzes (HLbG) und 30 Forderungen zur Novellierung der Verordnung zur Umsetzung des HLbG. Das Alternativmodell soll die Ausbildungs- und Arbeitssituation der LiV verbessern. Allein 2007 traten rund 500 LiV als neue Mitglieder in die GEW Hessen ein – ein Rekordergebnis.

Wesentliche Änderungsvorschläge für die Neustrukturierung der pädagogischen Ausbildung betreffen die Rückkehr zu den Einstellungsterminen am 1. Mai und 1. November bei gleichzeitiger Verkürzung auf 21 Monate, die Verringerung der Unterrichtsverpflichtung um mindestens zwei Wochenstunden und des Arbeitsumfangs in den Studienseminaren um 25 Prozent. Die Module sollen zahlenmäßig reduziert, „von einer Unmenge von Kompetenzen und Standards entrümpelt“ und zu größeren Einheiten zusammengefasst werden. Es soll wieder eine durchgängige personelle Begleitung während der Ausbildung durch das Studienseminar geben, eine bewertungsfreie Ausbildung in den ersten sechs Monaten, ein Beratungsgespräch nach neun Monaten und schließlich eine Integration der Prüfungslehrproben für die Zweite Staatsprüfung in die Module des Unterrichtens.

Joachim Euler und *Heike Lühmann* vom GEW-Referat Aus- und Fortbildung hatten dieses Modell bei zwölf Veranstaltungen mit mehr als 500 Menschen diskutiert und Schritt für Schritt weiterentwickelt. Die Verkürzung des Vorbereitungsdienstes soll Finanzmittel unter anderem für Mentorenrechnungsstunden und die Reduzierung der Unterrichtsverpflichtung der Ausbilderinnen und Ausbilder freimachen.

27. JANUAR: DER JAHRESTAG DER BEFREIUNG VON AUSCHWITZ DURCH DIE ROTE ARMEE 1945



Eine kleine Gruppe von Zwillingen, die von SS-Leuten für pseudo-medizinische Versuche ausgewählt wurden, vor der Befreiung in Auschwitz am 27. Januar 1945 durch die Soldaten der Roten Armee. Bestenfalls waren die Kinder den Befreiern ihre zitternden Nimmern auf dem Arme.

Das deutsche Nazi-Regime hat zwischen 1940 und 1945 Millionen Juden und Hunderttausende von Sinti und Roma aus ganz Europa deportiert und ermordet. Sie wurden vom deutschen NS-Staat systematisch vom Kleinkind bis zum Greis erfasst und durch Hunger, mühselige Arbeit, Erschießungskommandos und in eigenen errichteten Vernichtungslagern, industriellen Mördern mit Gaskammern und Krematorien (Treblinka, Sobibor, Chelmo, Belzec, aber auch Majdanek und vor allem in Auschwitz-Birkenau) ermordet.

Über 1,5 Millionen Kinder wurden von den Nazis ermordet.

Der offizielle Gedenktag – der 27. Januar – kann und sollte alle Menschen in Hessen Anlass sein, der Ermordeten zu gedenken, aber auch die Täter nicht zu vergessen und nach Vorgeschichte, Ursachen, Umständen und Folgen dieses verheerend einseitigen Verbrechens zu fragen.

GEGEN VERDRÄNGEN UND VERGESSEN!

Eine gemeinsame Plakataktion zum Gedenken an die Befreiung von Auschwitz am 27. Januar! Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, Verband Deutscher Sinti und Roma - Landesverband Hessen, Gewerkschaft Ernährung und Wirtschaft Landesverband Hessen, Mit Unterstützung des Landes-Schüler-Verbandes Hessen und der Landes-Asten-Konferenz Hessen, Kontakt: astenk@hessen.de

Plakataktion zum 27. Januar

Die GEW Hessen wird gemeinsam mit dem Landesverband der Jüdischen Gemeinden in Hessen, dem Landesverband Deutscher Sinti und Roma, mit Unterstützung der Landesschülervertretung und der Landes-Asten-Konferenz an möglichst vielen Bildungseinrichtungen zum 27. Januar ein Plakat aufhängen, mit dem an Auschwitz-Birkenau und die Verbrechen der Nazi-Diktatur erinnert wird. Der 27. Januar ist in der Bundesrepublik Deutschland ein offizieller Gedenktag an diese Verbrechen. Dass dieses Jahr am 27. Januar auch Wahlen zum Hessischen Landtag sind, wird die Plakataktion nicht stören. Die Plakate werden nicht nur in allen hessischen Universitäten hängen, sondern auch an vielen Schulen und Orten, an denen an diesem Tag Menschen wählen gehen. Die GEW Hessen verstärkt damit die Zusammenarbeit mit den Jüdischen Gemeinden und dem Verband der Sinti und Roma in Hessen.

Vor der Wahl: Bildung und Tarif

Außerordentliche Landesdelegiertenversammlung der GEW in Darmstadt

Bei der außerordentlichen Landesdelegiertenversammlung (LDV) Anfang Dezember in Darmstadt standen bildungs- und tarifpolitische Fragen im Vorfeld der Landtagswahl im Vordergrund. Außerdem beschloss die LDV den Wahlvorschlag der GEW Hessen für die Neuwahl des Hauptpersonalrats der Lehrerinnen und Lehrer im Mai 2008 und Satzungsänderungen zur Stärkung der Handlungsfähigkeit der GEW.

Höhepunkte waren die Diskussionen mit den Vertretern der anderen DGB-Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes über die Angriffe der Landesregierung auf die Tarifautonomie und mit Eltern-, Schüler- und Studierendenvertretern über gemeinsame bildungspolitische Forderungen und die Verabschiedung einer gemeinsamen Plattform für ein breites Bündnis „für eine gute Bildung für alle“ (HLZ S. 9).



Ein neues Bündnis: Gute Bildung für alle

In der Podiumsdiskussion ließen *Christine Becker* (elternbund Hessen), *Kaweh Mansoori* (Landesschülersprecher) und *Nathalie Meyer* (Landes-Asten-Konferenz) kein gutes Haar an der Bildungspolitik der amtierenden hessischen Landesregierung. Mit Bezug auf die Detailkritik der FDP-Abgeordneten *Dorothea Henzler* erklärte Mansoori, die „Unterrichtsgarantie plus“ sei nicht nur „handwerklich schlecht“ vorbereitet, sondern „von Grund auf falsch“. Becker griff die „individuellen Förderpläne“ als weiteres Vorzeige-Projekt von Kultusministerin Wolff an. Fehlende personelle Ressourcen führten dazu, dass die Verantwortung an die Eltern abgeschoben wird („Lernen Sie mit Ihrem Kind täglich zwei Stunden Mathe“). Gleichzeitig werde die Lernmittelfreiheit ständig weiter ausgehöhlt. Becker forderte eine grundlegende Schulreform, die die Barrieren zwischen den Schulformen beseitigt, und einen „neuen, pädagogischen Leistungsbegriff“, der nicht nur für die „auch finanziell Gedopten“ gilt, sondern „jedem Kind ermöglicht, die bestmögliche Entwicklung zu nehmen und seine Ressourcen auszuschöpfen“. Nathalie Meyer machte die Zusammenhänge zwischen der ver-

schärften Auslese in den Schulen mit der aktuellen Hochschulpolitik deutlich, die durch Studiengebühren Jugendliche aus finanziell weniger gut betuchten Familien vom Studium fernhalten will. Alle Podiumsteilnehmerinnen und -teilnehmer kündigten an, dass ihre Organisationen alles dafür tun werden, das neue Bündnis „Für eine gute Bildung für alle“ mit Leben zu erfüllen.

Einstimmig verabschiedete die LDV in diesem Zusammenhang eine Resolution gegen die Kriminalisierung der Studentenproteste. Wie in der HLZ berichtet hatte das Amtsgericht Marburg mehrere Marburger Studierende wegen der Teilnahme an einer Blockade der Stadtautobahn im Mai 2006 zu vier- bis sechsmonatigen Freiheitsstrafen auf Bewährung und jeweils 200 Sozialstunden verurteilt. Am 1. Dezember, dem hessischen Verfassungstag, erinnerte GEW-Landesvorsitzender *Jochen Nagel* daran, „dass die Landesregierung mit der Einführung der Studiengebühren die Verfassung gebrochen hat und die Studierenden auf der Straße waren, um die Verfassung zu verteidigen.“ Die Delegierten spendeten auf der LDV über 1.300 Euro für den GEW-Rechtshilfefonds. Zusammen mit bereits gesammelten Spenden überreichte Nagel einen Scheck in Höhe von 8.000 Euro an *Max Fuhrmann* und *Nicolas Salz* (Foto).



Mit großer Mehrheit stimmte die LDV der Stiftung eines Wissenschaftspreises der GEW Hessen zu. Der Preis für „Emanzipatorische Erziehungs- und Sozialwissenschaft und pädagogische und gesellschaftliche Praxis“ soll erstmals 2008 ausgeschrieben und mindestens alle drei Jahre auf einer Landesdelegiertenversammlung der GEW verliehen werden.

GEW weiter gegen G8

Ebenfalls einstimmig verabschiedete die LDV eine Resolution für die Rücknahme von G8. Nagel sprach sich auch gegen die von den Grünen favorisierte Wahlfreiheit der Schulen zwischen G8 und G9 aus: „Wenn G8 der falsche Weg ist, dann ist es für alle Schulen der falsche Weg.“ Die jüngsten Planungen von Wolff zur Reduzierung der Belastung von Schülerinnen und Schülern bezeichnete Nagel als Placebo: „Der Versuch, jetzt den Schulen den schwarzen Peter für grundlegend falsche politische Entscheidungen zuzuweisen, macht erneut deutlich, was die Landesregierung unter ‚Autonomie‘ versteht.“ Die Schulen hätten bereits in der vergangenen Zeit alles unternommen, „um die negativen Folgen der politischen Entscheidungen abzumildern“.

Für die Wahlen zum Hauptpersonalrat der Lehrerinnen und Lehrer (HPRL) bestätigte die LDV mit eindrucksvollen Mehrheiten die HPRL-Vorsitzende *Angela Scheffels* und den stellvertretenden Vorsitzenden *Gerd Turk* auf den ersten Plätzen des GEW-Wahlvorschlags. Auf den Plätzen 2, 3 und 4 folgten *Heike Lühmann* (Nordhessen), *Susanne Hoeth* (Frankfurt) und *Ulla Hess* (Südhessen) beziehungsweise *Herbert Storn* (Frankfurt), *Wolfgang Schwanz* (Nordhessen) und *Ralf Becker* (Südhessen).



Gewerkschaften gemeinsam gegen Tarifbruch

Ausführlich diskutierte die LDV die nächsten Schritte in der Auseinandersetzung mit der Landesregierung über Tarif und Arbeitszeit. *Jörg Bruchmüller*, Landesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP), und *Christian Rothländer*, Tarifsekretär von ver.di, lobten die gute Zusammenarbeit mit der GEW im Kampf gegen die „Politik nach Gutsherrenart“. „Die Chemie stimmt“, meinte Rothländer (Foto oben rechts), und Bruchmüller (Foto oben links) sagte unter dem Beifall der Delegierten, „soviel Gemeinsamkeit“ habe es zwischen GEW und GdP „noch nie gegeben“. Die Streiks der Tarifbeschäftigten im öffentlichen Dienst am 26. 9. und 13. 11. bezeichnete auch *Gerd Turk* (GEW) als „vollen Erfolg“, obwohl man sich noch mehr Beteiligung durch die Beamtinnen und Beamten gewünscht habe. Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes in Hessen stehen vor schwierigen Aufgaben und Herausforderungen, angesichts der vergleichsweise geringen Zahl von Angestellten, angesichts der Zersplitterung der Tarifkämpfe und einer Landesregierung, die die Politik des „Teile und herrsche“ in „besonders perfider Form“ betreibt (Bruchmüller), Koalitionsfreiheit und Tarifautonomie missachtet und mit dem Beamtenbund inzwischen über eine hessische GdL, eine „Gewerkschaft der Landesregierung“ verfügt. Rothländer (ver.di) sagte zu, dass seine Gewerk-

schaft alle Schritte zur Vorbereitung von Arbeitskämpfen, „die der anderen Seite wirklich weh tun“, mit der GEW und GdP abstimmen werde: „Wir werden den Kampf nur gewinnen, wenn wir ihn gemeinsam führen, so wie wir ihn begonnen haben.“ Bruchmüller forderte die Gewerkschaften auf, im Kampf um die öffentliche Meinung auch die Landtagswahlen zu nutzen: „So wie der Innenminister öffentlichkeitswirksam neue Streifenwagen präsentiert, die als Ersatzbeschaffungen längst überfällig waren, müssen auch wir präsent sein.“ *Herbert Storn* (GEW-Bezirksverband Frankfurt) forderte in der Diskussion, angesichts der bevorstehenden Entscheidungen nach der Föderalismusreform endlich nicht mehr nur von einer „Unterstützung der Angestellten durch die Beamten“ zu sprechen: „Es geht um die ureigenen Interessen der Beamten, um ihre Arbeitszeit, ihr Einkommen und ihre Pensionen.“ *Eva Petermann* (GEW Bergstraße) forderte die verbeamteten Lehrkräfte bei den nächsten Arbeitsniederlegungen auf, „auch am Vormittag aktive Personalversammlungen“ durchzuführen, das Grundrecht auf Koalitionsfreiheit im Unterricht zu thematisieren und streikende Angestellte auf ihrem Weg zu den Streikversammlungen zu begleiten. Bruchmüller erinnerte daran, „dass Beamte keine Streikbrecher sind“ und ein verbrieftes Individualrecht haben, Streikbrecherarbeiten zu verweigern.

Am 13. November hatten landesweit auch angestellte Lehrkräfte und sozialpädagogische Fachkräfte an dem ganztägigen Streik von Beschäftigten des öffentlichen Dienstes teilgenommen. Sie wollten damit der Forderung an die Landesregierung, endlich ein verhandlungsfähiges Angebot für Tarifverhandlungen im öffentlichen Dienst vorzulegen, Nachdruck verleihen. Nagel bekräftigte auf der LDV die zentrale Forderung der Gewerkschaften: „Das Vorhaben der Regierung Koch, die Beschäftigten des Landes Hessen deutlich schlechter zu stellen als die der anderen Bundesländer muss vom Tisch.“

Die Aktionen gehen weiter

Als „insgesamt positives Zwischenergebnis unserer Gespräche zur Verbesserung der Arbeits- und Lernbedingungen in den Schulen und anderen Bildungseinrichtungen“ bewertete Jochen Nagel die Zusagen von SPD, Grünen und Linkspartei.

In einer Grußadresse an die LDV hatte *Andrea Ypsilanti* (SPD) zugesagt, nach einer Regierungsübernahme die Obergrenzen für die Klassen- und Gruppengrößen um 10 % zu verringern und für die Beschäftigten im Bildungsbereich die Altersteilzeitmöglichkeiten auszuweiten sowie die Pflichtstundenerhöhung der Regierung Koch ab dem Schuljahr 2010/11 zurück zu nehmen. „Die Zusage zur Rücknahme der Pflichtstundenerhöhung, die in den Schulen zu historisch einmaligen Pflichtstundenhöhen mit unerträglicher Arbeitsbelastung geführt hat, ist grundsätzlich richtig. Wir werden als GEW aber weiter für eine sofortige Rücknahme kämpfen“, sagte Jochen Nagel.

Auch *Tarek Al-Wazir* (Grüne) und *Ulrike Eifler* (Die Linke) hatten in Grußadressen die Rückkehr zu geordneten tarif- und besoldungspolitischen Verhältnissen mit einer Rücknahme der Arbeitszeiterhöhung zugesagt. Über die Positionen aller Parteien informiert die HLZ in dieser Ausgabe (S.10-16).

Nach der Sitzung der großen Tarifkommission der GEW am Rand der LDV kündigte GEW-Tarifsekretär *Rüdiger Bröhling* auch für den Januar weitere Aktionen im Tarifkampf an, die in enger Absprache und Kooperation mit den anderen DGB-Gewerkschaften vorbereitet und durchgeführt werden. Mit einer landesweiten Postkartenaktion protestiert die GdP im Januar gegen Arbeitszeitverlängerung und Stellenabbau (www.gdp.de/Hessen).

Aktuelle Informationen und Termine findet man in dieser HLZ auf Seite 21 und auf der Homepage der GEW Hessen (www.gew-hessen.de).

Harald Freiling, HLZ-Redaktion



Gute Bildung für alle

Im Rahmen der Landesdelegiertenversammlung (LDV) der GEW Hessen stellten Vertreterinnen und Vertreter von GEW, ebh (Elternbund Hessen), LSV (Landesschülervertretung) und Landes-Asten-Konferenz Anfang Dezember die Plattform für ein neues Bündnis „für eine gute Bildung für alle“ vor. Die LDV stimmte der Plattform einstimmig zu. Die HLZ

Die Bildungspolitik der hessischen Landesregierung unter Ministerpräsident Koch hat zu zunehmenden Verschlechterungen der Arbeits- und Lernbedingungen in allen Bildungseinrichtungen geführt. Vom erklärten Ziel „Bildungsland Nummer 1“ werden zu wollen, ist Hessen weiter entfernt denn je. Zu Recht sind deshalb immer mehr Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Eltern und im Bildungsbereich professionell Tätige (Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftler usw.) unzufrieden mit dieser Politik. **Und das sind unsere Hauptkritikpunkte:**

- Die schlechten Arbeits- und Lernbedingungen in den Bildungseinrichtungen mit viel zu hohen Gruppen- und Klassengrößen und extrem schlechten Arbeitszeitregelungen für das Personal (z.B. Pflichtstunden für Lehrkräfte) lassen viel zu wenig Zeit für die pädagogische Arbeit. Auch die anderen materiellen Bedingungen sind oft mehr als unzureichend.
- Durch zunehmende Privatisierungstendenzen und eine betriebswirtschaftliche Steuerung der Bildungseinrichtungen werden die pädagogischen Aufgaben immer mehr an den Rand gedrängt. Die im Gegensatz dazu stehende demokratische und soziale Weiterentwicklung des Bildungssystems wird nicht in Angriff genommen.

Bezogen auf die einzelnen Einrichtungen kritisieren wir:

Kindertageseinrichtungen

Es fehlt die konsequente Weiterentwicklung qualifizierter Angebote in den Kindertageseinrichtungen sowie die Unterstützung für eine flächendeckende Abschaffung von „Kindertagesstättengebühren“.

Schulen

- Das ideologische Festhalten an einem vielfach zersplitterten Schulwesen führt in die Sackgasse. Durch das viel zu frühe Trennen der Bildungswege können viele Kinder ihre Begabungspotenziale in den Schulen nicht entwickeln.
- Die grundlegende Defizitorientierung des Schulsystems führt zum Aussortieren und Beschämen.
- Die gymnasiale Schulzeitverkürzung (G8) führt zu einer massiven Überforderung, bei der Schülerinnen und Schüler krank werden und familiäre Beziehungen zunehmend unter Druck geraten.
- Das flächendeckende qualifizierte Bildungsangebot in allen Regionen Hessens gerät immer mehr unter Druck.
- Wirkliche Ganztagschulen mit einem anderen Lernrhythmus über den ganzen Tag und mit einer Abschaffung von Hausaufgaben wurden nicht ausgebaut.
- Durch den Unterrichtseinsatz von nicht ausgebildetem Personal im Rahmen der so genannten Unterrichtsgarantie

dokumentiert die Plattform im Wortlaut. Auf der Homepage der GEW Hessen und im Postversand an alle Schulen und Bildungseinrichtungen stehen auch Unterschriftenlisten zur Verfügung, um die breite Unterstützung für die dort formulierten Forderungen zu dokumentieren.

plus sowie vielfältige bürokratische Gängelungen und Belästigungen der Schulen (LUSD und „Neue Verwaltungssteuerung“) wurde nicht nur viel Geld verschleudert, sondern auch viel Arbeitszeit aus dem pädagogischen Bereich in die Verwaltung abgezogen.

Hochschulen

- Die Einführung von verfassungswidrigen Studiengebühren führt dazu, dass der Zugang zu einem Studium an der Hochschule zunehmend vom Geldbeutel der Eltern abhängig gemacht wird.
- Die Einführung der Modularisierung hat zu erhöhter Arbeitsbelastung, Leistungsdruck, Standardisierung, unwissenschaftlichem Lernen und Arbeiten („teaching to the test“) und mit der Bachelor-Master-Ausbildung zu einer weiteren Hürde im Studium geführt.

Die im Bündnis für eine bessere, soziale Bildungspolitik zusammengeschlossenen Schülerinnen und Schüler, Studentinnen und Studenten, Eltern und im Bildungsbereich Tätigen (Lehrkräfte, Pädagoginnen und Pädagogen, Wissenschaftler usw.) fordern eine grundlegende Neuorientierung hin zu einer gegenwartsgerechten und zukunftsorientierten Bildungspolitik, bei der

- alle Kinder, Jugendlichen und jungen Erwachsenen – unabhängig von ihrer sozialen Herkunft – nach besten Möglichkeiten gefördert werden und damit auch dem sozialen Auseinanderdriften der Gesellschaft durch ein integrierendes Bildungswesen entgegen gewirkt wird,
- die Bildungseinrichtungen grundlegende demokratische Einrichtungen sind, in denen die Profis und die unmittelbar Beteiligten im Mittelpunkt stehen, gemeinsam gestalten und entscheiden können und nicht durch betriebswirtschaftliche Deformierung, durch Konkurrenzkampf und durch Uniformierung immer mehr an den Rand gedrängt werden,
- ein qualifiziertes Bildungsangebot auch in ländlichen Regionen zur Verfügung steht.

Gute Bildung für alle braucht vor allem Zeit, Zeit und nochmals Zeit. Und sie braucht Raum und Gestaltungsmöglichkeiten und Vielfalt. Deshalb muss Schluss sein mit der ständigen Verdichtung und Verschlechterung der Arbeitsbedingungen in den Bildungseinrichtungen. Deshalb muss mehr Freiraum zum selbstbestimmten Lernen gegeben werden. Hierzu fordern wir kleinere Gruppen und Klassen, bessere Arbeits- und Lernbedingungen, eine bessere materielle Ausstattung, längeres gemeinsames Lernen, Gebührenfreiheit in allen Bildungseinrichtungen, die Verwirklichung der Lernmittelfreiheit und den Ausbau demokratischer Beteiligungsrechte für alle direkt Betroffenen!



Hans-Joachim Irmer
antwortete für die CDU



Heike Habermann
antwortete für die SPD



Mathias Wagner
antwortete für die GRÜNEN



Dorothea Henzler
antwortete für die FDP



Barbara Cárdenas
antwortete für DIE LINKE

Die Parteien auf dem Prüfstand

Arbeitszeit, Arbeitsbedingungen, Einkommen

1. In welcher Weise werden Sie die Arbeitszeit der Lehrkräfte verkürzen?

CDU: Wir werden die Arbeitsbelastung der Lehrkräfte künftig reduzieren durch 2.500 zusätzliche Stellen (darunter Verwaltungskräfte, Sozialpädagogen, Schulassistenten) und verbesserte Aufstiegs- und Besoldungsmöglichkeiten. Bereits seit 1999 haben wir 3 Milliarden Euro zusätzlich in die Schulen investiert und 4.300 neue Lehrerstellen geschaffen. Wir wenden uns gegen die von der SPD geplanten ganztägigen Unterrichts- beziehungsweise Präsenzpflichten für Lehrerinnen und Lehrer und die Verpflichtung, für jede Schülerin und jeden Schüler einen eigenen Oberstufenlehrplan zu entwickeln.

SPD: Die SPD wird die Arbeitszeiterhöhung der Lehrkräfte im Rahmen der „Operation sichere Zukunft“ zurücknehmen. Über den Modus sind noch nähere Festlegungen zu treffen. Weitere Schritte zur Verkürzung von Arbeitszeit müssen mit den Verbänden diskutiert werden.

GRÜNE: Die CDU-Arbeitszeitverlängerung, die die Belastung für Lehrkräfte weiter erhöht hat, werden wir in der nächsten Legislaturperiode rückgängig machen. Wir werden die Vorgriffsstunde zurückgeben und die Deputatsstunden aufstocken.

FDP: Die FDP strebt aus haushaltspolitischen Gründen keine Verkürzung der Arbeitszeit der Lehrkräfte an. Wir setzen uns für eine Entlastung der Lehrkräfte durch eine 105-prozentige Lehrerzuweisung sowie durch den Einsatz von Schulassistenten ein.

DIE LINKE: Wir fordern erstens den Wiedereintritt des Landes Hessen in die Tarifgemeinschaft der Länder und damit auch die Wiederherstellung der Arbeitszeit nach den tariflichen Standards. Wir fordern zweitens eine Verringerung der Arbeitszeit auf 38,5 Wochenstunden für Angestellte und Beamtinnen und Beamte.

2. Werden Sie sich für die Rücknahme der Verlängerung der Lebensarbeitszeit einsetzen?

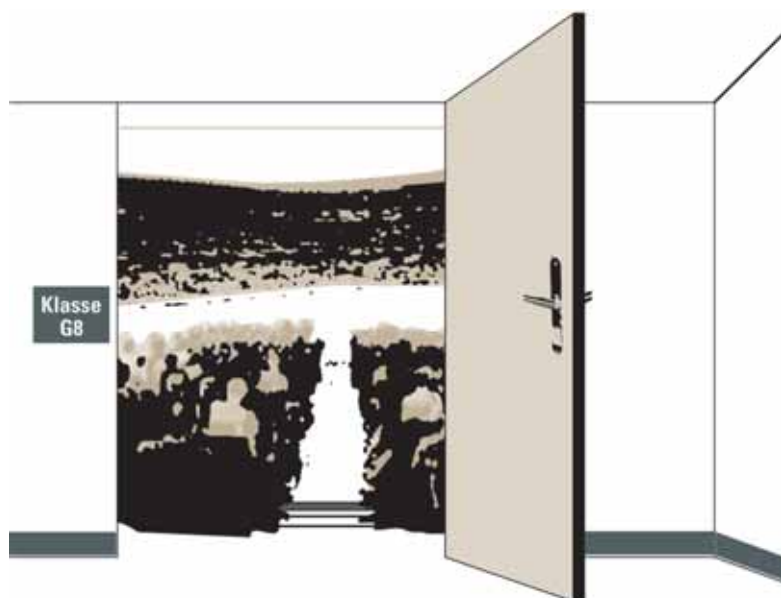
CDU: Nein. Die Operation Sichere Zukunft war notwendig und erspart uns jedes Jahr etwa 600 Millionen Euro neue Schulden. Damit werden Mittel für Investitionen auch im Bereich Bildung frei.

SPD: Nein.

GRÜNE: Wir stehen zum solidarischen Generationenvertrag. Die Herausforderung, dass bei steigenden Ausgaben die Einnahmen der Rentenversicherung stagnieren, muss von beiden Partnern des Generationenvertrags (Beschäftigte und Ruheständler) gemeinsam gelöst werden. Als Beitrag der Rentnerinnen und Rentner halten wir eine schrittweise Anhebung des Renteneintrittsalters auf 67 für vertretbar.

FDP: Eine Rücknahme der Verlängerung der Lebensarbeitszeit lehnt die FDP aus haushaltspolitischen Gründen ab. Wir haben in der vergangenen Legislaturperiode eine Rückgabe der Vorgriffsstunde beschlossen. Die nun durch die Landesregierung in die Wege geleitete Durchführung dieser Rückgabe unterstützen wir ausdrücklich. Sie trägt zu einer Korrektur der Arbeitszeit der Lehrkräfte bei.

DIE LINKE: Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit läuft letztlich auf eine Renten- beziehungsweise Pensionskürzung hinaus. Die steigende Produktivität unserer Gesellschaft macht dagegen eine Senkung der Lebensarbeitszeit möglich. Deswegen setzt sich die LINKE Hessen für eine Rücknahme der Verlängerung der Lebensarbeitszeit ein.









3. Werden Sie sich für die Fortsetzung der Altersteilzeit der Lehrkräfte einsetzen?

CDU: Ja. Denn es war die CDU-Fraktion im Hessischen Landtag, die die Möglichkeit der Altersteilzeit überhaupt erst eingeführt hat.

SPD: Die Möglichkeiten der Altersteilzeit sollen erhalten bleiben.

GRÜNE: Wir setzen uns für Arbeitszeitmodelle ein, die es ermöglichen, Beruf und Anforderungen unterschiedlicher Lebensphasen flexibler zu kombinieren. Dazu gehören der Wechsel zwischen Vollzeit- und Teilzeittätigkeit, zeitweise oder dauerhafte Stundenreduzierungen oder längere Auszeiten nicht nur im Alter.

FDP: Die FDP hält weiterhin an der Altersteilzeit für Lehrkräfte fest. Darüber hinaus setzen wir uns für flexible Arbeitszeitregelungen für Lehrkräfte sowie für die übrigen Beschäftigten im öffentlichen Dienst ein. Wir fordern eine Flexibilisierung der Beamtenversorgung dahingehend, dass die individuelle Entscheidung, wann eine Beamtin oder ein Beamter in den Ruhestand geht, wesentlich gestärkt werden soll. So könnte zukünftig mit Vollendung des 60. Lebensjahres bereits die Pension bezogen werden, wobei ein individueller Faktor den vorzeitigen Eintritt in den Ruhestand verdeutlicht.

DIE LINKE: Ja, weil dies ein bewährtes und faires Modell für den gleitenden Ausstieg aus dem Arbeitsleben ist.

4. Werden Sie die Einkommen der Lehrkräfte verbessern und wie?

CDU: Ja. Wir werden in den kommenden Jahren schrittweise die Besoldungs- und Beförderungsmöglichkeiten, insbesondere für Grund-, Haupt-, Real- und Förderschullehrer sowie für Schulleiter, weiter verbessern. Die Rückgabe der Vorgriffsstunde – der von Rot-Grün eingeführten Mehrarbeit nur für Lehrer und Sozialpädagogen – haben wir bereits gestartet. Rot-Grün hatte eine Rückgabe nicht geplant.

SPD: Die Einkommen der Lehrkräfte werden im Rahmen der Tarifvereinbarungen erhöht. Darüber hinaus kann sich die SPD das Schaffen weiterer Funktionsstellen im Rahmen der eigenverantwortlichen Schule vorstellen.

GRÜNE: Wir wollen eine Tarif- und Besoldungspolitik, die die Mitarbeiter, Gewerkschaften und Interessenvertreter als Partner und nicht als Untertanen begreift. Dazu gehört eine Rückkehr in die Tarifgemeinschaft der Länder, die Geltung des TVL mit seinem modernen Tarifrecht und der dort vereinbarten Tarifierhöhung und in der Folge die Übernahme für die Beamten. Es muss Aufstiegs- und Anerkennungsmöglichkeiten für besonderes Engagement geben.

FDP: Die FDP setzt sich insgesamt für eine flexiblere und leistungsorientiertere Besoldung der Lehrkräfte ein. Die Bezahlungssysteme sind derart auszugestalten, dass sie sich an der konkreten Aufgabenwahrnehmung orientieren und weniger an starren Laufbahnregelungen.

DIE LINKE: Die Lehrkräfte sollen auf keinen Fall schlechter als die anderen Beschäftigten im öffentlichen Dienst gestellt sein (siehe auch Antwort zu Frage 1).

5. Werden Sie sich für die Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder einsetzen?

CDU: Nein. Denn die TdL hat zuletzt nicht mehr die Interessen des Landes Hessen und seiner Beschäftigten vertreten. Die Möglichkeiten außerhalb der TdL und im Zuge der Föderalismusreform geben unserem Land die Chance, Besoldungsfragen künftig leistungsorientierter und damit gerechter zu regeln.

SPD: Eine SPD-geführte Landesregierung wird umgehend in die Tarifgemeinschaft der Länder zurückkehren.

GRÜNE: Ja, wie oben ausgeführt.

FDP: Einer Rückkehr Hessens in die Tarifgemeinschaft der Länder stimmt die FDP nicht zu, da wir für Hessen maßgeschneiderte Lösungen finden wollen.

DIE LINKE: Wir weisen auf die Antwort zur Frage 1 hin.

6. Auf welche Weise werden Sie die Verschlechterungen im Hessischen Personalvertretungsgesetz zurücknehmen, und werden Sie sich wieder für einen Ausbau der Mitbestimmung einsetzen?

CDU: Wie der Hessische Staatsgerichtshof festgestellt hat, entsprechen die Möglichkeiten der Mitbestimmung in Hessen allen verfassungsrechtlichen Vorgaben.

SPD: Die SPD wird die Verschlechterungen im Rahmen des Hessischen Personalvertretungsgesetzes zurücknehmen und mit den Beschäftigten über Möglichkeiten des Ausbaus der Mitbestimmung diskutieren.

GRÜNE: Wir standen bei der Einschränkung der Mitbestimmungsrechte durch die CDU an der Seite der Beschäftigten und haben, leider erfolglos, vor dem Staatsgerichtshof gegen die Verschlechterung geklagt. Wir werden diese rückgängig machen und für ein besseres modernes Personalvertretungsrecht in Hessen sorgen.

FDP: In diesem Bereich sehen wir derzeit keinen Veränderungsbedarf.

DIE LINKE: Wir werden auf ein Gesetz drängen, das die Verschlechterungen, die schon unter Rot-Grün begonnen haben, wieder rückgängig macht. Darüber hinaus muss endlich das Problem der mangelhaften Entlastung von Schulpersonalräten angegangen werden, deren Arbeit enorm angestiegen ist, ihre Freistellung dagegen nicht.

7. Werden Sie mehr Lehrkräfte einstellen, um die Lerngruppengrößen zu verringern?

CDU: Ja. Siehe Antwort zu Frage 1.

SPD: Die SPD wird im Rahmen des „Hauses der Bildung“ kumuliert bis zum Ende der Legislatur 100 Millionen Euro für die Schaffung neuer Lehrerstellen einsetzen. Geplant ist eine Begrenzung der Klassengröße auf 25 in den Schulen, die das Prinzip individueller Förderung in einer gemeinsamen Mittelstufe umsetzen wollen. Die in der entsprechenden Verordnung niedergelegte Regelung, nach der die Klassenobergrenzen um bis zu drei Kinder überschritten werden dürfen, wird gestrichen. Die durch die demographische Entwicklung frei werdenden Ressourcen bleiben im System Schule und sollen unter anderem zu einer Verkleinerung der Klassen genutzt werden.

GRÜNE: Im Rahmen unseres „Sofortprogramms Schule“ wollen wir 1.000 Lehrerstellen zusätzlich schaffen und den Schulen 50 Euro pro Schülerin und Schüler und Jahr für die pädagogische Arbeit zur freien Verfügung geben. Im Rahmen unseres Konzepts „Neue Schule“ wollen wir die Klassen auf höchstens 25 Schülerinnen und Schüler begrenzen. Zurückgehende Schülerzahlen werden wir nicht für Einsparungen, sondern zur Qualitätsverbesserung, unter anderem durch kleinere Klassen, nutzen.

FDP: Die FDP setzt sich für eine 105-prozentige Lehrerversorgung an allen Schulen ein, um den Schulen eine großzügige Abdeckung des Regelunterrichts zu ermöglichen. Mit diesen Ressourcen sollen Schulen die Lerngruppengrößen pädagogisch sinnvoll im Rahmen der Eigenverantwortlichkeit organisieren.

DIE LINKE: In einem ersten Schritt muss die Ausnahmeregelung für die Überschreitung der Höchstgrenzen in der entsprechenden Verordnung gestrichen, sodann die Klassenobergrenze auf 20 Schülerinnen und Schüler festgelegt werden.

Schule und Bildung

8. Werden Sie das dreigliedrige Schulsystem abschaffen, erhalten oder ausbauen?

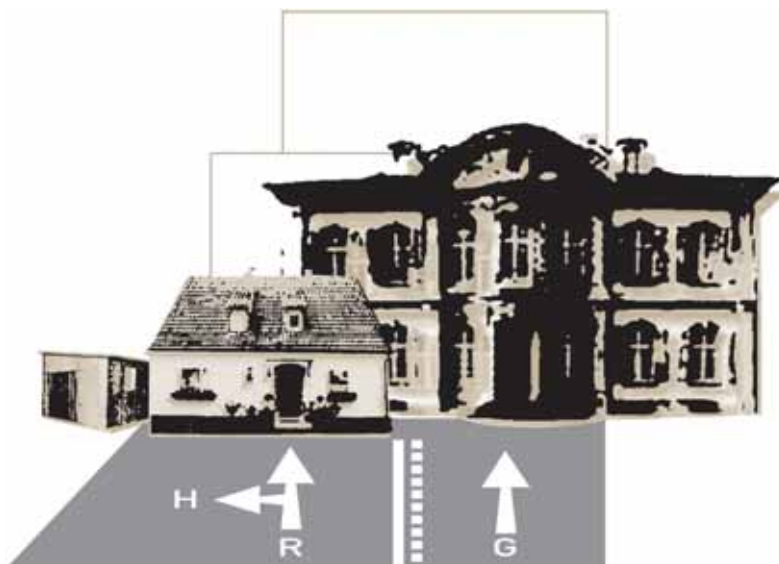
CDU: Wir werden die Schulvielfalt und Schulwahlfreiheit erhalten, weil Kinder nur so individuell optimal gefördert werden können. Deshalb bleibt es auch bei der schulform- und fächerbezogenen Lehrerbildung. Wir wenden uns gegen den Bachelor-/Master-Einheitslehrer der SPD (mit Besoldungsangleichung nach unten), der sowohl Förderschüler wie Gymnasiasten gemeinsam unterrichten muss, sowie gegen die Zwangseinheitsschule, die nach Aussage der bildungspolitischen Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion vom 1. September 2007 alle anderen Schulformen ersetzen soll.

SPD: Die SPD hat mit ihrem Konzept vom „Haus der Bildung“ eine grundlegende Reform des Schulsystems vorgelegt, die sie in der nächsten Wahlperiode Stück für Stück umsetzen will. Das Konzept sieht im Bereich des allgemeinbildenden Schulsystems fünf Bausteine vor. Im Bereich der Sekundarstufe I will die SPD längeres gemeinsames Lernen fördern. Eine Aufteilung auf verschiedene Schulformen nach Klasse 4 erhöht die Ungleichheit der Bildungschancen und zementiert die Abhängigkeit des Bildungserfolgs von der Herkunft. Gesicherte Prognosen über die Bildungslaufbahn eines Kindes sind im Alter von zehn Jahren nicht möglich. Deshalb wird die SPD allen Schulen, an denen Eltern und Lehrkräfte dies wünschen, einen schulformübergreifenden Unterricht in der Mittelstufe durch Bereitstellung der personellen und sächlichen Ressourcen für die Arbeit mit einem Ganztagskonzept und mit verstärkter individueller Förderung durch Verzicht auf Sanktionen wie Querversetzung und Nichtversetzung ermöglichen. Die Klassengröße soll 25 Kinder nicht übersteigen.

GRÜNE: Wir wollen die einseitige Ausrichtung der Schulpolitik auf die Auslese im gegliederten Schulsystem beenden. Eltern sollen wohnortnah Schulen finden, die sich am PISA-Siegerland Finnland orientieren. Kennzeichen dieser „Neuen Schulen“ sind längeres gemeinsames Lernen bis Klasse 9 beziehungsweise 10, kein Sitzenbleiben, keine Querversetzung, keine Klasse über 25 Schülerinnen und Schüler, Vernetzung mit Jugend- und Sozialarbeit. Wir werden diesen Weg nicht von oben vorschreiben, sondern ermöglichen, dass sich bis zum Ende der kommenden Legislaturperiode die Hälfte aller weiterführenden Schulen freiwillig zu „Neuen Schulen“ weiterentwickeln kann. Die Bedingungen für Schulen, die diesen Weg nicht oder noch nicht gehen wollen, werden wir nicht verschlechtern.

FDP: Für die FDP ist der Erhalt der drei Bildungsgänge von zentraler Bedeutung für eine individuelle Förderung nach Neigung und Begabung jedes einzelnen Kindes. Entscheidend ist auch der Erhalt der drei klar definierten Bildungsabschlüsse, die jeweils eine Anschlussmöglichkeit in den nächsthöheren Bildungsgang eröffnen müssen. Darüber hinaus setzt die FDP auf den Erhalt der Schulvielfalt als Markenzeichen des hessischen Schulsystems. Damit Eltern ein passgenaues Bildungsangebot für ihre Kinder wählen können, benötigen wir ein vielfältiges Angebot an Schulformen in Hessen, über die im Einzelnen alle für Schule Verantwortlichen im Rahmen von Regionalkonferenzen vor Ort entscheiden sollen.

DIE LINKE: Die frühe Trennung der Schülerinnen und Schüler in Hessen nach der Klassenstufe 4 zwecks Einordnung in Regelschule und Gymnasium muss aufgehoben werden. Wir treten für gemeinsames (integriertes) Lernen aller Schülerinnen und Schüler in einer Gemeinschaftsschule bis zur Klassenstufe 10 ein.



9. In welcher Weise werden Sie Ganztagschulen ausbauen?

CDU: Im Jahr 2008 werden wir die Zahl der Ganztagschulen im Vergleich zu 1998 vervierfacht haben, nachdem Rot-Grün in den letzten Jahren kein einziges zusätzliches Angebot mehr genehmigt hatte. Wir werden in den nächsten Jahren schrittweise freiwillige Ganztagsangebote an allen Schulen schaffen, die in der Regel von 7.30 Uhr bis 17 Uhr bestehen.

SPD: Die SPD will Ganztagschulen einrichten, die in offener oder gebundener Form arbeiten können. Sie werden – je nach Modell – 15 beziehungsweise 20 % Zuschlag bei der Zuweisung von Lehrerstellen erhalten. Bis zum Jahr 2012 soll jedes dritte Kind in der Sekundarstufe I die Möglichkeit haben, eine solche Ganztagschule zu besuchen. Nach Vorstellung der SPD gehört dies zu dem Konzept „Haus der Bildung“ unmittelbar dazu. Sollen Kinder individuell gefördert und nicht mehr beschämt werden, dann müssen auch die erforderliche Zeit zum Lernen und die notwendigen Ressourcen bereitgestellt werden.

GRÜNE: Viele Schulen wollen ihr Ganztagsangebot deutlich ausweiten, um mehr Zeit zum Lernen, für individuelle Förderung und eine andere Verteilung des Unterrichts über den Tag zu haben. Wir werden dafür die Voraussetzungen schaffen und die vielfältigen Konzepte der Schulen fördern, statt wie die CDU die Unterstützung ausschließlich auf pädagogische Mittagsbetreuung zu beschränken.

FDP: Die FDP strebt einen konsequenten Ausbau von Ganztagsangeboten und Ganztagschulen in Hessen an. Dazu setzen wir uns für eine bedarfsgerechte Ausgestaltung der Fördermittel ein.

DIE LINKE: Die Gestaltung des Lern- und Lebensraums Schule erfordert ganztägigen Unterricht und Angebote im Klassenverband, die über eine „Verwahrnastalt am Nachmittag“ hinausgehen („gebundene Ganztagschule“). Notwendig sind Unterrichtsstunden zur gezielten Förderung statt Förderung auf dem Papier (Förderpläne). Neben dem Lernen im Unterricht gehören interkulturelle, kreative und experimentelle Lernerfahrungen in der unterrichtsfreien Zeit zur ganzheitlichen Bildung und Erziehung.

10. Werden Sie sich für den Ausbau von Integrationsklassen in den Regelschulen einsetzen?

CDU: Schülerinnen und Schüler mit erhöhtem Förderbedarf sollen, wenn möglich, an allgemeinen Schulen verbleiben. So hat der gemeinsame Unterricht von behinderten und nicht behinderten Kindern in Hessen von 1.318 Klassen im Jahr 1999/2000 auf 1.774 im Jahr 2005/2006 zugenommen. Wir haben über 100 sonderpädagogische Förder- und Beratungszentren mit mehr als 100 zusätzlichen Lehrerstellen geschaffen. Allerdings können manche Kinder auf einer Förderschule am besten gefördert werden. Diese als „aussondernde Einrichtungen“ zu bezeichnen, wie es die SPD tut, ist zynisch und eine Beleidigung von Kindern, Lehrkräften und Eltern. Unser präventives Konzept ist erfolgreich. Im Schuljahr 2005/2006 wiesen 4,1 % aller hessischen Schülerinnen und Schüler sonderpädagogischen Förderbedarf auf gegenüber 4,8 % bundesweit.

SPD: Die SPD will das Prinzip des gemeinsamen Unterrichts umsetzen und Sondereinrichtungen, wie sie die Förderschulen darstellen, so weit wie möglich überwinden. Die SPD ist der

Überzeugung, dass alle Kinder von einem gemeinsamen Unterricht profitieren. Deshalb ist der gemeinsame Unterricht auszuweiten. Wir streben die Inklusion der Erziehungshilfe- und Lernhilfeschülerinnen und -schüler in die allgemein bildenden Schulen an.

GRÜNE: Es waren wir GRÜNEN, die den gemeinsamen Unterricht (GU) von Schülerinnen und Schülern mit und ohne sonderpädagogischen Förderbedarf in Hessen ein gutes Stück voran gebracht haben. Wir wollen den GU nach schwarzen Jahren der Stagnation endlich wieder deutlich ausweiten.

FDP: Die schulische Förderung behinderter Kinder hat sich ausschließlich am Wohl des Kindes zu orientieren. Die Förderung sollte, wenn möglich, integrativ gestaltet werden, hat sich jedoch am konkreten Einzelfall zu orientieren. Die FDP setzt auf den Ausbau von Regel- und Förderschulen unter einem Dach und auf die Einrichtung von Förderschulklassen an Regelschulen, da wir der Auffassung sind, dass beide Fördervarianten somit am besten verwirklicht werden können.

DIE LINKE: Im gesamten Regelschulsystem soll die Integration von Kindern mit Behinderungen oder von Kindern, die von Behinderung bedroht sind, angestrebt und über die Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts von Regelschul- und Sonderpädagogen und die gezielte individuelle Förderung durch Sozialpädagogen sichergestellt werden. Die Integration dieser Kinder soll bereits in den Regeleinrichtungen vor der Schule durch zusätzliche und besonders qualifizierte pädagogische Kräfte gefördert werden.

11. Werden Sie sich für die Rücknahme des achtjährigen gymnasialen Bildungsgangs einsetzen?

CDU: G8 ist international und bundesweit die Regel – übrigens auch in Finnland, was die hessische SPD verschweigen will. Alle Bundesländer haben G8, Rheinland-Pfalz als Modellversuch. Eine Rücknahme würde hessische Abiturientinnen und Abiturienten isolieren und ihnen ein ganzes Jahr im Vergleich mit Gleichaltrigen stehlen. Allerdings wird die Umsetzung von G8 aktuell verbessert, um Überlastungen für Schülerinnen und Schüler zu vermeiden.

SPD: Die SPD hat die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre stets abgelehnt, und sie tut dies weiterhin. Deshalb wird die SPD die Verkürzung der Gymnasialzeit auf acht Jahre in der Mittelstufe rückgängig machen. Eine Verkürzung der Gymnasialzeit kann durch eine Flexibilisierung beim Schuleingang nach Einführung der von uns geplanten flächendeckenden Schuleingangsstufe und durch eine flexible Oberstufe erreicht werden. Verkürzung der Schulzeit kann jedoch niemals ein Wert an sich sein. Der ganzheitliche Bildungsansatz darf ebenso wenig verloren gehen wie Lerntempo und Lernrhythmus, die auf die Lernvoraussetzungen des einzelnen Schülers zugeschnitten sind.

GRÜNE: Wir wollen G8 intelligent verändern. Statt den Stoff nur in der Mittelstufe zu verdichten, wollen wir die Lerninhalte sinnvoller über die gesamte Schulzeit verteilen und die Lehrpläne entschlacken. Um die Durchlässigkeit zwischen den Schulformen zu wahren, soll die zweite Fremdsprache wieder ab Klasse 7 unterrichtet werden. Zusätzlich wollen wir an den „Neuen Schulen“ (siehe Frage 1) G9 anbieten, wie es heute schon an den Integrierten Gesamtschulen der Fall ist.

FDP: Die FDP hält an der Schulzeitverkürzung im gymnasialen Bildungsgang fest, fordert jedoch konkrete Verbesserungen ihrer Ausgestaltung. Dazu zählen eine konsequente Entschlackung der Lehrpläne, die Freistellung für Kooperative Gesamtschulen, ob sie den gymnasialen Bildungsgang verkürzen oder nicht, die Bereitstellung ausreichender Unterrichtsmaterialien sowie eine sinnvolle Pausengestaltung.

DIE LINKE: Im gymnasialen Bereich muss die Schulzeitverkürzung (G8) zurückgenommen werden. Eine Verkürzung der Verweildauer in der gymnasialen Oberstufe lehnen wir ebenso ab.

12. In welcher Weise werden Sie das Programm „Selbstverantwortung Plus“ (SV-plus) an beruflichen Schulen fortführen?

CDU: Das Modellprojekt soll um zwei Jahre verlängert werden. Die Rechte der Schulleiterinnen und Schulleiter werden gestärkt. Schulen können eigenständig Verträge abschließen. Die Übertragung der Personal- und Budgethoheit auf alle beruflichen Schulen soll ab 2010 erfolgen. Bereits 2008 werden wir – aufgrund eines Antrags der CDU-Fraktion im Landtag – allen Schulen ein Schulgirokonto ermöglichen.

SPD: Die SPD hat sich gemeinsam mit allen im Landtag vertretenen Fraktionen für eine Verlängerung des Projekts ausgesprochen. Unser Ziel ist, das Modell der Eigenverantwortlichkeit auf alle Schulen auszudehnen. Dies betrifft die innere Organisation, die pädagogischen Prozesse und den Einsatz der Schulbudgets. Schulen sollen im Rahmen ihres Schulprogramms größtmöglichen Gestaltungsraum erhalten. Parallel dazu müssen Unterstützungssysteme ausgebaut und die Zielvorgaben in Form von kompetenzorientierten Bildungsstandards neu entwickelt werden. Selbstverantwortliche Schule muss von der Schulgemeinde von unten gestaltet werden.

GRÜNE: Auf Grundlage der SV+-Erfahrungen wollen wir in der nächsten Legislaturperiode allen Schulen größtmögliche Freiräume in pädagogischer, finanzieller, organisatorischer und personeller Hinsicht geben. Das Land muss klare Bildungsziele und zu erreichende Kompetenzen definieren und ein leistungsfähiges Unterstützungssystem für die Schulen bereithalten. Es bleibt in der Pflicht, für eine vergleichbare Ausstattung der Schulen zu sorgen und die Personalvertretungs- und Mitbestimmungsrechte zu wahren.

FDP: Die FDP war maßgeblicher Initiator des Programms „Selbstverantwortung Plus“ an Beruflichen Schulen und setzt sich für die zügige Fortsetzung des Programms gemäß den Forderungen der beteiligten Schulen ein, indem die Schulen eine eigene Rechtsstellung erhalten sollen und ein Konto führen dürfen. Dies sind wichtige Rahmenbedingungen für eine Budget- und Personalhoheit der Schulen. Dafür strebt die FDP gesetzliche Änderungen an.

DIE LINKE: Die Kritik an diesem Programm muss endlich öffentlich thematisiert werden, damit nicht über dieses Programm die Ökonomisierung und Privatisierung von Schule und die Abschaffung von Mitbestimmungsrechten weiter voranschreiten.

13. Werden Sie das Programm „Unterrichtsgarantie Plus“ abschaffen oder verändern und wie?

CDU: Wir werden weiterhin verlässliche Schulzeiten garantieren, die Mittel für die Unterrichtsgarantie erhöhen und dabei insbesondere kleinere Grundschulen und Förderschulen unterstützen. Im Jahr 2008 werden 52 Millionen Euro für Unterrichtsvertretungen bereit stehen, im Gegensatz zu nur 5,7 Millionen Euro unter Rot-Grün. Damit handeln wir im Sinne nicht nur der Schülerinnen, Schüler und Eltern, sondern schaffen Entlastung auch für die Lehrkräfte.

SPD: Die SPD unterstützt das Ziel einer verlässlichen Schule, hat aber das Programm „Unterrichtsgarantie Plus“ von Anfang an abgelehnt. Durch die Bestimmungen des Programms wurde den Schulen zusätzliche Bürokratie verordnet und die Qualität des Unterrichts herabgesetzt. Auch die Beschneidung der Mitbestimmungsrechte wird von uns kritisiert. Die SPD wird das Programm deshalb beenden. Die Schulen sollen jedoch die Mittel in Höhe von 30 Millionen Euro pro Jahr ohne Zweckbindung zur Gestaltung eines verlässlichen Schultags behalten. Sie entscheiden selbst, ob Vertretungslehrkräfte mit festen Verträgen beschäftigt werden oder anderes Personal eingestellt wird, das ein sinnvolles pädagogisches Angebot machen kann, wenn kurzfristig eine Unterrichtsstunde ausfällt.

GRÜNE: Das beste Mittel gegen Unterrichtsausfall ist eine bessere Lehrerversorgung. Deshalb wollen wir 1.000 zusätzliche Lehrer ein- und eine 100-prozentige Unterrichtsversorgung sicherstellen. Wir sagen „Ja“ zur verlässlichen Schule, aber „Nein“ zur sogenannten Unterrichtsgarantie plus der Landesregierung. Unsere Alternative sieht vor, den bürokratischen Aufwand aus den Schulen herauszuhalten und ausschließlich qualifiziertes Personal einzusetzen.

FDP: „Unterrichtsgarantie Plus“ soll zugunsten einer 105-prozentigen Lehrerversorgung an allen Schulen abgeschafft werden. Damit sollen alle Schulen in die Lage versetzt werden, den Regelunterricht abzudecken und eine verlässliche Schulzeit zu garantieren, deren Ausgestaltung die Schule eigenverantwortlich regeln kann.

DIE LINKE: Die „Unterrichtsgarantie plus“ stellt die Weichen in die falsche Richtung. Dem gegenüber tritt die LINKE in Hessen für eine echte hundertprozentige Unterrichtsversorgung und den Aufbau einer qualifizierten zehnpromzentigen Vertretungsreserve ein.

14. Werden Sie die finanziellen Mittel für das öffentliche und private Schulangebot neu aufteilen?

CDU: Wir werden in den nächsten Jahren, auch bei zurückgehenden Schülerzahlen, die Höhe der Landesmittel für Bildung beibehalten und darüber hinaus auch 2.500 zusätzliche Stellen schaffen. Zur weiteren Verbesserung der Qualität der Schulen gehört auch die Entwicklung einer neuen systematischen Grundlage der Finanzierung der Ersatzschulen, die sich an den tatsächlichen Schülerkosten orientiert und für alle Beteiligten transparent und damit nachvollziehbar ist.

SPD: Die SPD strebt eine Novellierung des Gesetzes zur Finanzierung von Schulen in freier Trägerschaft an. Die Zuschüsse müssen sich an den tatsächlichen Kosten einer Schülerin oder eines Schülers in einer staatlichen Schule orientieren. Dabei ist gegebenenfalls in einem Stufenplan der Auflage des Bundesverfassungsgerichts Rechnung zu tragen.

GRÜNE: Die Zuwendungen an Schulen freier Träger müssen sich laut Bundesverfassungsgericht an den realen Kosten staatlicher Schulen orientieren. Dies ist derzeit nicht der Fall. Es müssen endlich die nötigen Schritte umgesetzt werden, um zu einer transparenten und gerechten Berechnungsbasis zu kommen.

FDP: Die FDP sieht ihre zentrale Aufgabe in einer Qualitätsverbesserung des öffentlichen Schulwesens und wird sich für eine entsprechende Mittelbereitstellung stark machen. Gleichwohl sehen wir in den Schulen in freier Trägerschaft eine wichtige Ergänzung des öffentlichen Schulwesens und werden uns entsprechend für eine Reform des Ersatzschulfinanzierungswesens einsetzen, das eine gerechte Mittelverteilung unter den Schulformen des Privatschulwesens zum Ziel hat.

DIE LINKE: Da wir für einen qualifizierten Ausbau des gebührenfreien öffentlichen Schulwesens sind und hier einen beträchtlichen Nachholbedarf haben, sollten wir alle finanziellen Ressourcen darauf konzentrieren.

15. In welcher Weise werden Sie sich gegen die weitere Bürokratisierung und „Ökonomisierung“ der hessischen Schulen einsetzen?

CDU: In den vergangenen Jahren sind wir in punkto Eigenverantwortung der Schulen schon weit vorangekommen. Dazu gehört auch ein Abbau unnötiger bürokratischer Vorschriften. Diesen Weg gehen wir konsequent weiter (siehe auch Antwort zu Frage 5). Mit den genannten zusätzlichen Investitionen in den kommenden Jahren werden wir dafür sorgen, dass diese Eigenverantwortung von den Schulen auch gelebt werden kann.

SPD: Die SPD hält es für notwendig, die Inflation bei den bestehenden Erlässen und Verordnungen zu stoppen. Bestehende Vorschriften müssen geprüft und hinterfragt werden. Wir gehen davon aus, dass ein Teil dieser bürokratischen Regelungen aufgehoben werden muss, um die Schulen tatsächlich in ihrer Eigenverantwortlichkeit zu stärken. Wir wollen eine demokratisch verfasste Schule und wenden uns gegen eine Ökonomisierung von Schule.

GRÜNE: Statt CDU-Gängelung und Bürokratie brauchen unsere Schulen endlich wieder Zeit und Luft zum Atmen. Wir werden gewährleisten, dass sie nicht wie Wirtschaftsbetriebe geführt werden. Das statische Betrachten des sogenannten Inputs und Outputs ohne Berücksichtigung der Rahmenbedingungen und qualitativer Aspekte wird der engagierten Arbeit der an Schule Beteiligten nicht gerecht.

FDP: Die FDP will die Bürokratie an Hessens Schulen weitestgehend zurückdrängen. Dafür setzen wir auf die verstärkte Eigenverantwortung der Schulen. Schulen sollen weitestgehend unabhängig von der Kultusbürokratie passgenaue Lösungen für die Ausgestaltung ihres Schulbetriebs finden. Dafür sollen sie Budget- und Personalhoheit erhalten.

DIE LINKE: Wir wenden uns strikt gegen eine Privatisierung und Ökonomisierung des Bildungswesens und den Rückzug des Staates aus seiner Verantwortung. Wir wenden uns insbesondere gegen eine „betriebsradikale“ Umstrukturierung von Schulen im Rahmen der sogenannten Neuen Verwaltungssteuerung (NVS), die an Kennziffern orientierte Input-Output-Rechnungen zur Grundlage hat, Kostensenkungsaspekte in den Mittelpunkt rückt und die Schulen in eine scharfe Konkurrenz untereinander setzt.

Lehrerbildung und Studium

16. Auf welche Weise werden Sie die Lehrerfortbildung ausbauen?

CDU: Wir werden die von uns eingerichteten Fortbildungsbudgets schrittweise erhöhen, die bereitgestellten und zertifizierten Fortbildungsangebote evaluieren, qualitativ verbessern und noch gezielter auf die Bedürfnisse der Schulen ausrichten.

SPD: Die SPD will die regionale Lehrerfortbildung ausbauen. Angebote vor Ort sollen auch in Kooperation mit den Studienseminaren entwickelt werden. Die Effizienz des derzeitigen zentralen Fortbildungssystems muss überprüft werden.

GRÜNE: Wir werden Schulen durch mehr Geld für Fortbildung unterstützen und die Fort- und Weiterbildungsangebote von Afl und IQ verbessern. Individuelle Weiterqualifizierung und im schulischen Dialog abgestimmte Fort- und Weiterbildungen zur Umsetzung des Schulprofils und zur Qualitätsentwicklung sind wichtig. Des auf Misstrauen basierenden Sammelns von Fortbildungspunkten bedarf es nicht. Vielmehr sind Freiräume zur Wahrnehmung von Fort- und Weiterbildung und zur Umsetzung der Ergebnisse im Schulalltag zu eröffnen.

FDP: Wir Liberale sind der Auffassung, dass es bereits ein gut ausgebautes Angebot für die Lehrerfortbildung in Hessen gibt, das kontinuierlich weiter entwickelt werden soll und insbesondere Rücksicht auf die Anforderungen an Lehrkräfte und Schulleitungen durch die eigenverantwortliche Schule nehmen muss. Für eine entsprechend ausreichende Mittelzuweisung setzen wir uns ein.

DIE LINKE: Fortbildung ist Aufgabe des Staates und nicht aus dem Einkommen zu bezahlen.



17. Werden Sie das Referendariat bezüglich Dauer, Organisation, Arbeitsaufwand und Prüfung verändern?

CDU: Die derzeitigen Regelungen werden im Kern erhalten, weil sie sich grundsätzlich bewährt haben und allgemein akzeptiert sind. Allerdings ist eine Überprüfung der Module bereits in Arbeit, um Überfrachtungen abzubauen. Wir sind gegen die Einführung von Bachelor-/Master-Lehrern unter Aufgabe des Referendariats, wie es die SPD plant.

SPD: Die SPD wird im ersten Schritt die berechtigte Kritik an der Umsetzung des Lehrerbildungsgesetzes in der zweiten Phase aufgreifen und Verbesserungen am „Status quo“ einleiten. Als Baustein im „Haus der Bildung“ hat die SPD darüber hinaus ein Lehrerbildungskonzept für die Zukunft entwickelt, das eine einjährige Berufseinstiegsphase vorsieht.

GRÜNE: Die Landesregierung hat mit ihrer „Reform“ der Lehrerbildung Chaos angerichtet. Notwendige Korrekturen sind die Entschlackung der Ausbildungsmodule, die Reduzierung der Arbeitsbelastung der LiV sowie ihrer Ausbilderinnen und Ausbilder und die Stärkung der Mentorenrolle. Das ungerechte System zur Ermittlung der Gesamtnote werden wir verändern. Die Besoldung ist bezüglich einer Erhöhung zu überprüfen.

FDP: Die FDP wird sich dafür einsetzen, dass das Hessische Lehrerbildungsgesetz und die entsprechende Umsetzungsverordnung dahingehend novelliert werden, dass der Arbeitsumfang für die Lehrkräfte im Vorbereitungsdienst reduziert wird, damit die derzeit hohe Arbeitsbelastung der jungen Lehrkräfte vermindert wird und eine qualitativ hochwertige Ausbildung in der zweiten Phase sichergestellt werden kann. Auch werden wir uns für eine bessere Abstimmung der einzelnen Module einsetzen.

DIE LINKE: Für eine gesicherte Qualität der schulischen Angebote fordern wir eine Reform der Lehrerausbildung. Die Praxisnähe im ersten Ausbildungsabschnitt ist zu verstärken. Die Modularisierung, die die Pädagogische Ausbildung zersplittert und den Bewertungsdruck erhöht, muss zurückgenommen werden. Hier verweisen wir auf das ausgearbeitete Modell der GEW. Eine Verkürzung des Referendariats ist vorstellbar.

18. Auf welche Weise werden Sie die finanzielle und personelle Situation an den Universitäten verbessern?

CDU: Die Landeszuschüsse an die Hochschulen haben sich von 963 Millionen Euro 1998 auf rund 1,2 Milliarden Euro, die Mittel für den Hochschulbau seit 1998 von 65,5 auf 227,4 Millionen Euro erhöht. Durch die neuen Programme HEUREKA (Hochschulinvestition) über 3 Milliarden Euro und LOEWE (Forschungsprogramm) über jährlich 90 Millionen Euro – nach einer Anschubfinanzierung – werden wir die finanzielle und personelle Situation weiter verbessern.

SPD: Die SPD will die personelle und finanzielle Situation so gestalten, dass Studienbedingungen und Qualität des Studiums verbessert werden können.

GRÜNE: Wir werden das Studiengebührengesetz umgehend rückgängig machen, denn Studiengebühren sind sozial ungerecht, bildungspolitisch falsch und in Hessen verfassungswidrig. Die

Einnahmen aus Studiengebühren werden wir den Hochschulen allerdings ersetzen und für eine Qualitätsoffensive für bessere Studienbedingungen und eine bessere Lehre einsetzen. Zudem wollen wir die Hochschulen in die Lage versetzen, in den kommenden Jahren tatsächlich mehr Studierende aufzunehmen. Nur so können wir die Bildungsbeteiligung und die chancengerechte Teilhabe an Bildung erhöhen, einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegenwirken und verhindern, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft.

FDP: Die FDP setzt sich für eine Mittelanpassung im Rahmen des Hochschulpaktes ein. Auch wollen wir die Forschungsförderung verstärken.

DIE LINKE: Gute Bildung kostet Geld. Deshalb fordern wir höhere Ausgaben für den Bildungsbereich. Zu finanzieren wäre dies über die Wiedereinführung der Vermögensteuer. Dies würde dem hessischen Landeshaushalt 1,2 Milliarden Euro Mehreinnahmen bringen. Darüber hinaus würden eine Reform der Erbschaftsteuer und eine höhere Unternehmensbesteuerung zu zusätzlichen Einnahmen für Schulen und Hochschulen in Hessen führen.

19. Werden Sie die Studiengebühren zurücknehmen?

CDU: Nein. Denn sie tragen direkt zu weiteren Verbesserungen der Lehr- und Studienbedingungen bei und sind dabei sozial ausgestaltet. Im Übrigen ist es ungerecht, wenn der Facharbeiter, die Krankenschwester oder der Handwerker anderen Menschen das Studium bezahlen. Denn jene müssen die Kosten für ihr fachliches Weiterkommen zum größten Teil selbst tragen.

SPD: Eine SPD-geführte Landesregierung wird die Studiengebühren umgehend zurücknehmen.

GRÜNE: Ja, siehe Frage 18.

FDP: Die FDP hält Studienbeiträge grundsätzlich für eine notwendige Maßnahme zur Qualitätsverbesserung des Studiums. Im Gegensatz zur CDU wollen wir den Hochschulen als Mittel des Wettbewerbs um Studierende freistellen, ob und für welche Studiengänge sie in welcher Höhe bis zu 500 Euro Studienbeiträge erheben. So können Studierende und Professoren gemeinsam vor Ort darüber entscheiden, ob und wofür Studienbeiträge erhoben werden. Wer zahlt, hat Anspruch auf eine verbesserte Leistung („Geld-zurück-Garantie“).

DIE LINKE: Diesen verfassungsfeindlichen Plänen – die hessische Verfassung stellt eindeutig klar, dass das Studium unentgeltlich ist – erteilt die LINKE eine klare Absage. Unsere Linksfraktion im Landtag wird für die Abschaffung der Studiengebühren stimmen.

Wer wird Kultusminister/in?

Im SPD-Schattenkabinett steht mit dem parteilosen *Rainer Domisch*, der seit 13 Jahren in der obersten Schulbehörde Finnlands arbeitet, ein ausgewiesener Bildungsreformer zur Verfügung, der im Fall einer rot-grünen Mehrheit zum Zuge kommen wird. Eine schwarz-gelbe Koalition böte der CDU die Möglichkeit, *Karin Wolff* los zu werden. Der FDP-Bildungspolitikerin *Dorothea Henzler* werden Ambitionen nachgesagt. Wenn es für die CDU erneut zu einer absoluten Mehrheit reicht, wird kein Weg an einer dritten Amtszeit für *Karin Wolff* vorbeiführen. Die HLZ beleuchtet Parteien und Personen.



Karin Wolff – allein gegen alle

Karin Wolff gehört den von *Roland Koch* geführten Landesregierungen von Anbeginn als Kultusministerin an, zum Zeitpunkt der Landtagswahl am 27. Januar 2008 somit seit neun Jahren, sowohl in den Jahren der schwarz-gelben Koalition (1999 bis 2003) als auch in den Jahren der CDU-Alleinregierung (2003 bis 2008), dann auch als stellvertretende Ministerpräsidentin. Nur *Hans Kröllmann* (SPD) hielt es von 1974 bis 1984 länger in diesem Amt. Zeit für einen subjektiven Rückblick mit dem Schwergewicht auf den letzten Jahren und Monaten.

Gut ein halbes Jahr nach ihrem Amtsantritt im Februar 1999 fand HLZ-Redakteur *Joachim Euler* freundliche Worte für die neue Kultusministerin *Karin Wolff* (CDU). Sie wisse, „wie wichtig Kommunikation ist“, höre zu und sei in ihrem Vorgehen auf jeden Fall „deutlich klüger“ als ihr Vorgänger *Hartmut Holzapfel* (SPD). Doch das sollte nicht lange so bleiben, dafür sorgten die bildungspolitischen Hardliner um den ultrakonservativen schulpolitischen Sprecher der CDU-Fraktion *Hans Jürgen Irmer*, dessen Wetzlar-Kurier Homosexualität für eine Krankheit hält, und den Ex-Kultusminister und heutigen CDU-Fraktionsvorsitzenden *Christean Wagner*, der gern das Kreuz wieder in allen Klassenräumen sehen möchte. An die Stelle der gelobten „Freundlichkeit“ traten Säuberungen und Parteipolitik im eigenen Haus, Ignoranz gegenüber kritischen Stimmen auch aus dem eigenen Lager, die Politik der kurzen Leine mit den üblichen Drohgebärden, die allerdings – wie die Ankündigung, kritische Schulleiterinnen und Schulleiter ins Staatliche Schulamt abzuordnen – gelegentlich nach hinten los gingen. Recht behalten sollte *Joachim Euler* mit Wolffs bildungspolitischer Einschätzung: „Pläne hat sie keine außer der von der CDU-Landespartei vorgegebenen Bildungsideologie: drei Schulformen für die Drei-Klassen-Gesellschaft, Kontrolle und Selektion an allen möglichen Bildungsabzweigungen zwecks passgerechter Einsortierung in die drei Tüten.“ (HLZ 11-12/1999)

Nichts ficht Wolffs konservatives Menschen- und Weltbild an, weder die PISA-Erfolge der skandinavischen Länder, in die sie nur notgedrungen reiste, „um Rosinen zu picken“, noch die breite gesellschaftliche Debatte um das längere gemeinsame Lernen und das Scheitern des dreigliedrigen Schulsystems. Auf ein im März 2007 bekannt gewordenes Arbeitspapier ihres eigenen Hauses, das eine Zusammenlegung von Haupt- und Realschulen favorisierte, folgte die Pawlowsche Keule:

„In Hessen bleibt es bei einem gegliederten Schulwesen mit eigenständigen landesweiten Abschlüssen für Hauptschule, Realschule und Gymnasium. Die Abschaffung der Hauptschule wäre die Fortsetzung der ideologisch begründeten Verachtung praktischer Begabungen, mit der von SPD-Kultusministern hessischen Schülerinnen und Schülern über viele Jahre hinweg schwerer Schaden zugefügt worden ist.“

Dass auch CDU-geführte Landesregierungen in Schleswig-Holstein, Hamburg, Baden-Württemberg oder an der Saar längst in diese Richtung denken, kümmert *Karin Wolff* wenig.

Droht die „sozialistische Zwangseinheitsschule“?

Angesichts der großen Unzufriedenheit gerade vieler Eltern mit der Wolffschen Politik der Luftnummern („Unterrichtsgarantie plus“) und der bildungspolitischen Brechstange (Schulzeitverkürzung) war vorhersehbar, dass *Wolff* im Wahlkampf nur noch die propagandistische Reißleine nach dem Muster des CSU-Kanzlerkandidaten *Franz-Josef Strauß* „Freiheit statt Sozialismus“ bleibt. Auf die vorsichtigen schulpolitischen Reformpläne von SPD und Grünen und den moderaten parteilosen SPD-Kandidaten für das Amt des Kultusministers *Rainer Domisch* schlugen *Wolff* und *Irmer* gleichermaßen mit der ideologischen Keule ein. *Domisch* sei ein „Einheitsschulfanatiker“, die SPD plane eine „Zwangseinheitsschule“ (*Wolff* in der Frankfurter Neuen Presse), und bei der Landtagswahl gehe es „um nichts weniger als die Frage bildungspolitischer Freiheit oder sozialistischer Einheitsschule“ (*Irmer* im Landtag).

Breites Bündnis gegen Wolff

„Wer die freie Elternwahl mit der Einheitsschule abrasieren will, der sät Unfrieden an den Schulen“, meinte *Karin Wolff* auf dem Gymnasialtag des Philologenverbands 2007 und erkennt, dass der Elternwille für mehr als die Hälfte der Kinder, die in die fünfte Klasse eines Gymnasiums eingeschult werden, dank „Querversetzungen“ und erzwungenem Schulformwechsel nur eine Schimäre ist und dass keine Politikerin mit Standards, Vergleichsarbeiten und zentralen Prüfungen so viel für die Gleichmacherei und das Lernen im Gleichschritt getan hat wie sie selbst.

Wolffs Politik führte zu einem in Hessen bisher unbekanntem Bündnis. Erstmals in der Geschichte der hessischen

Bildungspolitik schlossen sich die gewählten Vertretungen der Lehrer-, Eltern- und Schülerschaft zusammen und sammelten als Bündnis „Es geht um unsere Schule“ im Herbst 2004 über 75.000 Unterschriften gegen die Novellierung des Schulgesetzes, gegen das Turbo-Abitur, gegen drohende Schulschließungen und größere Klassen durch neue „Klassenrichtwerte“ und gegen eine verschärfte Auslese.

Bundespolitische Aufmerksamkeit fand Wolff weniger als Präsidentin der Kultusministerkonferenz als durch ihre Forderung, die biblische Schöpfungslehre auch im Biologieunterricht zu behandeln (HLZ 12/07). Schon 2006 fiel die sehr moderate Reaktion der ehemaligen Religions- und Geschichtslehrerin, für die die Bibel „das faszinierendste Buch“ ist, auf die Vorgänge an der August-Hermann-Francke-Schule in Gießen und die Verwendung kreationistischer Publikationen im Unterricht auf. Ihre gegenüber dem evangelikalen Nachrichtendienst *ideaSpektrum* im Oktober 2006 formulierte „Erkenntnis, wie sehr Biologie und der Bericht von den sieben Schöpfungstagen übereinstimmen“, nahm damals kaum jemand zur Kenntnis (www.idea.de). Erst mit der Wiederholung dieses Bekenntnisses in einem Gespräch mit der FAZ im Sommer 2007 zog sich Wolff nicht nur den Ärger von Landtagsopposition, Nobelpreisträgern und Journalisten („mehr als eine Provinzposse“) zu, sondern auch einen Ruffel des Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz *Karl Kardinal Lehmann*: Der Biologieunterricht müsse den Sinn der Schöpfungsgeschichte „nicht ausführlicher entfalten“.

In der Öffentlichkeitsarbeit schossen Kultusministerium und CDU regelmäßig weit über das Ziel hinaus und heimsten mit dem Blick durch die rosafarbene Brille immer wieder Unverständnis und Gelächter ein. Das Wort von der „Unterrichtsgarantie plus“, die sich im besten Fall als Betreuungs- oder Verwahrgarantie erwies, war ein Eigentor, genauso wie die Behauptung, die Unterrichtsausfälle bewegten sich „im Promillebereich“, und das Mantra, Hessen sei „auf dem Weg zum Bildungsland Nummer 1“ und die LUSD ein gut funktionierendes System, das nur ewige Nörgler nicht verstünden.

Als „Feldgottesdienst“ (*Jörg-Uwe Hahn*, FDP) mit Reden „wie von Fidel Castro“ (*Mathias Wagner*, Bündnis 90/Die Grünen) war auch der Schulleiter-Kongress im März 2007 in der Frankfurter Jahrhunderthalle kaum ein Jahrhundertereignis, sonst eher Auslöser für Frust und Ärger bei den nach Frankfurt-Höchst beorderten Schulleiterinnen und Schulleitern: Ärger über den verlorenen Samstag, die „Nachfragen“ der Schulämter bei Schulleitungen, die sich nicht „angemeldet“ hatten, die Kosten von mindestens 400.000 Euro und die Zumutung, mindestens sechs Stunden über die zentral gesteuerte Lautsprecheranlage und die Großbildleinwände in Parteitagsmanier die Vorstellungen der Landesregierung von einem partnerschaftlichen Dialog über sich ergehen lassen zu müssen. Der Ärger hält an, ist doch von den dort verkündeten Verheißungen, Schulleitungen bekämen „mehr Leitungszeit“ und an den kleineren Schulen auch eine bessere Besoldung seit diesem Tag nicht mehr die Rede.

Für Wolff geht es bei dieser Landtagswahl ums politische Überleben. Das Debakel um die Lehrer- und Schülerdatenbank LUSD verschärfte das Bild von der Pannenministerin, die den Staatssekretär vorschickt, der sich jedoch genauso wenig der politischen Verantwortung für die 20-Millionen-Euro-Pleite stellte. Die BILD-Zeitung fragte schon am 21. August: „Wie lang kann sich Koch diese Ministerin noch leisten?“ Und bei den letzten Umfragen vor Weihnachten kam es dann knüppeldick: „Wolff ganz unten“, lautete die Schlagzeile der Frankfurter Rundschau am 13. Dezember, „Bei Bildung eher SPD“ die der Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung am 9. Dezember. Die FAZ schrieb den erwarteten Stimmenrückgang der CDU „dem Ansehensverlust der Kultusministerin“ zu und konstatierte einen „schwindenden Rückhalt in den eigenen Reihen“ (13.12.). Nur 20 % aller Befragten finden die Bildungspolitik von Karin Wolff „gut“, und auch nur 28 % der CDU-Anhänger loben ihre Politik: „Fast 60 % der Hessen lehnen ihre Bildungspolitik ab“ (FR vom 13.12.2007).

Harald Freiling



SPD: Viele Schnittmengen

Das SPD-Bildungsprogramm aus GEW-Sicht

Der miserable Zustand des hessischen Bildungssystems sorgt dafür, dass die Wahlkampfthemen quasi auf der Straße liegen. Bildungspolitik ist derzeit ein Megathema in den Medien. Der extreme Leistungsdruck im gymnasialen Bildungsgang durch G8 und billiger Pseudovertretungsunterricht durch U-plus erhitzen die Gemüter bis weit ins konservative Lager hinein. Die immer schärfere Abschottung der Bildungsgänge durch selektive Maßnahmen sowie den Unterricht uniformierende zentrale Tests zeigen, welche Agenda CDU-Kultusministerin *Karin Wolff* in Wirklichkeit verfolgt.

Die SPD unter *Andrea Ypsilanti* hat den Ball angenommen. Das SPD-Regierungsprogramm für die Jahre 2008 bis 2013 ist mit Sicherheit nicht der ganz große bildungspolitische Wurf, ist aber in vielem auch für die GEW konsensfähig, wenn es auch leider bei der Frage der Schulreform hinter den Grundpositionen der GEW zurück bleibt.

Die SPD will Bildungsgerechtigkeit unabhängig vom sozialen Status durch den Abbau von Bildungsbarrieren und bekennt sich zu den Grundprinzipien des gemeinsamen Lernens in heterogenen Lerngruppen nach den Prinzipien der individuellen Förderung und des Forderns.

Dass die SPD G8 beenden will, ist ein Segen, ebenso die Abschaffung der Schulformempfehlung durch die Grundschule, die Abschaffung der Möglichkeit der Querversetzung in den Jahrgangsstufen 5 und 6 sowie des Sitzenbleibens generell. Auch das Konzept der Inklusion und die weitgehende Abschaffung der Förderschulen sind alte GEW-Forderungen. Allerdings stellt sich die Frage, warum nicht auch Kinder mit schweren und schwersten Behinderungen integriert werden sollen. Schließlich gibt es schwer körperbehinderte Kinder, die lernzielgleich unterrichtet werden können, wenn dafür die Bedingungen geschaffen werden.

Von der frühkindlichen Bildung ...

Was die frühkindliche Bildung angeht, setzt auch die SPD beim Bildungsplan 0 bis 10 an. Angestrebt werden volle Gebührenfreiheit für Kindergärten und Kitas sowie ein verpflichtendes letztes Kindergartenjahr für Fünfjährige. Dies steht allerdings im Widerspruch zur Planung, das Einschulungsalter für Grundschulkindern abzusenken.

Ob eine Kindergartenpflicht für Fünfjährige wirklich sein muss, ist fraglich. Gute Beratung der Eltern und Gebührenfreiheit als Anreiz wären hier wahrscheinlich des Guten genug. Auch bei der Reform der Erzieherinnenausbildung bleibt die SPD mit der Forderung, „ein Studium“ (welches bleibt offen) solle die bestehende Ausbildungsstruktur ergänzen, inkonsequent.

Die GEW fordert seit langem für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Kindergärten und Kitas ein Fachhochschulstudium mit Abitur als Eingangsvoraussetzung. Sie bekämpft damit das uralte Vorurteil, dass das pädagogische Personal umso geringer qualifiziert und schlechter bezahlt sein kann je kleiner die Kinder sind.

Die Möglichkeit einer Flexibilisierung des Schulanfangs sieht das Hessische Schulgesetz in § 20 Absatz 2 bereits vor. Was als Kann-Bestimmung besteht, soll jetzt in der Form weiterentwickelt werden, dass die ersten zwei Schuljahre zu einer Eingangsstufe werden, die je nach Entwicklungsstand in ein bis drei Jahren durchlaufen werden kann. Auch das kann man nur begrüßen, da damit die Stigmata der Vorschulklassen und die Rückstellungen entfallen, die in der Vergangenheit sechs- und siebenjährige Kinder bereits zu Verlierern in diesem Bildungssystem abstempelten.

... zur gymnasialen Oberstufe

Machen wir einen Sprung in die gymnasiale Oberstufe. Nach den Vorstellungen der SPD soll das Abitur künftig nach 12 oder 13 Jahren erworben werden können. Auch das ist nicht neu, war es doch für leistungsstarke Schülerinnen und Schüler immer schon möglich, die Jahrgangsstufe 11 zu überspringen. Dies will die SPD so institutionalisieren, dass zu Beginn der Oberstufe auf der Grundlage individueller Beratung ein Lehrplan für jeden Schüler und jede Schülerin erstellt wird und dass dann der Nachweis der Pflichtkurse bis zur Abiturprüfung über die Verweildauer entscheidet. Dazu soll die Oberstufe ein „echtes Kurssystem“ erhalten – ein Begriff, der eher nebulös im Raume stehen bleibt. Die GEW fordert dagegen ganz konkret „die Rücknahme der Rücknahme der Oberstufenreform“, d.h. die Rücknahme der Hierarchisierung der Fächer, der Einschränkung der Kurswahl und möglicher Leistungskurskombinationen, die Abschaffung des 5. Prüfungsfaches und der verpflichtenden Abiturprüfungen in den Fächern Deutsch und Mathematik. Hierzu wird sich die SPD noch verhalten müssen. Auch das Zentralabitur soll nach dem vorliegenden Wahlprogramm wieder abgeschafft werden. Auch wenn viele Kolleginnen und Kollegen es durchaus als „befreiend“ empfanden, in den letzten Weihnachtsferien keine Aufgabenvorschläge mehr erstellen zu müssen, so wird die starke Normierung von Unterrichtsinhalten durch die Lehrpläne und den Begleiterlass für die Abiturprüfung doch als Gängelung empfunden, die zudem die Beteiligung von Schülerinnen und Schülern bei der Planung und Gestaltung von Unterricht auf Null heruntergefahren hat.

SPD setzt auf Zweigliedrigkeit

Die SPD will im Dialog mit Eltern und Lehrkräften eine „Schulreform von unten“ durchsetzen. In der Sekundarstufe I will sie bestehende Haupt-, Real- und Gesamtschulen zu einem „Haus der Bildung“ umbauen, in dem alle Schülerinnen und Schüler gemeinsam bis zur Klasse 10 einschließlich unterrichtet werden. Grundlage des Unterrichts sollen schulfornunabhängige Bildungsstandards als Mindeststandards und Kernlehrpläne sein. Am Ende der Sekundarstufe I erhalten alle Jugendlichen einen allgemeinen Bildungsabschluss, der zur beruflichen Ausbildung im dualen System oder zum Besuch der gymnasialen Oberstufe berechtigt.

Nur für diese Schulen will die SPD die bestehenden Richtwerte für die Klassenbildung abschaffen und die Lehrzuweisung nicht mehr an der Anzahl der gebildeten Klassen, sondern an den pädagogischen Zielsetzungen und den strukturellen Bedingungen der Einzelschule orientieren. Schulen in sozialen Brennpunkten sollen nach dem Prinzip der positiven Diskriminierung zusätzliche Mittel erhalten. Schulsozialarbeit und Fördermaßnahmen sollen die Unterrichts- und Erziehungsarbeit ergänzen und unterstützen. Weiter sollen diese Schulen zu voll rhythmisierten Ganztagschulen ausgebaut werden, die auf der Grundlage von Jahresstunden- und Wochenplänen arbeiten. Zugegebenermaßen ist das die bisher interessanteste Variante von Zweigliedrigkeit, die auch zahlreiche Forderungen der GEW umsetzen würde. Wenn Andrea Ypsilanti diese Reformen über den Wahlkampf hinaus ernst meint und auch finanzieren kann, so wird sie auf einige sehr schwierige Fragen eine Antwort finden müssen:

- Wie will sie dem Druck der konservativen Gymnasiallobby standhalten, wenn zwei so unterschiedlich mit Ressourcen ausgestattete Systeme miteinander in Konkurrenz treten?
- Meint sie wirklich, dass sie bei Gymnasialeltern Verständnis dafür wecken kann, dass Kinder aus bildungsferneren Schichten in sehr viel besser ausgestatteten Schulen das Gleiche lernen sollen?

In dieser Hinsicht dürfte das Experiment sehr interessant werden.

Der GEW-Hauptvorstand hat im März 2007 angesichts bundesweiter Entwicklungen die Einführung eines „Zwei-Säulen-Modells“ abgelehnt. Es sei keine Perspektive für einen Übergang zur „Schule für alle“, auch nicht als Zwischenschritt, sondern zementiere die soziale Auslese nach der Jahrgangsstufe 4, argumentiert der GEW-Hauptvorstand. Diese Einschätzung ist absolut berechtigt, wie Diskussionsforen zum Beispiel in der ZEIT eindrucksvoll dokumentieren. Unter der Parole „Schluss mit dem Streit“ ist von namhaften Wissenschaftlern, Politikern, Journalisten und anderen eine Diskussion losgetreten worden, die zum Ziel hat, die sogenannte „Zwei-Wege-Lösung“ als „pragmatischen Kompromiss“ zu akzeptieren, um die Lähmung im bildungspolitischen Diskurs zu überwinden. Derzeit würde keine Partei Pläne, die Gymnasien zu schließen, politisch überleben. Deshalb muss sich die GEW auf den Weg machen, glaubwürdige bildungspolitische Forderungen zu formulieren. Denn klar ist auch, dass Karin Wolffs neuerliche Initiative zur Stärkung der Hauptschule durch Schul-B-Klassen zum Scheitern verurteilt ist.

Die SPD hat hoffentlich in den vergangenen 40 Jahren sozialdemokratischer Bildungspolitik dazu gelernt und kapiert, dass alle Reformen nur dann greifen, wenn es die Politik auch mit der Ressourcenausstattung der Schulen ernst meint. Karin Schübler, Referat Schule und Bildung



FDP: Nichts wirklich Neues

Konservativer Mainstream mit kleinen Stromschnellen

Eine Alleinregierung der CDU wird es in Hessen wohl nach dem 27. Januar nicht mehr geben. Eine Koalition mit der FDP gehört dagegen zu den denkbaren Optionen. Deshalb kann es durchaus von Interesse sein, genauer zu betrachten, was die FDP bildungspolitisch vertritt – auch wenn deren bildungspolitischer Einfluss in einer schwarz-gelben Koalition eher gering sein wird. Was die Verteidigung des gegliederten Schulsystems betrifft, liegen die Liberalen auf der Linie der CDU. Bei der folgenden Analyse geht es deshalb ausschließlich um die *Unterschiede* zwischen CDU und FDP.

Die FDP fordert für alle Schulen eine Zuweisung von „105 % Lehrerstellen zur verlässlichen Abdeckung des Regelunterrichts“. Gut so! 20 % sollen den Schulen jedoch als Mittel zugewiesen werden, mit denen sie den **Vertretungsunterricht** und Teile des Regelunterrichts durch selbst gesuchtes „passgenaues Personal“ absichern soll. Vor dem Hintergrund des drohenden Lehrermangels wird hier der Schwarze Peter an die Schulen weitergegeben.

Die FDP kündigt an, „die derzeitigen **Klassengrößen** zu verkleinern“. Sie vermeidet allerdings Quantifizierungen, auf welchem Niveau und mit wie viel zusätzlichem Personal dies geschehen soll, so dass man auch hier von einer wenig glaubhaften Schönwetterbotschaft ausgehen muss.

Die FDP setzt sich für **Ganztagschulen** ein: „Insbesondere die Gymnasien müssen auf Grund des umfangreichen Stundenplans zu Ganztagschulen ausgebaut werden, um bestmögliche Lern- und Lehrbedingungen für Schüler und Lehrer und eine angemessene Verpflegung für alle sicherzustellen.“ Dazu meinen wir: *Alle* Schulen müssen Ganztagschulen werden, nicht nur vordringlich die Gymnasien!

Eine sympathische Idee ist die Forderung nach einem „für alle verpflichtenden gemeinsamen Unterricht in ‚Kunde der Religionen‘, der durch umfassende Informationen über das Glaubensbekenntnis jeder einzelnen Religion das gegenseitige Verstehen und Akzeptieren fördert.“ Die Realisierungschancen dürften jedoch eher gering sein, da der Druck der Kirchen groß ist, den konfessionellen Unterricht zu erhalten. Die ausdrückliche Garantie des Religionsunterrichts in der hessischen Verfassung ist eine hohe Hürde.

Gut liest es sich auch, wenn die FDP fordert, dass die **Förderung von behinderten und nicht behinderten Kindern** nach Möglichkeit, „integrativ gestaltet werden sollte, um die positiven Auswirkungen des Miteinanders von behinderten und nicht behinderten Kindern zu entfalten“. Auch für die beruflichen Schulen soll es sonderpädagogische Förderung geben. Man dürfte gespannt sein, welchen Einfluss die Liberalen in diesem Punkt auf ihren potenziellen Koalitionspartner ausüben.

Alle **Schulbezirksgrenzen** sollen fallen. Eltern sollen ihre Kinder bei jeder Grundschule ihrer Wahl anmelden können, wenn diese noch Kapazitäten frei hat. Auch für die beruflichen Schulen fordert die FDP eine Aufhebung der Schulbezirke, „da diese Schulen in ihrer neuen Rolle als Kompetenzzentren der beruflichen Bildung mit Qualität im Angebot um Schüler werben müssen“. Diese Freiheit kann sich höchst problematisch

auswirken, da der Trend zur sozialen Auslese und Ghettobildung insbesondere im Grundschulbereich noch früher beginnt als durch das gegliederte Schulwesen ohnehin bedingt.

Notendruck und **Testeritis** wollen die Liberalen noch ausweiten und verfeinern: Auch Gymnasialschüler am Ende der Sekundarstufe I „sollen sich zur Erlangung des mittleren Abschlusses einer Prüfung unterziehen müssen“. Für die Grundschulen und die Sekundarstufe I fordert die FDP „ein Bewertungssystem in der Notengebung (!), das die Leistungen (...) differenzierter und damit gerechter abbildet“.

In der **Schulstrukturfrage** wollen die Liberalen Haupt- und Realschulen zu „neuen Mittelschulen“ bündeln. Sie halten jedoch grundsätzlich am gegliederten Schulsystem fest, fordern für die Hauptschülerinnen und -schüler „eine eigene Didaktik“, die sich „speziell auf ihre Fähigkeiten, ihr Verhalten und ihr Lebensumfeld einstellt“. Der Wissenschaftler, der diese Spezialdidaktik erfindet, muss erst noch gefunden werden – aber vielleicht entdecken die Liberalen demnächst auch wieder, dass die Erde eine Scheibe ist...

In der Frage der **Schulzeit bis zum Abitur (G8)** will die FDP „statt der Sekundarstufe I die Sekundarstufe II um ein Jahr, also auf zwei Jahre“ verkürzen: „Nicht der so wichtigen Vermittlung von Grundlagenwissen wird in unseren Schulen zu viel Zeit eingeräumt, sondern die Oberstufe kann auch in zwei Jahren effektiv auf ein Hochschulstudium vorbereiten.“ Wenn schon G8, dann ist dieses das etwas praktikablere Modell. Die tatsächliche Problematik der Schulzeitverkürzung wäre damit aber auch nicht gelöst. So bleibt unterm Strich der schale Geschmack, dass es hier nur um ein anderes Modell geht, Kosten im Bildungswesen zu senken.

Ein besonderes Schmankehl hat man sich für die **Lehrerbildung** ausgedacht: „Vor der Zulassung zur zweiten Phase überprüft der spätere Dienstherr durch das AfL die Eignung der Bewerber für das Lehramt. Nur die für diesen Beruf am besten geeigneten Kandidaten werden zum Vorbereitungsdienst zugelassen, sie haben dann auch berechtigte Aussichten auf eine Anstellung als Lehrkraft.“ Aber keine Angst, die durchgefallenen Kandidaten können dann – wenn vielleicht auch zu finanziell schlechteren Konditionen – trotzdem zum Einsatz kommen. Denn „der Bedarf an Lehrkräften in Mangelfächern wird durch die Einstellung von Quereinsteigern gemindert, die nur in einem Fach unterrichten. Zukünftig sollten angehende Lehrer zwischen der Profession für ein oder zwei Fächer wählen können.“ Damit werden auch noch die letzten Reste des Qualitätsanspruchs an Lehrkräfte aufgegeben. Die Messlatte hoch und tief zugleich – da kann man sich im Interesse der Qualität von Unterricht und Erziehung nur wünschen, dass diese kruden Gedankenspiele niemals Wirklichkeit werden.

Fazit: Wirklich Neues kann man von der FDP nicht erwarten. Ebenso wenig wie die CDU ist sie in der Lage, die Zeichen der Zeit zu erkennen und endlich die notwendigen Konsequenzen für einen Umbau unseres Schulsystems hin zum längeren gemeinsamen Lernen zu ziehen.

Christoph Baumann

Referat Schule und Bildung im GEW-Landesvorstand

Wie geht es weiter im hessischen Tarifkonflikt?



Nach der Anhörung zum Tarifdiktat der hessischen Landesregierung, über die die HLZ in ihrer Dezember-Ausgabe berichtete, musste der rechtspolitische Sprecher der CDU-Fraktion *Peter Beuth* einräumen, dass das zahlenmäßige Verhältnis der angehörten Rechtswissenschaftler für seine Partei ausgesprochen „ungünstig“ war. Doch die Tatsache, dass drei von vier Experten und Instituten das Vorhaben schlicht als Verstoß gegen die Verfassungsgrundsätze der Tarifautonomie und Koalitionsfreiheit gebrandmarkt hatten, war für Beuth „nicht sehr überzeugend, denn die Argumente waren nicht überzeugend.“

Ein echtes Interesse der CDU an den Ergebnissen der Anhörung hätte allerdings auch überrascht. Ministerpräsident *Koch* und Innenminister *Bouffier* verfolgen seit Jahren eine stringente personalkostenpolitische Linie, auch wenn sie ihre jeweiligen Argumente an veränderte Rahmenbedingungen anpassen. Noch im März 2005 kündigte der Innenminister im Landtag an, man sei jederzeit zu Tarifverhandlungen bereit, wenn die Gewerkschaften die Rückkehr in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder (TdL) nicht zur unabdingbaren Voraussetzung machten. Die Flexibilität der Gewerkschaften in dieser Frage brachte die weiter auf Blockade bedachte Landesregierung in Zugzwang, so dass Bouffier im November 2007 ein neues erpresserisches Junktim der Gewerkschaften herbeiphantasierte. Die hatten allerdings nie eine textidentische Übernahme des Tarif-

vertrags der Länder (TV-L) verlangt. Was sie bis heute fordern, ist eine Selbstverständlichkeit: Im reichen Hessen sollen die Tarifbeschäftigten des Landes materiell nicht schlechter behandelt werden als die Angestellten der anderen Bundesländer.

Auch bei den finanzpolitischen Argumenten zeigte die Landesregierung hohe Flexibilität. Im Frühjahr 2005 fragte der Innenminister verzeifelt, „wie wir 224 Millionen Euro Mehrbelastung für den hessischen Steuerzahler auffangen.“ Angesichts der Mehreinnahmen von 2,7 Milliarden Euro im Haushalt 2008 gegenüber 2005 (nach Abzug des Länderfinanzausgleichs) bleibt heute nur das christdemokratische Mantra, der Anstieg der Personalkosten des Landes müsse eben „prinzipiell“ begrenzt werden – unabhängig von der Haushaltslage.

Die Begründungen wechseln, das politische Ziel bleibt seit 2003 gleich. Das Flächentarifvertragssystem im öffentlichen Dienst, die Tarifautonomie und damit die Gewerkschaften sollen nachhaltig geschwächt werden. Tariffucht soll sich lohnen, um nach neoliberaler Rezeptur eine weitere Senkung der Staatsquote und der Steuern zu ermöglichen.

Gleichzeitig heckten *Koch* und *Steinbrück* eine Unternehmenssteuerreform aus, die den Staat zwischen 2008 und 2012 über 26 Milliarden Euro kostet, und eine Reform der Erbschaftssteuer, die allein in Hessen mögliche Mehreinnahmen in Höhe von 350 Millionen Euro verspielt.

Der Ausgang der Landtagswahlen Ende Januar wird die Rahmenbedin-

gungen des Tarifstreits neu ordnen – so oder so. Sondierungsgespräche über den Mantelteil des TV-L, die auf Fachebene nach den herbstlichen Warnstreiks wieder aufgenommen worden waren, sollen erst Anfang Februar 2008 fortgesetzt werden. Fragen zur Einkommensentwicklung und zur Arbeitszeit blieben dabei ausgeklammert.

Die ver.di-Tarifkommission hat entschieden, für die letzten Wahlkampfwochen im Januar auf politische Aktionen zu setzen und auf weitere Warnstreiks zu verzichten. Nach der Wahl wollen sich die Gewerkschaften über das weitere Vorgehen verständigen. Auch eine neue Landesregierung, die die Rückkehr Hessens in die TdL betreibt, wird etliche Wochen und Monate benötigen, bevor sie mit den Gewerkschaften in Tarifverhandlungen treten kann. Bleibt alles beim Alten, dann stehen die Gewerkschaften vor der Herausforderung, den Druck auf den Arbeitgeber zu erhöhen, denn ein Verhandlungsergebnis darf nicht allzu lange auf sich warten lassen. Je länger sich die Auseinandersetzung hinzieht, desto schwieriger wird es sein, ein Resultat zu erreichen, das die Beschäftigten des Landes Hessen gegenüber denen der anderen Länder auf Dauer nicht benachteiligt.

Die Warnstreiks im Herbst waren für uns in Hessen eine neue Erfahrung und haben aus Sicht der GEW Mut gemacht. Der Tarifkonflikt ist aber damit noch lange nicht beigelegt.

Rüdiger Bröhling
Tarifsekretär der GEW Hessen



Kultur und Wissen

Musik macht Kinder intelligenter und sozial kompetenter

Mit dem Ruf nach dem „schlanken Staat“ werden Kindertagesstätten und Schulen Stellen, Qualifizierungen und Ausstattung für die musische Bildung der Kinder verweigert und gestrichen. Die Mogelpackung „Unterrichtsgarantie plus“ führt zur Beschäftigung von unqualifiziertem und unterbezahltem Personal, und auch in anderen Bundesländern wird besonders in den Bereichen, die als „nicht zum Kerngeschäft gehörig“ deklariert werden, dreist gekürzt: Musik, bildende Kunst, Sport, Theater und Kreativ-AGs, soweit sie in der von den Kultusministerien organisierten Unterbesetzung überhaupt noch zu realisieren waren.

Besonders deutlich wird das am Beispiel des Musikunterrichts. Als Kompensation für Streichungen in der Stundentafel werden „Ganztagsangebote“ offeriert, angeboten am Nachmittag von Ehrenamtlern, Musikvereinen oder Musikschulen auf Honorarbasis. Eltern, die auf Musikunterricht bestehen und es sich finanziell leisten können, greifen auf private Einrichtungen zurück, auf private Musikschulen und Jugendkunstschulen. Es ist überall das Gleiche: Gute Bildung gibt es nur für Reiche!

Ab und an werden freischaffende Musik- und Kunstpädagoginnen und -pädagogen in Schulen eingeladen. Ihre Kurzauftritte verkommen zu Events und dienen vorrangig der Imagebildung der Schule, weshalb sie in der Lokalpresse stürmisch gefeiert werden. Kleinkunstunternehmer im Werkauftrag dürfen zum Dumpingpreis ein paar Euro verdienen und können im günstigsten Fall ihre Bezahlkundschaft akquirieren.

Dr. Peter Hansen-Strecker, Präsident des deutschen Musikverlegerverbandes, hält den Abbau des Musikunterrichts an deutschen Schulen für „eine bildungspolitische Bankrotterklärung mit schlimmen mittel- und langfristigen Folgen für den Wirtschafts- und Kulturstandort Deutschland.“ Die vielfältigen positiven Wirkungen des Musikunterrichts sind seit der im Jahr 2001 abgeschlossenen und veröffentlichten Bastian-Studie nicht mehr zu bestreiten. Prof. Dr. Hans Günther Bastian hat in der nach ihm benannten Langzeit-

studie die Entwicklung von Kindern an Grundschulen mit verstärktem Musikunterricht mit der von Kindern an Schulen mit regulärem Musikunterricht verglichen (1). Die Studie zeigt, dass die Entwicklung der Kinder mit verstärktem Musikunterricht zu Beginn der Unterrichtsphase zunächst weitgehend parallel zur Kontrollgruppe verlief. Je länger die Kinder verstärkten Musikunterricht hatten, desto signifikanter wurden die Entwicklungsunterschiede. Während sich die ABC-Schützen bei ihrer Einschulung nicht wesentlich in ihren Intelligenzquotienten unterschieden, erzielten über 50 % der musikorientierten Schüler eineinhalb Jahre später überdurchschnittliche Ergebnisse bei Intelligenztests, in der Vergleichsgruppe nur 38 %. Verstärkte Musikerziehung hilft „vor allem Schülern mit hohen Konzentrationsdefiziten. Kreativität und Leistungsvermögen steigen signifikant bei Kindern aus musikbetonten Grundschulen.“ Die reduzierte Stundenzahl für die klassischen Lernfächer geht „ganz eindeutig nicht zu Lasten der allgemeinen schulischen Leistungen.“ Im Gegenteil: „Der prozentuale Anteil der Kinder mit überdurchschnittlich guten Leistungen ist in der musikbetonten Grundschule sogar oft höher als in der herkömmlichen Grundschule. Dies gilt für die Fächer Mathematik, Deutsch, Englisch.“

Bastians Forderung, dass die Grundschülerinnen und Grundschüler in allen Bundesländern die Chance erhalten, neben einem mindestens zweistündigen Musikunterricht in der Schule ein Instrument zu erlernen und in einem Ensemble zu musizieren, liest sich wie der Wunschtraum einer Notgemeinschaft deutscher Musikerzieherinnen und Musikerzieher.

Internationale Studien

Bastian steht mit seinen Forschungsergebnissen nicht allein. Die Psychologin Maria Spychiger vom Pädagogischen Institut der Universität Freiburg (Schweiz) begleitete einen eidgenössischen Schulversuch, in dem der Hauptfachunterricht zugunsten des Musikunterrichts um mehrere Wochenstunden reduziert wur-

de. Im Abschlussbericht schreibt Spychiger: „Über alle Klassen gemittelt, erbrachten die ‚musikalischen Versuchskaninchen‘ trotz eingesparter Hauptfachstunden keine geringere Leistung als die Kontrollklassen. Im Gegenteil: Beim Lesenlernen in der Grundstufe zeigte sich ein besonders deutlicher positiver Zusammenhang.“ (2)

Ähnlich lautende Ergebnisse werden aus den Wiener Hauptschulen mit besonderem musikalischem Schwerpunkt berichtet, die seit über 24 Jahren erfolgreich arbeiten (Psychologie heute 7/1997).

Amerikanische Wissenschaftler um die Psychologin Dr. Frances Rauscher (University of Wisconsin) und den Physiker Dr. Gordon Shaw (University of California) haben herausgefunden, dass Musikunterricht die Intelligenz von Kindern um ein Vielfaches besser fördert als EDV-Unterricht: „Wesentliche Grundlagen für mathematisch-naturwissenschaftliche Schulfächer, nämlich Abstraktionsvermögen und die Fähigkeit analytisch zu denken, sind allein durch Musik eindeutig verbessert worden.“ (NAMM Playback 4/97)

Verbesserte soziale Kompetenz

Die genannten Studien haben außerdem ergeben, dass Kinder mit ausgedehnter Musikerziehung besser in der Lage sind, aus Erfahrungen zu lernen, Transferleistungen zu erbringen und Situationen des Alltags adäquat zu erfassen und zu beurteilen. In den Grundschulen mit musisch-musikalischem Schwerpunkt ist die Zahl der ausgegrenzten Kinder deutlich geringer als in konventionellen Grundschulen. Und schließlich beweisen die Studien eine Erhöhung der kommunikativen Kompetenz durch erweiterte Musikerziehung in ethnisch homogenen und in multi-ethnischen Schulen. Nicht selten sind die Musik und das Musizieren genauso wie die Ausdrucksmöglichkeiten im Bereich der bildenden Kunst die ersten und oftmals einzigen Wege, die unsere Kinder miteinander und mit ihren Lehrerinnen und Lehrern ohne große Schwellenängste gemeinsam begehen können.



Hier gehen sie die ersten Schritte aufeinander zu. Dieses Medium ermöglicht die unmittelbare emotionale Erfahrung von Selbstwert, von Akzeptanz, von Aufgehobensein und Aufgefangenwerden in einer sonst (oft noch) fremden und nicht selten bedrohlich wirkenden Umgebung.

Tümpelgartenschule in Hanau

In Ansätzen wird die erweiterte Musikerziehung seit rund 15 Jahren in der Hanauer Tümpelgarten-Grundschule im Brennpunkt-Stadtteil Lamboy praktiziert. Sie trägt erheblich dazu bei, die Identifikation mit der Schule zu verstärken, ein emotional positives soziales Klima zu schaffen und vorhandene, oft aber auch in der Schule aufgeladene Aggressionspotenziale abzubauen, kreativ und konstruktiv umzusetzen. Die Erfahrungen in der Tümpelgartenschule zeigen weiter, dass die Musikerziehung dazu beiträgt,

- Ängste, Abwehrhaltungen und Verschlussenheit abzubauen,
- dass die Kinder ausgeglichener, emotional stabiler und weniger schüchtern werden,
- dass sich die Kinder trauen, frei vorzusingen, Instrumente vorzuspielen, vor Publikum aufzutreten, sich mit ihren Fähigkeiten und auch Mängeln zu zeigen.

Theorie und Praxis der musikpädagogischen Arbeit mit den Lamboy-Kids

sollen demnächst in einem vielseitigen Buch dargestellt werden, für das noch Unterstützer gesucht werden (siehe Kästen). Etwas Einblick in die Arbeit der Lamboy-Kids bietet die Homepage des Autors www.barth-engelbart.de.vu.

Musische Bildung für alle

Wer im kreativ-musischen Bereich den Unterricht, die Mittel, die Stellen für Fachlehrkräfte und die Fortbildungsmöglichkeiten streicht, der verhindert letztendlich die Entwicklung und die Entfaltung von Begabungen, raubt Kindern bewusst Lebenschancen, die dann nur denen vorbehalten bleiben, deren Eltern das nötige Kleingeld haben.

Hartmut Barth-Engelbart

Hartmut Barth-Engelbart ist Musikpädagoge und politisch engagierter Dichter. Wiederholt war er im lea-Fortbildungsprogramm vertreten und unterrichtete an der Fachhochschule Görlitz-Zittau. Für Gewerkschaftsgruppen, Kollegien und Musikfachschaften steht er für Vorträge und Workshops zur Verfügung. Kontakt per E-Mail: barth-engelbart@web.de

(1) Hans Günther Bastian u.a.: Musik(erziehung) und ihre Wirkung: Eine Langzeitstudie an Berliner Grundschulen. Schott 2000; Jens Knigge: Intelligenzsteigerung und gute Schulleistungen durch Musikerziehung: Die Bastian-Studie im öffentlichen Diskurs. Saarbrücken 2007

(2) Josef Scheidegger und Hubert Eiholzer: Persönlichkeitsentfaltung durch Musikerziehung. Aarau 1997

Die Lamboy-Kids

„Wir haben etwas gegen brennende Vorstädte“ - unter diesem Arbeitstitel entsteht das Buch über „DIE LAMBOY-KIDS“, ein *werkstatt-musik-lese-schreib-mal-instrumentenbau-fahrradreparieren-rechen-singspiel-sport-integrative-fächer-8-jahrgangübergreifend-sozial-pädagogisch-interkulturell-8-interreligiös-offen-unterrichtendes Langzeit-Projekt*, das zwischen 1991 und 2006 im Hanauer Brennpunktstadtteil Lamboy-Tümpelgarten stattfand. Mit der Unterstützung von Eltern, Lehrerkollegium, Nachbarn und einer großen Fangemeinde konnten sich die Lamboy-Kids als sieben Geißlein lange tapfer gegen die böse Wolff behaupten. Wegen seiner Vielseitigkeit ist der Umfang des Buches noch nicht absehbar. Absehbar ist aber sein Inhalt:

- Es gibt Anstiftung zum Trommeln und Pfeifen, zum Nach-Denken, Vor-8-Nach-Lesen oder -Singen, Abschreiben, Mit-, Nach- 8 Vor- 8 Mutmachen.
- Es gibt Anregungen zum Bau von Musikinstrumenten, einfach und nahezu kostenlos.
- Es gibt Transferspiele mit der gefestigten (oder noch und wieder zu festigenden) Muttersprache in die Zweit- und Drittsprache und eine Stotterer-Therapie und vieles mehr.
- Man findet Ausgewähltes aus dem selbst getexteten und teils auch selbst vertonten Liederrepertoire der Lamboy-Kids, viele Bilder und Presseberichte, verwirklichte und noch nicht verwirklichte Pläne und Vorschläge und „Partituren“ mit Gitarren-Pfadfinder-Akkorden.
- Und vielleicht gelingt es auch, eine DVD mit dem letzten großen „Response-Konzert“ in der Frankfurter Musikhochschule, mit Ausschnitten aus der Probenarbeit und der Radioübertragung von hr2 dem Buch beizulegen.
- Es wird ein Buch aus der Praxis für die Praxis ohne Wissenschaftschinesisch.

Um das Buch preislich genauer kalkulieren und einen schon fast gewonnenen Verlag ganz gewinnen zu können, braucht der Autor Subskriptionen! Wer das Buch schon jetzt bestellt, erhält es zum Vorzugspreis (eventuell mit DVD) für deutlich unter 15 Euro. Sollten jetzt massenhaft Bestellungen eingehen, wird es sogar noch billiger!

Bestelladresse: barth-engelbart@web.de; Hartmut Barth-Engelbart, Bachgasse 1, 63584 Gründau



Hauptsache, die Leistung stimmt

Hochbegabung aus der Sicht eines Sonderpädagogen

In einem Märchen gebiert die Königin statt einem strammen Thronfolger einen Hund. Dafür wird sie mit Schimpf und Schande vom Hofe gejagt. Heutzutage ist es vor allem in Mittelschichtskreisen nicht mehr selbstverständlich ein Kind zu haben. Die weniger Kinder, die immer öfter als Einzelkinder aufwachsen, sind in Gefahr in besonderer Weise mit elterlichen Erwartungen überfrachtet zu werden. Die allgemeine Verunsicherung schlägt sich nicht nur in einer reduzierten Geburtenrate, sondern für viele Kinder in einem Erwartungsdruck nieder.

Ging es früher eher darum, optisch ein Vorzeigekind zu haben und im Gefolge der 68-er Phase und der nachfolgenden „psychoanalytisch-pädagogischen Revolution“ ein Kind, das sich wohl fühlt und psychisch gesund scheint, so fühlen sich Mittelschichtsmütter, bestärkt durch die „Väter im Lauftrad“, heutzutage eher unter dem Druck, ein leistungsfähiges Kind heranzuziehen. Muttersein erhält dadurch in seiner Qualität eine bedenklich messbare Größe. Nicht mehr das Wohlfühlen, sondern die Frage, ob die „familiäre Thronfolge“ hergestellt werden kann, bestimmt analog zum obigen Märchenbild die mütterliche Leistung. Denn die Väter halten sich weiterhin bedenklich zurück, was solche unterschweligen Einflüsse fördert.

In den USA ist inzwischen knapp die Hälfte aller Kinder prä- und perinatal traumatisiert. In Anbetracht dieser Zahlen ist es geradezu fatal, wenn die Vermittlung basaler, emotional eingebetteter Sicherheit in den Hintergrund tritt und kognitiv bestimmte Leistungswerte in den Vordergrund der Eltern-Kind-Beziehung gerückt würden. Dies stellt eine bedenkliche Reproduktion der Entfremdung von sich selbst dar, die ja bereits im traumatischen Primärgeschehen stattgefunden hat.

Die Flucht in den Kopf

Statt den angstbesetzten Körper liebevoll zu „entängstigen“, wird die Flucht in den Kopf gefördert. Der Kopf mit seiner Gedankenwelt vermittelt aus der

Sicht des Traumatisierten die Pseudochance, zu beherrschen und zu kontrollieren, den Körper damit weniger zu spüren und die vermeintliche Ohnmacht der Traumatisierung durch die Macht der Gedanken zu kompensieren. Dies gibt Kindern zudem kompensatorisch wieder das Gefühl, in Ordnung zu sein und anzukommen, wenn sie etwas leisten. Der Preis ist allerdings die Entfremdung von den eigenen Emotionen und damit auch eine Einbuße der Beziehung zu sich selbst und der eigenen emotionalen Intelligenz.

Immer wieder wird man als sonderpädagogischer Berater an Regelschulen mit der Frage der Hochbegabung konfrontiert. Oft sind es Lehrkräfte, die darüber mit Eltern in Dissonanz geraten und sich Hilfe zu holen versuchen. Zuweilen sind es aber auch Kinder mit Erziehungshilfebedarf, die unter dem Signum Hochbegabung schulische Auffälligkeiten zeigen. Der Begriff stellt einen Widerspruch in sich dar. Begabung kann nicht hoch sein, allenfalls segmenthaft außergewöhnlich oder im Gegensatz dazu breit gestreut. Hochbegabung impliziert begrifflich etwas Höherwertiges, was im Grunde genommen schon die Tendenz zum Besonderen für sich und zur Abwertung des Anderen in sich trägt. Fatal ist, dass sich diese Begrifflichkeit am Intelligenzbegriff festmacht, der ja vorwiegend sozial und pragmatisch isolierte Aufgaben befragt. Wer einen IQ von mindestens 130 hat, also besser abschneidet als 97,7 % seiner Altersgruppe, gilt herkömmlich als hochbegabt.

Es fehlt zunächst beim Intelligenzbegriff der reale Kontextbezug, der schlüssig nachweist: intelligent gleich in besonderer Weise leistungsfähig. Der spezifische Charakter von Intelligenztests lässt ja diesen direkten Rückschluss für die faktische Leistungsfähigkeit im richtigen Leben nicht zu. Denn Leistung stellt ein Konglomerat aus Motivation, Wissen, Einsicht, Vernetzung, Kreativität, Verarbeitungskapazität, Selbstbewusstsein, Erfolgsfähigkeit, Situationserfassung, strategischem Verhalten sowie nicht zuletzt der Kooperationsfähigkeit und des Umgangs mit den eigenen Res-

sourcen und sicherlich noch vieler anderer Komponenten dar.

Die Intelligenz, die ein Intelligenztest misst, repräsentiert nur einen von mehreren Faktoren, die die faktische Leistungsfähigkeit bedingen. Damit diese kognitive Kompetenz erfolgreich angewandt wird, brauchen gerade vermeintlich Hochbegabte viele andere nicht unbedingt kognitive Faktoren. Die Gefahr, sich *qua definitionem* als besonders zu erfahren und damit in die Stagnation einer zu wenig vernetzten Entwicklung zu geraten, ist ansonsten latent gegeben.

Der Begriff der Hochbegabung, der sehr unbedenklich von einer diagnostischen Dienstleistungsindustrie attestiert wird, suggeriert: „Mein Kind ist etwas Besonderes“. In dieser narzisstischen Enge, auf die schon *Alice Miller* in den 70er Jahren in ihrem Buch „Das Drama des begabten Kindes“ hingewiesen hat, kann Entwicklung nicht gelingen. Wo der Erfolg sozusagen vorprogrammiert scheint, ist das Scheitern schon implementiert. Es ist das Dilemma vermeintlich kognitiv intelligenter Kinder, dass sie diese implizierten Erwartungen oft nicht einlösen können und die Schule dann in einem „Schwarze-Peter-Spiel“ die Schuld dafür zugeschoben erhält. Selbstverständlich wird in unseren Schulen zu wenig differenziert, dafür zu viel selektiert. Differenzieren muss sich auch auf die Leistungstärkeren beziehen und ihnen entsprechende Angebote gewähren.

Sozialkompetenz fördern

Sollen aus intelligenten Kindern aber real leistungsfähige werden, so ist insbesondere ihre Sozialkompetenz durch Helferdienste zu fördern. Denn wer helfen kann, steigert nicht nur sein Selbstbewusstsein und bereitet sein Wissen in neuer Weise auf, sondern er erhält auch Einblicke in den Lernprozess anderer. Erst das macht Menschen zu Führungspersonen.

Stattdessen ranken sich aber die Diskussionen zwischen Lehrkräften und Eltern darum, sich gegenseitig die Schuld an möglicher Schulunlust zuzu-

sprechen. Oft wird dann bei vermeintlich Hochbegabten das Überspringen einer Klasse angedacht und damit lediglich die kognitive Schiene bedacht. Stattdessen scheint nicht nur das obige Helfersystem, sondern auch ein offeneres und differenzierteres Anforderungsprofil im Grundschulunterricht die bessere Alternative zu sein. Dadurch sollte intelligenteren Kindern ein freierer Informationszugang und eine offenerere Aufgabenstellung mit Problemlösungscharakter ermöglicht werden.

In einer 4. Klasse, in der ich einen Jungen mit sonderpädagogischem Förderbedarf für Erziehungshilfe betreute, wurde zu Schuljahresbeginn ein Schüler neu aufgenommen, der als vermeintlich Hochbegabter die 3. Klasse übersprungen hatte. Mein erster Eindruck: „Der Junge passt doch hier gar nicht rein.“ Er war viel schwächer als die anderen und er hatte vor allem in seinem Verhalten etwas unnahbar Rückzugliches. Es schien, als ob diese Hochstufung nicht sein Ding gewesen wäre. Er blieb in der Klasse ein Fremdkörper. Leistungsmäßig kam er gerade so mit. Die Einbindung in die Klassengemeinschaft gelang nicht. Mein Eindruck war zudem, dass der Junge auch durch ein beschränktes soziales Repertoire und durch mangelnde emotionale Bespiegelung seiner Selbst in dieser 4. Klasse fehl am Platz war. Für einen Grundschüler halte ich es für vorrangig, dass er seinem sozialen und emotionalen Entwicklungsalter entsprechend eingruppiert wird und nicht nach einem engen kognitiven Leistungsbegriff. Denn Leistung stabilisiert sich vorrangig durch Sichwohlfühlen und das etabliert sich vor allem aus sozial-emotionalen Aspekten heraus.

Im gemeinsamen Unterricht für Erziehungshilfe übernahm ich im 1. Schuljahr einen Jungen, der zunächst durch sein diffuses Beziehungsverhalten auffiel. Erst im Verlauf des 1. Schuljahres wurde deutlich, dass er über eine außergewöhnliche kognitive Auffassungsgabe bedingt eine besondere Visualisierungsfähigkeit und ein fotografisches Gedächtnis verfügte. Diese Kompetenzen fallen sogar seinen Mitschülern auf, wodurch sie ihn irgendwie trotz seines schrägen Beziehungsverhaltens erträglich, ja sogar interessant finden: „Er ist ein Genie“. Diese respektvollen Aussagen sind immer wieder von Mitschülern zu hören. Mehr und mehr erschrecke ich jedoch vor diesem kognitiven Anteil, dient er doch dazu, in zwanghafter



Weise, die eigenen Emotionen abzuwehren, sich nicht zu spüren und andere durch seine besonderen Leistungen in seinen Bann zu ziehen.

Im Sinne des „pars pro toto“ repräsentiert der Kopf das Lebendige, während der Körper zu einer Kopfstütze degeneriert. Lange dauerte es, bis die bizarren Angstwelten deutlich wurden, vor denen er ins vermeintlich sichere Refugium der beherrschbaren Gedankenwelt geflüchtet ist. Im von mir entwickelten Kinderwelttest (Testzentrale 2006) baute er frühkindliche Angstwelten auf, in denen es ums Fressen und Gefressenwerden geht. Als Gestalttherapeut respektiere ich diese Flucht ins Kognitive als eine lebensbedeutsame Chance, mit den massiven Ängsten irgendwie fertig werden zu können. Als Gestalttherapeut weiß ich aber auch, dass ich diesem Jungen nur helfen kann, wenn der Schleier der Angst systemisch gelüftet werden kann und wir uns gemeinsam mit den Eltern diesen verängstigt bedürftigen Aspekten des Kindes zuwenden können.

Das Buch von Cole über „Emotionale Intelligenz“ hat populärwissenschaftlich deutlich gemacht, dass es verschiedene Intelligenzen gibt und dass erfolgreiches Handeln einer Vernetzung mit diesen Intelligenzdimensionen bedarf. Hochbegabung im Sinne des unvernetzt Kognitiven ist in Gefahr zu einer „Kopfüßlermentalität“ zu degenerieren, wenn

das Primat des Mehrdesselben vorherrscht. Paul Watzlawick sieht in diesem Prinzip, Probleme durch immer mehr von dem, was sie eigentlich auslösen, lösen zu wollen, eines der größten und leidvollsten Missverständnisse der Menschheit. Sollen kognitiv außerordentlich Begabte aus der Enge ihrer schulischen Situation gebracht werden, so gilt es, sie aus der kopfbestimmten Enge des eigenen Erlebens zu bringen. Mehr soziale Orientierung, wie zum Beispiel im obigen Sinne bei der Entfaltung der Helfermentalität, und mehr emotionale Orientierung, zum Beispiel durch Förderung von Kreativität und Fantasie, helfen hier weiter.

Wenn sich die ambulante Sonderpädagogik im elementaren Sinne des Wortes als Integrationspädagogik versteht, dann ist sie vor allem auch für solche Kinder zuständig. Unter Förderaspekten sollte es weniger um die segmenthafte Förderung des Kognitiven gehen als um die Entfaltung der Gesamtpersönlichkeit. Ein Mehr an Kognition geht oft einher mit einem zu Wenig an körperlicher und emotionaler Orientierung. Als Pädagogen haben wir den Auftrag, die Gesamtpersönlichkeit zu unterstützen und nicht den Boden für elterliche Ansprüche zu bereiten. Kindern zu helfen heißt vor allem auch, sie Kind sein oder gar werden zu lassen.

Dr. Volkmar Baulig

Im Einsatz für das Militär

Die Bundeswehr wirbt um Nachwuchs, obwohl das Potenzial an Wehrpflichtigen nicht voll ausgeschöpft wird. Die längst nicht mehr allgemeine Wehrpflicht dient wohl vor allem dazu, den eingezogenen Rekruten eine freiwillige Verpflichtung zu einem längeren Dienst schmackhaft zu machen, bei dem sie auch ins Ausland geschickt werden können. Etwa 60 Prozent ihres Personalbedarfs deckt die Bundeswehr durch externe Personalwerbung. Sie zeigt Präsenz in der Öffentlichkeit und setzt auf Abenteuerlust und Technikbegeisterung: „Karrieretruck, Kinotruck, Kletterwand und Bühnentruck sollen die Jugendlichen überzeugen.“ Darüber hinaus versucht sie, mit dem Argument des sicheren Arbeitsplatzes zu punkten. In der Kooperation mit Arbeitsagenturen wird die Tätigkeit des Soldaten als ein Beruf wie jeder andere dargestellt. Doch zu keinem anderen Beruf wird man zwangsweise verpflichtet, keinen anderen kann man aus Gewissensgründen

verweigern, weil seine wesentliche Funktion in der Androhung und Ausübung von tödlicher Gewalt besteht.

Verstärkt sucht die Bundeswehr den Kontakt zu Schülern und Schülerinnen. Der Einsatz von Jugendoffizieren an Schulen dient offiziell nicht der Personalwerbung. Von den Schulbehörden werde die Trennung von Information und Rekrutierung „erbeten und erwartet“, heißt es im Bericht der Jugendoffiziere für das Jahr 2005. Man muss bezweifeln, dass eine solche Trennung real durchgehalten werden kann, denn die Jugendoffiziere dürfen in Kernfragen „keine von den Vorgaben des Bundesministeriums für Verteidigung abweichenden Auffassungen“ äußern. Der erwähnte Bericht lobt die „Zusammenarbeit mit der Wehrdienstberatung“ als „ausgezeichnet“. Es gibt gemeinsame Auftritte vor Schulklassen, Schulan-schreiben werden „von beiden zusammen ausgestaltet und versandt“ und Besuchsanfragen weitergeleitet.

Die Jugendoffiziere treten ehrlich und eindeutig erkennbar als Militärangehörige auf. Dagegen ist die *Arbeitsgemeinschaft Jugend und Bildung* kein Bestandteil des Militärs, sondern ein eingetragener Verein, der unter dem Titel „Frieden & Sicherheit“ ein Informationsangebot für junge Leute von 15 bis 20 Jahren sowie für den Unterricht in der Sekundarstufe II und den oberen Klassen der Sekundarstufe I (Klassen 9/10) bereit stellt. Die fachliche Beratung stammt aus dem Verteidigungsministerium. Auf seiner Homepage (www.jugend-und-bildung.de) stellt der Verein seine enge Zusammenarbeit mit Partnern und Sponsoren vor, zu denen auch das Verteidigungsministerium zählt. Die Frage, „warum unsere Partner mit uns an die Schulen gehen“, wird so beantwortet: „Mit Medien der Arbeitsgemeinschaft können Sie alle Schülerinnen und Schüler in Deutschland erreichen.“ Weiter heißt es: „Lehrer sind kritisch. Aber nur über sie führt der Weg zu den Schülerinnen und Schülern.“

Um den Auffassungen des Verteidigungsministeriums den Weg in die Schulen zu bahnen, müssen die Materialien des Vereins methodisch seriös und didaktisch brauchbar sein. „Frieden

& Sicherheit“ gibt es in einer Print- und einer Online-Version, jeweils als Schüler- und als Lehrerheft. Darüber hinaus erscheinen aktuelle Arbeitsblätter, die als Kopiervorlagen unmittelbar verwendbar sind. Ein komfortables Angebot – so komfortabel, dass sich vielleicht nicht jeder, der es im Unterricht verwendet, im Klaren ist, welche Inhalte und Botschaften er dem potenziellen Nachwuchs für die Bundeswehr vermittelt, nicht in Form eines plumpen, altbackenen Militarismus, sondern als subtile, erst bei genauem Hinsehen vollends erkennbare Einflussnahme.

„Die Schülerinnen und Schüler sollen

- Elemente eines umfassenden Friedensbegriffs kennen und das Zusammenwirken von ökonomischen, sozialen und ökologischen Entwicklungen mit sicherheitspolitischen Aspekten erörtern, (...)
- am Beispiel aktueller Auslandseinsätze der Bundeswehr deren friedenssichernde Rolle beurteilen, (...)
- über das Verhältnis humanitärer/ziviler und militärischer Friedenssicherung und über das Zusammenwirken dieser Komponenten nachdenken.“

„Frieden & Sicherheit“ kommt diskussionsfreudig daher, aber eine wirkliche Auseinandersetzung mit der Rolle des Militärs und der aktuellen deutschen Sicherheitspolitik kann erst jenseits der Prämissen beginnen, die hier gesetzt werden: Muss ein umfassender Friedensbegriff eine militärische Komponente enthalten? Und kann er das überhaupt? Wieso steht von vornherein fest, dass die Rolle der Bundeswehr immer und unter allen Umständen friedenssichernd wäre und dass humanitäre, zivile Entwicklungsarbeit sich mit militärischer Präsenz verträgt? Gerade die Entwicklung in Afghanistan liefert Gegenbeispiele genug – wenn man sich dazu entscheidet, sie unvoreingenommen zu betrachten. Stattdessen heißt es im Schülerheft von „Frieden & Sicherheit“ flott und falsch: „Seit Dezember 2001 sichert dort die ISAF unter deutscher Beteiligung Stabilität und politische Ordnung.“ Dies mag die offizielle Meinung des Verteidigungsministeriums sein, mit der afghanischen Realität hat das leider nichts zu tun. Die didak-



tische Aufbereitung dient nur dazu, Schülerinnen und Schülern Glaubenssätze der Regierung zu vermitteln.

Im Schülermagazin werden vier Beispielfälle dargestellt, die „in Gruppenarbeit, Rollenspiel und Plenum“ diskutiert werden sollen. Das erste Beispiel befasst sich mit der „Verhältnismäßigkeit des Handelns unter Angst und Stress“ und konstruiert folgenden Fall:

„Dem Zugang zum Lager Warehouse (dem deutschen Stützpunkt in Kabul) nähert sich ein junger Afghane, der eine Handgranate hält. Der Posten auf dem danebenstehenden Wachturm bringt seine Waffe in Anschlag. Wie soll er reagieren?“

Die Antwort im Lehrerheft lautet:

„Der Posten gibt keinen Schuss ab. Es wird deutlich, dass die Handgranate gegen Lebensmittel eingetauscht werden soll. Der Posten verweigert dies, schließlich legt der Junge die Handgranate neben dem Lagerzugang ab und verschwindet. Die Handgranate wird später vom EOD-Trupp (Explosive Ordnance Disposal = Kampfmittelbeseitigung) gesprengt.“

Alle vier Beispiele lösen die Kriegssituation in einem ähnlichen Happy-End auf: Das Wunschdenken von Militärschülern wird zum Lernziel. Die Auseinandersetzung wird auf eine geradezu perfide Weise nur vorgetäuscht. Obwohl die inszenierte Diskussion strikte und sogar realitätsferne Prämissen

hat, scheinen diese nicht auf. Sie werden nicht bewusst gemacht, können damit nicht in Frage gestellt werden. So müssen wir uns alle auf die fachliche Führung durch die Experten verlassen. Die Frage, über die diskutiert werden kann, lautet: Brauchen wir Soldaten? Sie wird in „Frieden & Sicherheit“ nicht gestellt, dort lernen die Schüler, „warum wir Soldaten brauchen“ (Schülerheft, S. 10).

Wer in der Unterrichtsvorbereitung seriös arbeiten und die Schülerinnen und Schüler zu unvoreingenommenem Diskutieren anleiten will, wird auf das komfortable Angebot verzichten müssen.

Christian Axnick

Aufklärung Fehlanzeige

Zweifelhafte Angebote auf dem Lernhilfemarkt



Bundesweit sprießen Privatpraxen und „Institute“ selbsternannter „pädagogischer Berater“ aus dem Boden, die verzweifelten Eltern und Kindern Hilfe bei Lernschwierigkeiten oder Verhaltensauffälligkeiten anbieten. Schulprobleme gehören zu den größten familiären Belastungsfaktoren und den konfliktträchtigsten Themen in der Kindererziehung. Dass viele der privaten Anbieter jedoch mit dubiosen und pseudowissenschaftlichen Methoden Hilfe versprechen, scheint staatlicherseits kaum Aufmerksamkeit zu erregen: Da werden Kindern Edelsteine aufgelegt, mit kinesiologischen Muskeltests angebliche „Energieblockaden“ aufgedeckt, mit Brain-Gym-Übungen wird die vermeintlich gestörte Zusammenarbeit der Hemisphären korrigiert und mit NLP-„Therapien“ an Rechtschreibschwierigkeiten herumgedoktort: Man erstellt wissenschaftlich klingende „Gehirn-Organisationsprofile“ und diagnostiziert abenteuerliche Teilleistungsschwächen – gegen teilweise beträchtliche Honorare.

Ein staatlicher Eingriff in den privaten Lernhilfe-Markt ist gewiss schwierig. Zu erwarten wäre aber wenigstens, dass von amtlicher Seite im Bereich öffentlicher Bildungsträger – vor allem in Schulen und Kindergärten – aufgeklärt und gewarnt wird. Vermutlich scheitert dies aber schon an der eigenen Unkenntnis. Es fehlt eine öffentliche Prüfstelle, die den Markt beobachtet

und seine Angebote richtig einschätzen kann. Stattdessen werden von amtlicher Seite dubiose Praktiken zuweilen sogar gefördert. Alleine in Hessen beispielsweise fanden sich für das Schuljahr 2006/07 über 40 akkreditierte Lehrerfortbildungen zu den Themen Brain-Gym, Edu-Kinestetik und NLP, die von einer privaten „Kinesiologie-Akademie“ angeboten werden. Während amtliche Stellen schnell hektisch reagieren und in den Amtsblättern warnen, wenn sektiererische Gruppen – wie jüngst Scientology – hinter privaten Nachhilfe-Instituten vermutet werden, waltet andererseits angesichts dubioser pädagogischer Praktiken eine erstaunliche Unbesorgtheit und Unkenntnis. Dabei lauert hier still und leise eine viel größere Bedrohung: Nicht nur, weil die ohnehin schon ein wissenschaftliche Anerkennung ringende Pädagogik Gefahr läuft, gänzlich ihr Gesicht zu verlieren, sondern vor allem deshalb, weil Kinder den zweifelhaften Angeboten schutzlos ausgeliefert sind.

Der Zulauf bei privaten pädagogischen Heilsbringern ist nicht zuletzt auch Resultat des kritischen Zustandes, in dem sich das staatliche Bildungswesen befindet. Die durch leere Kassen erzwungene Streichung öffentlicher Hilfen und schulischer Ressourcen treibt Eltern und Kinder bei Problemen in die Hände privater Anbieter und lässt den Markt weiter expandieren. Umso

dringlicher wären von amtlicher Seite eine Auseinandersetzung mit den angebotenen Praktiken und eine verantwortungsvolle Aufklärungsarbeit.

Barbro Walker, Darmstadt
Diplom-Pädagogin und Lehrerin

Literaturhinweise der Autorin:

Zangerle, Heinz: Esoterikboom: Geschäfte mit der Kinderpsyche? in: Reinhard Voß (Hrsg.): Verhaltensauffällige Kinder in Schule und Familie. Luchterhand 2000, S. 61-72
derselbe: „Eso-Bio-Globuli“-Hokuspokus für die gestörte Kinderseele, in: Skeptiker Nr. 20, 1/07, S. 34-40
Gerhard Schmid: Schule und Pädagogik - Ein Abschied mit Folgen?, in: Schulheft Nr. 103, 2001, S. 56-64
Walker, Barbro: Edu-Kinestetik - ein pädagogischer Heilsweg?, in: Die Deutsche Schule, Heft 4/2004, S. 514 f.

Privatisierungsreport Nr. 5

Der fünfte Teil des Privatisierungsreports der GEW nimmt das Thema „Privatschulen und Nachhilfeanbieter“ unter die Lupe. Der Report analysiert die Gründe für den Boom der Privatschulen und den Vormarsch der Nachhilfeanbieter und fragt nach den Folgen für das öffentliche Bildungssystem.

• Weitere Informationen und Download: www.gew.de

Zukunft der Beruflichen Schulen

Auf dem landesweiten Berufsschultag der GEW diskutierten Ende November fast 200 Berufsschullehrkräfte die Zukunft der Beruflichen Schulen. Im Zentrum der Diskussion standen das lebensbegleitende Lernen und die Rolle der Beruflichen Schulen.

In seiner Einführung machte *Dieter Staudt* von der Fachgruppe Berufliche Schulen deutlich, dass es der GEW nicht darum gehe, Veränderungen zu boykottieren. Alle Veränderungsprozesse müssten vielmehr unter dem Maßstab bewertet werden, inwiefern sie eine Bildung für alle Menschen sowie die Demokratisierung von Schule befördern.

„Das Grundproblem der beruflichen Bildung und somit auch der Beruflichen Schulen ist der eklatante Mangel an Ausbildungsplätzen“, sagte *Dieter Staudt*. 15 Prozent der jungen Menschen zwischen 20 und 29 Jahren hätten keinen Berufsabschluss und nur noch 21 Prozent der Betriebe bildeten aus. Es sei höchste Zeit, den Übergangsbereich zwischen allgemein bildenden Schulen und der Berufsausbildung neu zu konzipieren und vollwertige, vollschulische oder kooperative Ergänzungen zum dualen System zu entwickeln und das Grundrecht auf Ausbildung mit einer solidarischen Ausbildungsfinanzierung zu verbinden. „Wir fordern Ausbildung statt Warteschleifen“, spitzte sein Teamkollege *Ralf Becker* zu.

Im Eingangsreferat stellte *Professor Rolf Dobischat* (Foto unten) von der



Universität Essen und Mitglied im wissenschaftlichen Beirat von IG Metall und ver.di den EU-Kopenhagen-Prozess zum lebensbegleitenden Lernen und mögliche Konsequenzen für die berufliche Bildung und Möglichkeiten der Beruflichen Schulen dar.

In den anschließenden Foren wurde das Projekt Hessencampus der Landesregierung kritisch unter die Lupe genommen. Ein weiteres Forum setzte sich mit der Forderung der IG Metall nach europäischen Kernberufen als gewerkschaftliche Antwort auf die Bestrebungen zur Modularisierung der Ausbildung und der Entwicklung von immer mehr Splitterberufen auseinander. Weitere Foren beschäftigten sich mit der Stärkung der Allgemeinbildung, der politischen Bildung an beruflichen Schulen und den aktuellen Problemen in der zweiten Phase der Lehrerbildung. Im Forum „Ambition und Autonomie“ ging es um den Generationenwechsel in der Lehrerschaft und die Angriffe der Landesregierung auf das professionelle Selbstverständnis durch die „Plus-Projekte“ (Selbstverantwortung plus, Unterrichtsgarantie plus und 50 plus). *Bert Imminga* von der niederländischen Lehrgewerkschaft beschrieb die dortige Diskussion über ein gewerkschaftliches Berufsleitbild.

In der abschließenden lebhaften und kontroversen Podiumsdiskussion zum Thema „Berufliche Schulen 2013“ wurden die Landtagsabgeordneten *Dorothea Henzler* (FDP), *Mathias Wagner* (Grüne), *Hugo Klein* (CDU), *Bernd Riege* (SPD) und *Klaus Albrecht* (Linke) mit den gewerkschaftlichen Vorstellungen konfrontiert. *Ralf Becker* kritisierte den stiefmütterlichen Umgang mit der beruflichen Bildung und die schlechte Lehrerversorgung für die Beruflichen Schulen: „Wir fordern, dass die berufliche Bildung als Schlüssel zum Berufsleben einen höheren Stellenwert in der bildungspolitischen Diskussion der nächsten Jahre hat, und hoffen, dass die Anregungen des GEW-Berufsschultages ihre Wirkung bei den Parteien zeigen werden.“

Ein ausführlicher Bericht erscheint in der nächsten Ausgabe des *Berufschul-Insiders*, der Publikation der Landesfachgruppe (alle Ausgaben zum Nachlesen unter www.gew-hessen.de).

Hessen hinten!

Der Sammelband „Hessen hinten!“ zur hessischen Landespolitik geht auf eine Veranstaltungsreihe der Landes-Asten-Konferenz zurück. Der erste Teil gibt im Rahmen von neun Beiträgen einen Überblick über Veränderungen in konkreten Politikfeldern. Die Autorinnen und Autoren bilanzieren landespolitische Entwicklungen in der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, der Gleichstellungspolitik, der Verkehrs- und Umweltpolitik, der Sicherheits- und Flüchtlingspolitik der letzten Jahre. Der zweite Teil untersucht die Widersprüche zwischen der geschriebenen Hessischen Verfassung mit ihren besonderen, progressiven Potenzialen und der verfassten Wirklichkeit Hessens. Der dritte Teil befasst sich mit den Auseinandersetzungen um das politische Mandat der Studierendenschaften, die ihrem Auftrag der politischen Bildung nachgehen und dabei notwendigerweise die politische Praxis der Regierungspartei sowie die daraus resultierenden Folgen öffentlich kritisieren.

• *Hessen hinten! Sieben Jahre hessische CDU an der Macht - Eine kritische Bilanz*; hrsg. von *Marco Geis*, *Steffen Niese* und *Christian Schröder*, *Forum Wissenschaft Studien* 55. 2007, 176 Seiten, 8 Euro

Marco Geis, Steffen Niese,
Christian Schröder (Hg.)

Hessen hinten!



Sieben Jahre hessische CDU
an der Macht –
Eine kritische Bilanz

Keine falschen Fronten



„Bibel im Biologieunterricht?“ – Eine Entgegnung

Als Ehegefährtin einer Lehrerin, Gewerkschaftsmitglied seit mehr als einer Generation, langjähriger Klassen- und Schullehrerbeirat liest man natürlich gelegentlich auch in der GEW-Zeitschrift HLZ. Meist erfreuen die bekannten Positionen und Einsichten das Gemüt des entsprechend Disponierten, zuletzt besonders die klaren Linien gegen eine weitgehend misslungene hessische Schulpolitik, die hoffentlich bald zu Ende geht.

Als Zeitgenosse, der einmal selbst Physik und Theologie studiert hat und zeitlebens auch mit wissenschaftlichem Journalismus beruflich befasst war, war ich allerdings weniger erfreut, dass in dem Beitrag von Dr. Sven Bade „Bibel im Biologieunterricht?“ in der HLZ 12/07 erneut eine Kaskade von Unterstellungen anklingt, die auch aufgeklärte christliche Positionen in das Licht des Kreationismus zu rücken scheint. Nein, die Theologen und auch zahllose Eltern und Christen sind tatsächlich weiter, als dass man ihnen noch einmal sagen müsste, der „biblische Schöpfungsbericht“ sei „unwissenschaftlich“. Anders als unbelehrbare Kreationisten wissen sie durch eine einmalig akribische historisch-kritische Forschung spätestens seit Lessing etwas von der historischen Bedingtheit und damit auch Relativität der biblischen Aussagen, von ihren sehr unterschiedlichen Aussageformen, Qualitäten, redaktionellen Prozessen, späten Überformungen und so fort.

Mehr als ein Reim auf die Welt

Aber die Art, wie oft - und nun auch von dem Frankfurter Biochemiker und Stadteltererbeirat Dr. Bade - über den „Mythos“ gesprochen wird, wie er zum Produkt von „Fantasien“ und „Träumen“ absteigt, wie Religion insgesamt als ein Produkt aus „vorwissenschaftlichen Traumwelten“, als „grundsätzlich nicht wissenschaftlich“ und damit letztlich als für jede Erkenntnis irrelevant bezeichnet wird, halte ich für nicht auf der Höhe des möglichen Wissens. Und ich möchte dann auch wirklich als Vater oder Großvater nicht, dass im Biologieunterricht so über „Religion“ gespro-

chen wird, um sich davon durchaus nicht weltanschaulich neutral abzugrenzen.

Natürlich: Natur-„Wissenschaft“ im Sinne der Separierbarkeit und Reduktion, des wiederholbaren Experimentes und der Berechenbarkeit sind die über zweieinhalbtausend Jahre alten Texte nicht. Aber sie sind eben doch wesentlich mehr als „ein Reim, den sich die Menschen vor Jahrtausenden auf die Existenz der Welt und des Menschen gemacht haben“. Dass sie zunächst einmal ein herausragendes Dokument der europäischen Geistes- und Kulturgeschichte sind, könnte auch ein Naturwissenschaftler heute durchaus respektieren. Und im Vergleich zu anderen antiken Schöpfungsmythen sind sie das Zeugnis einer frühen Aufklärung. Selbstverständlich bleiben die Texte dabei im Horizont damaliger Weltkenntnis, aber sie haben tiefgreifend Geschichte gemacht bis hin zu Darwin.

Ebenso großartig und für unser aktuelles Wissen vom Leben und vom Menschen bedeutsam sind die Einsichten der Evolutionsbiologie, dass nämlich alles Leben nicht nur dem zufälligen Spiel von Mutation, Selektion und Anpassung ausgeliefert ist, sondern dass der Mensch selbst im strengen Sinne Evolution *ist*, dass aus der Evolution der Natur Kultur hervorgetreten ist, eine neue Systemeigenschaft, zu der auch die Religion mit ihrer spezifischen Fähigkeit gehört, Welt und Leben zu deuten und eine existentielle Binnenperspektive des Lebens zu formulieren. Sollte das nicht durchaus methodisch reflektiert auch zu gegebener Zeit Gesprächshintergrund in beiden Fächern sein, statt schlicht zu unterstellen, wir hätten es einerseits mit harter Wissenschaft zu tun und andererseits mit einem irrationalen, träumerischen Fantasieprodukt genannt „Glauben“?

Nicht erst seit Einstein und Planck

Die Evolutionsbiologie, eine faszinierende wissenschaftliche Erfolgsgeschichte in der Erkenntnis auch der biologischen Wurzeln des Menschen einschließlich seiner Kultur, muss natürlich auch sich selbst fragen, was ihre

Einsichten für das Menschenbild im Kontext des europäischen, jüdisch-christlichen Weltbildes bewirkt haben. Wie ist es mit der Sonderstellung des Menschen im Reich des Lebendigen, einer der Voraussetzungen der Herausbildung der unveräußerlichen Menschenwürde? Dazu berufene Vertreter der Religionen werden sich intensiver noch als bisher darüber Gedanken machen müssen, wie sie ihr traditionelles Menschen- und Gottesbild im Kontext eines evolutionären Weltbildes, das zunehmend unser Denken bestimmt, anschlussfähig formulieren können. Das Gespräch darüber ist nicht neu und beschäftigte nicht nur Einstein und Planck, sondern viele Naturwissenschaftler, was die zahlreichen Veröffentlichungen zum Dialog zwischen „Naturwissenschaften und Religion“ belegen. Das alles trennt *und* verbindet die Fächer jenseits des schlichten Mottos „Glaube gegen Naturwissenschaft“ und positioniert „Religion in der öffentlichen Schule“ weit von einem desperaten Ort entfernt, an dem eine Religionslehrerin „das Buch der Bücher gerne zum Besten geben“ kann, wie ich lese.

Großer Gesprächsbedarf

Von einer gebildeten Kultusministerin, die natürlich das Recht haben muss, sich auch öffentlich zum Christentum zu bekennen, könnte man allerdings erwarten, dass sie in einem durchaus nicht überflüssigen Konflikt engagiert auf die etwas komplexeren Zusammenhänge ihrer nur düftig angedeuteten Position hinweist, auch um den hohen Gesprächsbedarf unserer Gesellschaft zwischen den Natur- und Geisteswissenschaften deutlich zu machen.

Dr. Wolf-Rüdiger Schmidt, Wiesbaden

Dr. Wolf-Rüdiger Schmidt war bis 2002 Redaktionsleiter im Bereich „Kultur und Wissenschaft“ des ZDF und ist Autor zahlreicher Filme zu naturwissenschaftlichen Themen wie „Der Mensch, ein Vetter der Tiere“, „Urknall und Sternenstaub“ und Bücher wie „Geliebte und andere Tiere im Judentum, Christentum und Islam“ und zuletzt (2003) „Der Schimpanse im Menschen“



Vom Kinde her denken

Mein Sieben-Punkte-Plan für eine gute Schule

Hessen ist traditionell ein freiheitlich und fortschrittlich gesinntes Bundesland und kann auf eine große demokratische und weltbürgerliche Tradition zurück blicken. In keinem anderen Bundesland gab es nach dem 2. Weltkrieg eine freiheitlichere Verfassung als in Hessen, und Bildung war von jeher ein wichtiger Bestandteil gesellschaftlicher Willensbildung.

Georg August Zinn, SPD-Ministerpräsident von 1951 bis 1969, und Erwin Stein, CDU-Kultusminister von 1947 bis 1950, legten den Grundstein für eine Bildungsreform, auf der die wirtschaftlichen Erfolge des Landes aufbauen und zur Blüte kommen konnten. Dazu gehörten Mut und Kreativität, vor allem aber ein breiter Konsens mit den Betroffenen.

Von diesem Mut, den Andersdenkenden zum öffentlichen Disput einzuladen, von der Freiheit, über Parteigrenzen hinweg einen Konsens zu suchen und politische Lösungen am Ziel der Chancengleichheit zu orientieren, waren wir noch selten so weit entfernt wie heute.

Dabei gibt es zwischen Roland Koch und Andrea Ypsilanti, so vermute ich, keinen Dissens, dass wir uns die Zukunft nur über Bildung und Wissenschaft erschließen können.

In einer Wissensgesellschaft ist Bildung der Schlüssel für eine sozial gerechte und demokratische Gesellschaft. Auf der Suche nach einem für alle Gesellschaftsgruppen gleichberechtigten Weg zu mehr Arbeitsplätzen, Wohlstand und Zufriedenheit hat Hessen aufgrund seiner geographischen Lage und wirtschaftlichen Prosperität optimale Voraussetzungen. Man muss sie nur nutzen!

Wenn die Zukunft der Menschen in der Bildung liegt und wenn dafür alle eine gemeinsame Verantwortung tragen, dann muss man die Pisa-Diskussion für eine Pädagogik nutzen, die vom Kinde her gedacht wird, dass jedes Kind etwas wert ist und bei optimaler Förderung seine Fähigkeiten so entfalten kann, dass es sein Leben eigenständig gestalten und am gesellschaftlichen Leben teilnehmen kann.

Kein Kind darf auf dem Weg durch Schule und Ausbildung verloren ge-

hen. Das Ziel aller Bemühungen muss sein, Chancen zu geben und Scheitern zu verhindern. Wir brauchen eine Aufbruchstimmung im ganzen Land, über alle Parteigrenzen hinweg. Das erscheint auch gar nicht so kompliziert, wenn wir uns auf wenige Prinzipien verständigen könnten, an denen wir eine gute Schule für alle Kinder messen.

1. Recht auf Bildung: Alle Schüler haben das Recht auf Bildung und müssen optimal gefördert werden. Die Abhängigkeit des Schulerfolges von sozialer Herkunft ist deutlich zu verringern. Dazu muss der Zeitrahmen des Schulalltags im Sinne einer Ausweitung der Lern- und Erziehungszeiten spürbar erhöht werden.

Zum erfolgreichen Lernen gehören neben den geistigen Anforderungen tägliche Bewegungs- und Spielzeiten und das tägliche Brot in Form einer gesunden Ernährung. Der Ausbau von Ganztagschulen in Kooperation mit den Eltern ist dazu ein geeignetes Mittel. Dabei dürfen Eltern nicht aus ihrer Erziehungsverantwortung entlassen werden. Integration ist nur bei Kooperation möglich.

2. Vor Auslese schützen: Kinder werden in ihren Bedürfnissen ernst genommen und vor vorzeitiger Auslese geschützt. Eine Schule, die die Verantwortung für ein Kind durch Aufnahme übernimmt, darf es nicht wieder abschicken. Die frühe Auslese der Schulkinder nach der Grundschule belastet vor allem die Kinder aus sozial benachteiligten Schichten. Ihnen wird die Chance entzogen, ihre eigenen Fähigkeiten optimal zu entfalten und von und mit Kindern zu lernen, die aus einem anregungsstarken Umfeld kommen. Es ist nicht hinzunehmen, dass nur *ein* Teil der Gesellschaft die Integration Benachteiligter zu tragen hat.

3. Akzeptanz erreichen: Das, was in den Schulen im Rahmen gesetzlicher Vorgaben gemacht werden soll, braucht die Akzeptanz der betroffenen Eltern, Lehrkräfte und Schülerinnen und Schüler. In einer aufgeklärten Gesellschaft

darf man erwarten, dass die von politischen Entscheidungen Betroffenen beteiligt werden, wenn es um ihre Zukunft geht. So ist die Hauptschule eine Schulform, die weder von Eltern gewollt noch gewählt wird, was die Anmeldezahlen beim Übergang von der Grundschule in die Sekundarstufe eindrucksvoll belegen.

4. Verantwortung übernehmen: Schulen werden auf der Grundlage ihres Schulprogramms so ausgestattet, dass sie die Verantwortung für dessen Umsetzung übernehmen können. Es ist richtig, dass die Schulen für ihre Leistung die Verantwortung übernehmen müssen. Dazu brauchen sie entsprechend den örtlichen Gegebenheiten eine ausreichende materielle und personelle Ausstattung, die auf der unteren Ebene mit dem Schulträger und dem Schulamts auszuhandeln ist.

5. Schulleitungen besser ausbilden: Schulleitung stellt ein eigenes Berufsbild dar, das andere Qualifikationen als die des Lehrerberufes erfordert und gleichwohl die pädagogische Arbeit einschließt. Daher müssen Schulleiterinnen und Schulleiter im Sinne von *Leadership* auf ihre neuen Aufgaben vorbereitet werden. Nur so können sie im Konsens mit den Beteiligten den Paradigmenwechsel zu einer selbstständigen Schule vollziehen. Dazu wäre die Einrichtung einer Akademie für Führungskräfte in Verbindung mit einem praxisnahen Coachingsystem die moderne und zukunftsweisende Antwort.

Die Leitung einer Schule ist eine hochkomplexe Managementaufgabe, auf die man systematisch vorbereitet werden muss.

6. Optimale Rahmenbedingungen schaffen: Es ist Sache des Staates, die gesetzlichen Rahmenbedingungen für Lehren und Lernen zu schaffen. Es genügt, wenn der Staat auf der Grundlage anerkannter Bildungsstandards Mindestanforderungen formuliert, die in ihrer Stufung nach oben offen sind. Die Ausgestaltung des Lernens auf der Basis von Kompetenz-

stufen ist Sache der Schule vor Ort. Schulen erstellen auf der Grundlage von Selbst- und Fremdevaluation ihr Kerncurriculum. Dazu bildet der hessische Referenzrahmen für Schulqualität eine gute Grundlage. Eine weitergehende Regelung von oben ist nicht erforderlich. Standardisierte Vergleichsarbeiten sind nur hilfreich, wenn sie der Weiterentwicklung der Schule dienen. Rankings sind für diese Form der Qualitätssicherung der Lern- und Unterrichtsergebnisse kontraproduktiv.

7. Arbeitszeit der Lehrer neu regeln: Die Arbeitszeit der Lehrkräfte in Unterrichtsstunden und Betreuungsstunden

ist im Sinne einer größeren Präsenzpflicht an den Schulen neu zu ordnen. Die Pflichtstundenzahl der Lehrkräfte mit bis zu 30 Wochenstunden ist zu hoch. Niemand kann 30 Unterrichtsstunden pro Woche mit schülerorientierten Lernangeboten wirklich gut vorbereiten, individuelle Hilfen geben und noch Arbeiten korrigieren, Elterngespräche führen, an Konferenzen und Fortbildungen teilnehmen und im Team arbeiten.

Da aber auf die Anforderung, Lernen so zu gestalten, dass es auch eine nachhaltige Wirkung hat, nicht verzichtet werden kann, muss die Pflichtstundenzahl aller Lehrkräfte zugun-

ten neuer Unterstützungsformen bei gleichzeitig längerer Anwesenheitspflicht in der Schule deutlich gesenkt werden.

Alfred Harnischfeger

Alfred Harnischfeger war von 1977 bis 1983 Landesvorsitzender der GEW Hessen und ist seit 1984 Leiter der Integrierten Gesamtschule in Kelsterbach. Zusammen mit anderen IGS-Schulleiterinnen und -Schulleitern im Kreis Groß-Gerau und im Main-Taunus-Kreis hat er in diesem Jahr die Initiative „Pro IGS“ aus der Taufe gehoben. Außerdem arbeitet er in der Fortbildung und Qualifizierung für Schulleitungsmitglieder im Amt für Lehrerbildung (AFL).

„Wer immer du sein magst ...“

Eichendorff-Ausstellung im Goethehaus Frankfurt noch bis zum 17. Februar 2008

„Das Projekt war eine andere Art, sich selbst und die eigenen Fähigkeiten kennenzulernen. Ich habe angefangen, auch privat zu schreiben.“ Ähnlich positiv wie *Gurbet Camuka* äußern sich alle Schülerinnen und Schüler des Grundkurses 12 Deutsch am Goethegymnasium Wetzlar. In den Monaten September und Oktober schrieben sie eine eigene Version des „Taugenichts“, ohne vorher den Text von Joseph von Eichendorff zu kennen. Kursleiterin *Dr. Gertraud Wagner* gab dessen Inhalt nur sehr allgemein vor, so dass die Jugendlichen ihre eigene Situation kreativ verarbeiten und dabei mit Formen wie Gedicht, Lied, Brief oder innerem Monolog experimentieren konnten.

Das Ergebnis kann sich sehen lassen: In drei Untergruppen entstanden Erzählungen, die mit eigenen Gedichten und Projektreflexionen 68 Seiten füllen. Der Titel „Wer immer du sein magst...“ bezieht sich nicht nur auf den noch unbekanntes Taugenichts, sondern verweist auf eine intensive Selbstbefragung. Zeichnerisch ist dieser Titel durch eine von einem Spiegel gedoppelte Person in Bluejeans umgesetzt. Erst in den Herbstferien wurde der Originaltext von allen gelesen und rezensiert. Ende November, verließ man mutig den geschützten Klassenraum, um das eigene Werk öffentlich zu präsen-

tieren. Alle führen ins Goethehaus Frankfurt, wo sie gemeinsam mit den ebenfalls am Projekt beteiligten Schülerinnen und Schülern der Kurt-Schumacher-Schule Karben und der Ernst-Göbel-Schule in Höchst im Odenwald aus ihren jeweiligen Texten lasen.

Seit dem 150. Todestag Eichendorffs am 26. November 2007 ist dort die Ausstellung „Eichendorff wieder fin-

den“ zu sehen, die noch bis 17. Februar 2008 läuft (www.goethehaus-frankfurt.de). Der romantische Dichter gibt eine Steilvorlage für die museumspädagogische Arbeit ab, denn seine bis heute viel gelesene Novelle „Aus dem Leben eines Taugenichts“ provoziert geradezu den Vergleich mit aktuellen Gefühlen und Lebensentwürfen. So bietet das Museum diesmal nicht nur Schülerführungen durch die Ausstellung an. Es initiierte auch ein Schreibprojekt, wählte drei der Bewerberschulen aus und veranstaltete einen Workshop über kreatives Schreiben mit *Professor Heiner Boehncke*.

Eine arbeitsintensive Zeit folgte, die aber viel Spaß machte, so die einhellige Meinung des Wetzlarer Kurses, und dazu noch dem Lehrplankapitel „Individuum im Spannungsfeld zwischen Ideal und Wirklichkeit“ entspricht. Trotzdem lassen die Vorgaben für solch ganzheitliches Lernen zu wenig Zeit. *Benjamin* bringt diese Kritik auf den Punkt: „Der zweite Durchgang des Landesabiturs, auf das dieser Grundkurs hinarbeitet, bereitet Angst, weil viele Deutschstunden für das Projekt drauf gegangen sind. Wir müssen eine Art Crash-Kurs über das machen, was die anderen Kurse bereits behandelt haben.“

Ursula Wöll



Amandla: Mit *lea* nach Südafrika

Eine zweiwöchige Studienreise nach Südafrika mit dem GEW-Fortbildungswerk *lea* bot im Herbst 2007 einen umfassenden Einblick in die Probleme des Landes, der Millionenstadt Kapstadt und ihres Umlandes, der Region Cederberge und des *Wine Country*. Der südafrikanische Frühling bot neben Besichtigungstouren und Museumsbesuchen auch eine prachtvolle Flora, grandiose Berge und Meeresstrände.

Weiter sind Land, Gesellschaft und Lebensbedingungen von den Auswirkungen der Apartheid geprägt. Auch als Reisender kann man das Unruhepotenzial des Landes deutlich spüren. Politische und ökonomische Rahmenbedingungen verlangen von den Non-Whites mit Ausnahme einer sehr kleinen Mittelschicht sehr viel Geduld, bis ihre berechtigten Forderungen nach Chancengleichheit und anderen Rechten, die für uns selbstverständlich sind, umgesetzt werden. Die Arbeitslosigkeit in den Townships liegt noch immer weit über 50 %, die ökonomische Macht ist weiterhin in den Händen der Weißen. Seit der Übernahme der politischen Macht durch den ANC im Jahre 1994 hat sich nach Einschätzung der Referenten der *lea*-Reise nur wenig geändert: Wie viel Geduld wird der größte Teil der Bevölkerung noch aufbringen?

Der ANC übernahm 1994 die politische Verantwortung für einen total verschuldeten Staat. In einem Geheimvertrag garantierten Vertreter des ANC die

Besitzverhältnisse und Pensionsansprüche der Weißen und damit die Ergebnisse der Apartheidspolitik. *Brian Ashley*, langjähriger Vorsitzender des *Alternative Information and Development Centre*, stellte den Reiseteilnehmern die Übergangsphase eindrucksvoll vor, *Professor Neville Alexander*, der mit *Nelson Mandela* jahrelang auf Robben Island gefangen war, die Entwicklung von der Gründung der Republik bis zur Einführung der Apartheid und ihrer Verschärfung in den 60er und 70er Jahren des 20. Jahrhunderts. Für ihn dokumentieren die Unterscheidungsmerkmale „Rasse“ und „Klasse“ die gesellschaftliche Spaltung in Vergangenheit und Gegenwart. Die herrschende weiße Schicht lehnte jede soziale Verantwortung für ihre Politik ab und transferierte die soziale Frage zusammen mit den Menschen in die Townships oder Homelands. Das Resultat sind zerstörte Familienverhältnisse, menschliche und soziale Verelendung und eine Deklassierung größten Ausmaßes mit den entsprechenden Folgen. Die Zahl der nichtweißen Gymnasialabsolventen steigt nur wenig und auch an den Hochschulen gibt es eine dramatische Diskrepanz.

Der Besuch einiger Townships zeigte uns sehr realistisch und drastisch die kaum vorstellbaren ärmlichsten Wohn- und Lebensbedingungen des größten Teils der südafrikanischen Bevölkerung, aber auch bemerkenswerte, eindrucksvolle Projekte in Kindergärten und Schulen, Gemeinschaftszentren zur beruflichen Förderung und zur kostenlosen Versorgung der Armen mit Lebensmitteln, Zentren für Aids-Kranke und Aids-Waisen. Gegen Widerstände und trotz vieler Rückschläge setzen die Träger, darunter auch viele Nichtregierungsorganisationen (NGO), ihre wichtige Arbeit fort. Engagement und Energie der Aktivisten sind schlichtweg phänomenal. Dennoch entstand der Eindruck, dass es sich hier noch um Anfänge handelt, die dringend der Fortsetzung und der finanziellen Unterstützung bedürfen.

Die *Slave Lodge* und das *District-Six-Museum* dokumentieren die Apartheidspolitik, Unterdrückung, Vertreibung und Ausbeutung der Non-Whites in ihrer ganzen Perversität. Beide Häu-

ser wurden von ehemaligen Opfern und ihren Nachkommen aufgebaut und betreut. Während der Führungen konnten wir den Willen, Geschichte und Wurzeln zu erforschen und zu dokumentieren, deutlich spüren. Eine Tour zur präkolonialen *Rock Art* in Clanwilliam in der Region Cederberge machte uns mit einer anderen Form der Identitätssuche bekannt. Studenten werden in Workshops von einem weißen Professor aus Kapstadt ausgebildet, um Besucher über die Wurzeln der Schwarzafrikaner aufzuklären und archäologische Orte zu entdecken und zu pflegen.

Unsere Touren ins Umland von Kapstadt zeigten weitere Stationen der Vertreibung besonders in landschaftlich schönen Regionen. Dem „weißen“ Bedürfnis, schöne Häuser in einer schönen Landschaft zu bauen, musste im Falle des bekannten Weinguts Constantia ein ganzes Township weichen. Nur das ehemalige Gefängnis blieb stehen.

Auch im *Wine Country* können einige wenige Eigentumsübertragungen und der von der Regierung vor allem quantitativ zu wenig geförderte Wohnungsbau den Gesamteindruck nicht verändern: billige Non-white-Arbeitskräfte, weiße Eigentümer und ärmliche Townships.

Unvergessen bleibt den Teilnehmern der *lea*-Reise die Begegnung mit ehemaligen politischen Gefangenen. Der ehemalige Anti-Apartheidaktivist *Darwood Parker* machte die Tour ins Umland mit seinen außerordentlich detailreichen Kenntnissen zu einer Reise in die jüngste Geschichte dieser Region. Mit *James Marsh*, einem ehemaligen Häftling, besuchten wir das Gefängnis von Nelson Mandela auf Robben Island. In den Gesprächen gewann die Gruppe einen sehr kritischen und differenzierten Einblick in die politische Arbeit des ANC.

Die eindrucksvolle Studien- und Fortbildungsreise im wahrsten Sinne des Wortes soll voraussichtlich im Herbst 2008 erneut angeboten werden.

Werner Hatzmann und Andrea Rink

Das Wort „Amandla“ stammt aus der Zulusprache und bedeutet „Kraft“, „Stärke“ oder „Energie“. Das legendäre Amandla-Festival mit *Bob Marley* 1979 im Harvard Stadium bei Boston war ein Protest gegen das Apartheid-Regime, an dem 30.000 Zuschauer teilnahmen.



Wie eine Löwin ...

Im März 2007 feierte Magda Runte-Krajnovic ihren 80. Geburtstag. Als sie sich vor einigen Wochen bei *lea*, dem Bildungswerk der GEW Hessen, für das Seminar „Public Private Partnership (PPP) – Privatisierung als Enteignung der Demokratie“ anmeldete, fragte sie etwas besorgt, ob sie denn als „altes Weib“ auch noch an einer Fortbildung bei *lea* teilnehmen könne. Im *lea*-Team war die Neugier geweckt. „Schließlich war ich auch in Rostock beim G8-Gipfel 2007 dabei“, erzählte Magda Runte-Krajnovic stolz schon am Telefon.

Zu denen, die Magda schon sehr lange kennen, gehört die Vorsitzende des Gesamtpersonalrats Frankfurt *Marianne Friemelt*. Für sie ist ihre ehemalige Mentorin an der „Kaufmännischen Berufsschule 2 (KB 2)“, der heutigen Julius-Leber-Schule in Frankfurt, „immer noch eine unserer Jüngsten“. Magda sorgte dafür, dass Marianne ganz bald nach dem Beginn ihres Referendariats im Mai 1978 in der GEW landete, in einer Schulgruppe, „die alle Hände voll zu tun hatte, ihre Mitglieder gegen einen stockkonservativen Schulleiter zu schützen“. Magda baute die junge Kollegin wieder auf, als sie im Studienseminar mit den Worten empfangen wurde, man begrüße die „zukünftigen Arbeitslosen“. Als 7. Prüfungsmittglied verteidigte Magda Mariannes Examenslehrprobe im Fach Politik über die „Ehe ohne Trauschein“: „Magdas lebhaft Beschreibung der Vorgänge bei der Nachbesprechung dieser Stunde wird mir ewig in Erinnerung bleiben.“

Magda Runte-Krajnovic war an der KB 2 lange GEW-Obfrau, erfreute als überzeugte Sauerländerin aber auch im Fasching mit karnevalistischen Einlagen. Später, so erinnert sich Marianne Friemelt, war sie Mitglied „einer etwas subversiven und berühmt-berüchtigten Frauengruppe, die dafür sorgte, dass das Thema ‚Frauen in Funktionsstellen‘ in den Gesichtskreis der männlichen Schulleitungsmitglieder geriet“. Magda unterrichtete bis zu ihrer Pensionierung mit 65 Jahren angehende Speditionskaufleute, denen sie ein handfestes, robustes Gegenüber bot. An diese Zeit erinnert sich auch Magda Runte-Krajnovic. Immer wieder musste sie erfahren, wie sie sich „in einer männerdominierten Prüfungskommission im

Ausbildungsberuf Speditionskaufleute durchsetzen musste, ja manchmal wie eine Löwin kämpfend“.

Auch nach ihrer Pensionierung ließ ihr Engagement nicht nach. Im Main-Kinzig-Kreis betreut sie seit Jahren Flüchtlinge bei ihren Gängen zu den Behörden. Sie spielt in einer Theatergruppe, in der ältere Frauen ihre Erfahrungen und Erlebnisse kabarettistisch verarbeiten. Über die Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen versucht sie die SPD auf Trab zu bringen, und in der „Wohnresidenz“, die sie sich selbst als Alterswohnsitz gewählt hat, mischt sie die Seniorinnen und Senioren auf, engagiert sich bei Feiern und Veranstaltungen. Und sie nahm gleich mehrere Nachbarn am Arm, um beim Bürgeramt gegen die Studiengebühren zu unterschreiben. Zu Demonstrationen lässt sie sich inzwischen mit dem Taxi fahren, denn ihre alten Knie wollen nicht mehr so recht die ganze Strecke mitmarschieren. Aber dann trifft man sie an einer Straßenkreuzung, strahlend und sofort im Gespräch.

Auch in der HLZ schrieb sie über ihre frauenbewegten Erfahrungen: über die Kämpfe für Frauen in Funktionsstellen und gegen die sexuellen Belästigungen bei Schülerinnen aus dem Gesundheitsbereich, über ihre ehrenamtliche Arbeit im „Archiv FrauenLeben im Main-Kinzig-Kreis“ und die Widersprüche zwischen dem „Karriere-Feminismus“ in den reichen Ländern des Nordens und dem „Überlebens-Feminismus“ in den Krisen- und Armutsregionen – eine Erkenntnis, die sie für die Ideen des *World March of Women* begeisterte (HLZ 2/2000).

Der „Rückzug ins Private“ ist nicht ihr Ding. Die Betonung des Individuums, die in den achtziger Jahren des 20. Jahrhunderts auch die Frauenbewegung erfasste, fand sie zunächst „sehr positiv“. Doch dann entschied sie sich, sich gegen den „alle gesellschaftlichen Bereiche durchdringenden Geist des Neoliberalismus“ zu stellen, der das „Bindemittel ‚Solidarität‘ zunehmend ausdünnte“.

Die Wurzeln ihres politischen Engagements lagen allerdings nicht in der Frauenbewegung, sondern in der Friedensbewegung. Seit 1958 beteiligte sie sich an den Ostermärschen, später nahm sie an den Großdemonstrationen gegen

die Stationierung von Atomwaffen und Mittelstreckenraketen teil.

Im erwähnten PPP-Seminar von *lea* berichtete Magda, wie sie zusammen mit Gleichgesinnten aus der „Post-Agenda-Gruppe“ viele Unterschriften für den Erhalt der Wächtersbacher Post-Filiale sammelte und wie es sich in ihrer Wohnanlage auswirkte, dass der



Koch im anliegenden Pflegeheim entlassen und durch Ein-Euro-Jobber ersetzt wurde: „Vorher war das Essen besser, und wir hatten mehr Mitsprachemöglichkeiten.“

lea-Geschäftsführerin *Karola Stötzel* war begeistert und dankte der bisher ältesten Teilnehmerin an einem *lea*-Seminar für ihre Teilnahme und ihre erfrischenden Beiträge mit einem großen Blumenstrauß: „Wir wollen mit deinem Beispiel andere ältere Kolleginnen und Kollegen motivieren, sich ebenfalls für unsere Bildungsveranstaltungen zu interessieren.“

Verbeamtung trotz Übergewicht

Nicht selten werden Lehrkräfte aufgrund ihres Gewichtes nicht in das Beamtenverhältnis ernannt. Hintergrund ist, dass bei jeder Ernennung neben der fachlichen Eignung auch die „gesundheitliche Eignung“ vorliegen muss. Nach der ständigen Rechtsprechung der Verwaltungsgerichte fehlt diese gesundheitliche Eignung, wenn nicht mit einem hohen Grad der Wahrscheinlichkeit die Möglichkeit des Eintritts künftiger Erkrankungen oder der dauernden Dienstunfähigkeit schon vor Erreichen der Altersgrenze ausgeschlossen werden kann.

Mit Urteil vom 4.9.2007 gab das Verwaltungsgericht Düsseldorf für mit dem Rechtsschutz der GEW Nordrhein-Westfalen geführten Klage eines Kollegen statt, dessen Verbeamtung aufgrund des Übergewichts abgelehnt worden war (Az: 2 K 5357/06). Das Verfahren ist deshalb sehr interessant, weil der Kläger mit einem **Bodymass-Index (BMI) von 30 (Adipositas-Grad I)** die bedeutsame Grenze knapp überschritten hatte. Das Urteil macht deutlich, dass auch ein BMI von über 30 nicht automatisch zur Annahme einer fehlenden gesundheitlichen Eignung für die Verbeamtung führt. Das Gericht kritisierte insoweit eine Entscheidung des Verwaltungsgerichts Gelsenkirchen vom 12.12.2005, das aufgrund eines angeforderten ärztlichen Gutachtens davon ausging, dass eine Ernennung in das Beamtenverhältnis ab einem BMI von 30 nicht in Betracht kommt. Das VG Düsseldorf wies darauf hin, dass dem Gutachten eines Facharztes für Psychotherapeutische Medizin nämlich gerade nicht zu entnehmen sei, „dass allein das Erreichen eines BMI von 30 kg/m² die Annahme eines Übergewichts mit Krankheitswert in dem Sinne begründet, dass Folgeerkrankungen nicht mit ausreichender Sicherheit ausgeschlossen werden könnten.“ Nach dem Gutachten ist das Übergewicht „erst dann als Krankheitswert zu beurteilen, wenn ein typisches, vermehrtes abdominelles Verteilungsmuster vorliegt, wenn metabolische Stoffwechselformen vorliegen, die mit einem erhöhten Risiko verbunden sind oder wenn bereits objektivierbare gewichtstypische Gelenksbeschwerden und Belastungseinschränkungen und eine begleitende Hypertonie vorliegen. (...) Eine allgemeine Auffassung

in dem Sinne, dass allein ein BMI von 30 kg/m² mit einem kardivaskulären Risiko einhergehe, ist dem fachärztlichen Gutachten jedoch, wie oben dargelegt, gerade nicht zu entnehmen.“

Annette Loycke, GEW-Landesrechtsstelle

HPR gegen Politik nach Gutsherrenart

Auch der Hauptpersonalrat beim Hessischen Kultusministerium (HPR), der im Schulbereich unter anderem die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Staatlichen Schulämter und des Kultusministeriums vertritt, protestierte gegen das von der CDU mit ihrer absoluten Mehrheit durchgeboxte Gesetz, mit dem – einmalig in der deutschen Nachkriegsgeschichte – Einkommen durch ein Gesetz und nicht durch Tarifverhandlungen festgelegt wurden. Für den HPR ist die Tarifautonomie „ein wesentliches Element eines demokratischen Entwicklungs- und Entscheidungsprozesses“.

Das Gesetz beschädige „durch seine Missachtung der Tarifautonomie den Betriebsfrieden in nicht unbeträchtlichem Maße“ und ersetze „Verhandlungen durch Diktat“. Man versuche die Beschäftigten mit Einmalzahlungen „zu locken“, um Arbeitszeiterhöhung und reduzierte Sonderzahlungen vergessen zu machen. Der HPR kritisiert, dass die vorgesehenen Einkommensverbesserungen „weit hinter dem zurückbleiben, was mit der Tarifgemeinschaft deutscher Länder für die Tarifbeschäftigten in 14 Bundesländern vereinbart wurde“, und moniert die fehlende Rechtssicherheit: „Was der Gesetzgeber gewährt, kann er auch wieder nehmen.“

Werner Scholz, Gewerkschaftsbeauftragter der GEW im HPR, stellte die Antworten der Parteien und Reaktionen von Beschäftigten in einer Dokumentation zusammen, die bei ihm angefordert werden kann (wern.scholz@gmx.de).

Beamtenversorgung

Ab dem 1.1.2008 ist allein das Regierungspräsidium in Kassel für die Festsetzung der Versorgung und für Fragen rund um die Beamtenpension zuständig. Ab diesem Zeitpunkt sind Anfragen ausschließlich an Kassel zu richten.

- Regierungspräsidium Kassel, Dezernat 14.1, Kurt-Schumacher-Str. 25, 34117 Kassel, Fax: 0561-106201395

www.gew-tarifrunde2008.de

Anfang Januar begann für Bund und Kommunen die Tarifrunde 2008. Für die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer bei Bund und Kommunen gibt es noch keine Vereinbarung zur Einkommensentwicklung für 2008. Solche Vereinbarungen gibt es bisher nur für die Tarifbeschäftigten in den Bundesländern – mit Ausnahme von Hessen, das sich nach wie vor beharrlich weigert, in die Tarifgemeinschaft deutscher Länder zurückzukehren. Im Zentrum der gewerkschaftlichen Forderungen steht eine kräftige Anpassung der Tabellenentgelte für die rund 1,2 Millionen Tarifbeschäftigten des Bundes und der Kommunen. Im Organisationsbereich der GEW sind vor allem Erzieherinnen in kommunalen Kitas betroffen.

Um ausgiebig und zeitnah über diese Auseinandersetzung informieren zu können, hat die GEW das Internet-Portal www.gew-tarifrunde2008.de online geschaltet. Hier finden sich unter dem Motto „Bildung ist Mehrwert“ Berichte über Aktionen in den einzelnen Bundesländern ebenso wie Informationen über den Fortgang der Verhandlungen zwischen den Tarifparteien. Ein Diskussionsforum lädt zum Streiten über Tarifpolitisches ein. Selbstverständlich kommt auch der Spaß nicht zu kurz. Für Rätselfreunde und Kennerinnen der Tarifverträge winken wertvolle Preise.

Kurzausgabe Wissenschaftsrecht in Hessen

Im November wurde eine amtliche Neufassung des Hochschulgesetzes verkündet. Sie enthält unter anderem umfangreiche Änderungen für die Stiftungsuniversität Frankfurt am Main, zum möglichen Zugriff auf das TUD-Gesetz, zum Ordnungsrecht, zum wissenschaftlichen Nachwuchs. Diese Neufassung ist bei der hessischen GEW in einer neuen handlichen Kurzausgabe der Gesetzesammlung „Wissenschaftsrecht in Hessen“ erschienen. Die Kurzausgabe 2007 enthält außerdem das Studienbeitragsgesetz 2006 und das Studentenwerkgesetz, das 2006 neu gefasst wurde, sowie die Änderungen weiterer Gesetze zum Hochschulwesen. Sie umfasst 100 Seiten im Format DIN A 5. Mitglieder der GEW erhalten sie kostenlos über die Hochschulgliederungen. Andere zahlen den Selbstkostenpreis von 5 Euro (ISBN 978-3-939470-18-2).

Wir gratulieren im Januar und Februar ...

... zur 40-jährigen Mitgliedschaft:

Ellen Battenhausen, Hanau
 Hildegard Bicht, Bensheim
 Annette Bieler, Eichenzell
 Albrecht Bill, Frankfurt
 Margaretha Bock, Neckarsteinach
 Gernot Christl, Neuberg
 Christian Davids, Griesheim
 Heidi Dörflinger, Frankfurt
 Jutta Ebel, Frankfurt
 Margaret Elzenheimer, Frankfurt
 Horst Ermert, Ludwigsau
 Karl-Ludwig Füllgrabe, Meißner
 Angelika Gleichmann, Wächtersbach
 Martin Gleichmann, Wächtersbach
 Ute Gröppel-Wegener, Rosbach
 Jürgen Hoelzel, Roßdorf
 Helmut Keil, Worms
 Heinfred Knobel, Frankenberg
 Klaus Lauterbach, Nentershausen
 Martin Malirsch, Kassel
 Karlbernd Mänz, Melsungen
 Hildegard Moeller, Eschwege
 Hermann Müller, Ehringshausen
 Martin Opfer, Bad Zwesten
 Marlene Raddatz, Biebesheim
 Johannes Reinhard, Biedenkopf
 Bodo Runte-Wriedt, Alsfeld
 Dieter Schappert, Langen
 Hildegard Schmieder, Frankenberg
 Konrad Schmitzer, Biblis
 Werner Schnabel, Wiesbaden
 Karin Seemann, Kassel
 Herbert Steinhauser, Langenselbold
 Klaus Tempel, Laubach
 Josef Tonner, Hungen
 Charlotte Weber, Büdingen
 Johann Windhab, Schwalmstadt
 Volkmar Wirth, Wettenberg
 Hartmut Wolf, Frankfurt
 Alexander Zabler, Frankfurt

... zur 50-jährigen Mitgliedschaft:

Eleonore Deltau, Reinheim
 Elisabeth Hartmann, Wiesbaden
 Fritz Kegelmann, Sinnatal
 Werner Köhler, Kaufungen
 Egon Lipke, Wolfhagen
 Horst Lohnes, Reichelsheim
 Marianne Lübeck, Mainz
 Eberhard Ludwig, Lich
 Hans Mittendorf, Frielendorf
 Herbert Nickel, Weilburg
 Lili Sturmfels, Darmstadt

... zur 55-jährigen Mitgliedschaft:

Friedrich Sinn, Neuhütten

... zur 60-jährigen Mitgliedschaft:

Helene Reincke-Dornbusch,
 Neu-Isenburg

... zum 75. Geburtstag:

Eva Einax, Twistetal
 Gerlinde Winter-Nickel, Hanau
 Helga Schwenk, Türkei
 Helma Schinzel, Dieburg
 Ingeborg Poensgen,
 Ceilhes-et-Rocozels
 Johanna Aab, Frankfurt
 Käthe Prosch, Lautertal
 Margaretha Bock, Neckarsteinach
 Rainer Kritzler, Nidda

... zum 80. Geburtstag:

Elvira Hamberger, Frankfurt
 Fritz Gunkel, Erzhausen
 Hannelore Will, Oberursel
 Hans Gimm, Philippsthal
 Joachim Ettel, Eltville
 Karl August Kirchner, Schlüchtern
 Karlheinz Schmidt, Reinheim
 Margarete Pflantz, Rotenburg
 Wolf Fehr, Wabern

... zum 85. Geburtstag:

Hans Romann, Marburg

... zum 90. Geburtstag:

Heinrich Büttner, Bad Zwischenahn

... zum 91. Geburtstag:

Karl Adler, Bad Hersfeld

... zum 93. Geburtstag:

Gisela Cavada, Kassel
 Anna Heumann, Michelstadt
 Walter Martin, Seeheim-Jugenheim

... zum 96. Geburtstag:

Frieda Anders, Gießen
 Helene Schwarz, Wetzlar



Ehrungen in Frankenberg

Für jahrzehntelange Mitgliedschaft in der Bildungsgewerkschaft GEW wurden bei der Feier zum 60-jährigen Jubiläum des Kreisverbandes Frankenberg zahlreiche Lehrerinnen und Lehrer geehrt, unter ihnen auch der Ehrenvorsitzende *Ludwig Mück* (vordere Reihe, 3. von links), der auf eine 55-jährige Mitgliedschaft zurückblicken kann. Die Feier wurde vom jungen Bläserensemble „Frankenberg Brass“ umrahmt. Ein historischer Bilderückblick auf der Großbildleinwand erinnerte an die Schulentwicklung im Altkreis Frankenberg nach 1947, an Lehrerverein, GEW-Pioniere und langjährige Wegbegleiter, an erste Arbeitskämpfe und Demonstrationen der GEW für eine bessere Bildungspolitik bei wechselnden Landesregierungen.

Sigi Fey im Ruhestand

Nach 15 Jahren Schuldienst, davon 13 Jahren an der Integrierten Gesamtschule Gießen-Ost, nach zehn Jahren als Fachbereichsleiterin für politische Bildung im Hessischen Institut für Lehrerfortbildung (HILF), vier Jahren als persönliche Referentin im Hessischen Kultusministerium (HKM), drei Jahren als Studiendirektorin am Hessischen Landesinstitut für Pädagogik (HeLP) und neun Jahren als Schulamtsdirektorin im Staatlichen Schulamts Kassel ging Sigi Fey im vergangenen Dezember in Pension, eine Kollegin, die sich durch fachliche Kompetenz und Zivilcourage auszeichnet. Sie hat sich für die Interessen ihrer Kolleginnen und Kollegen eingesetzt und es nicht beim Klagen über Belastungen belassen. Sie war aktiv, sowohl in der GEW als auch im Hauptpersonalrat beim HKM.

In einem Brief an die GEW-Mitglieder im Hauptpersonalrat schreibt sie: „Die Arbeit in der GEW und im Hauptpersonalrat hat mir immer Freude gemacht. Auch in Zukunft werde ich mich für Bildungsgerechtigkeit einsetzen und für die Menschen, die nicht auf der Sonnenseite unserer Gesellschaft leben.“

Werner Scholz, GEW-Fachgruppe Schulaufsicht, Schulpsychologie und Schulentwicklung

Wissenswert in hr2-kultur

Radiosendungen für die Schule im Januar und Februar 2008
Montag bis Freitag
von 8.30 bis 8.45 Uhr in hr2

Der Hessische Rundfunk bringt in seinem Bildungsprogramm unter dem Titel „Wissenswert“ in hr2-kultur regelmäßig Radiosendungen, die sich für die Verwendung im Unterricht eignen. Die Wissenswert-Sendungen bieten vielseitige Rechercheergebnisse, Originaltöne, interessant aufbereitete Informationen und lassen sich in voller Länge oder auch in Ausschnitten in den Unterricht integrieren.

Politik

- Die Mielke-Etage im Berliner Stasi-Museum (25. 1.)
- Die Kopftücher sitzen locker - Eindrücke aus der Islamischen Republik Iran (28. 1.)
- Texte des Terrors - Analysen islamischer Kampfansagen (29. 1.)
- Zum 60. Jahrestag der Ermordung von Mahatma Gandhi (30. 1.)
- Parallelwelten: Karneval (5. 2.), Computerspiele (6. 2.), Das Deutschlandbild im Web 2.0 (7. 2.), Gibt es ein zweites Universum? (8. 2.)
- Kriege vom Mittelalter bis heute - ein Vergleich (28. 2.)

Literatur und Sprache

- Geschichten aus der Murkelei - Der Schriftsteller Hans Fallada (31. 1.)

Kunst

- Miljöh-Künstler Heinrich Zille (24. 1.)

Geschichte

- Der Untergang der Cap Arcona (12. 2.)

Naturwissenschaften

- Als alles begann: Harald Lesch ... über die Entstehung von Raum, Zeit und Materie (16. 1.), ...über die ersten drei Minuten des Universums (17. 1.), ...über die Strahlung und die dunkle Seite des Universums (18. 1.)
- Zahlen, Formen, Muster - Albrecht Beutelspacher erzählt aus der Geschichte der Mathematik (11. 2.)
- Alles wandert: Weltall und Kontinente (18. 2.), Pflanzen (19. 2.), Tiere (20. 2.), Mikroben (21. 2.), Pflanzen und Tiere als Klimaflüchtlinge (22. 2.)

Psychologie

- Schlüsselbegriffe: Was ist neurotisch? (25. 2.), Was ist manisch? (26. 2.), Was ist schizophren? (27. 2.)

Pädagogik

- Master neben dem Beruf - Weiterbildung an Hochschulen (22. 1.)
- Schulpflicht - Homeschooling (23. 1.)

Bildung im hr-fernsehen: Wissen und mehr Montag bis Freitag von 12.00 Uhr bis 12.45 Uhr

Montag: Deutsch, Literatur, Theater

- **Deutsch Klasse:** 13-teilige fiktionale Serie zur Förderung des Spracherwerbs für Migranten und zur interkulturellen Verständigung, ab 7.1. 2008 wöchentlich von 12-12.30 Uhr

Dienstag: Naturwissenschaft/Technik

- **Meilensteine der Naturwissenschaft und Technik** (12-12.15 Uhr): Vom Farbstoff zum Medikament (15.1.), Igor Sikorsky und der Hubschrauber (22.1.), Brüder Montgolfier (29.1.), Adam Riese und das Rechnen (5.2.), World Wide Web (12. 2.), Leonardo da Vinci und die Anatomie (19. 2.), Blindenschrift (26. 2.)
- **Wissen macht Ah!** jeden Dienstag von 12.20 bis 12.45 Uhr

Mittwoch: Gesellschaft und Politik

- **Future Kids - Die Zukunft unserer Kinder** (12-12.30 Uhr): Bild der frühen Kindheit (16.1.), Was Kinder stärkt (23.1.), Was Kinder prägt (30.1.), Was Kinder brauchen (6.2.), Kinder machen Zukunft (13.2.)

- **Städte und Landschaften** (12.30-12.45 Uhr): Dakar und Sounbel (6. 2.), Sao Paolo und Amazonien (13. 2.), Kairo und Kolkata (20. 2.), Benidorm und Mittlerer Westen (27. 2.)

Donnerstag: Philosophie, Religion, Ethik

- **echtzeit** (12-12.30 Uhr): politisches Jugendmagazin des WDR am 17., 24. und 31.1.
- **Tierklinik** (12-12.30 Uhr): vierteilige Serie ab 14. 2.
- **Die Stadt im späten Mittelalter** (12.30-12.45 Uhr): fünfteilige Serie ab 14. 2.

Freitag: Kunst, Musik, Neue Medien

- **Videolexikon Bilderbogen:** jeden Freitag 12-12.20 Uhr
- **Willi will's wissen:** jeden Freitag 12.20-12.45 Uhr

Das vollständige und aktualisierte Programm und Begleitmaterialien für den Unterricht findet man im hr-Wissensportal www.wissen.hr-online.de.

Das Neue Funkkolleg in hr2-kultur Die Welt der Geschichten samstags 9.25 - 9.55 Uhr

- Erzählen in den Kulturen (19. 1.)
- Erzählen und Reisen (26. 1.)
- Das Erzählen als nationale Sinnstiftung (2. 2.)
- Metageschichten - Erzählen des Erzählens (9. 2.)
- Geschichten der Macht (16. 2.)
- Erzählen in der Religion (23. 2.)

hr2-Domino Schlaufuchs - Radio für Kinder, montags 14.05-14.30 Uhr

- Wissens-Magazin (28. 1., 11. 2., 25. 2.)
- Steht ohne Öl alles still? (21. 1.)
- Schelmen, Narren und andere Eulenspiegel (4. 2.)
- „Klänge - Sounds - Geschichten“ - Schulprojekte vom hr2-Hörfest in Wiesbaden 2008 (18. 2.)

Alle Wissenswert-Sendungen zum Nachhören im Internet, weitere Informationen, die aktuelle Wochenübersicht und Manuskripte unter www.wissen.hr-online.de; „Wissenswert“ und „hr2 Domino“ aus den letzten zwei Jahren unter www.hr2.de, zum Downloaden beim „Bildungsserver Hessen“ als MP3-Datei unter <http://lernarchiv.bildung.hessen.de/archiv/>

Fortbildung Traumahilfe

Der Verein Traumahilfe Frankfurt bietet unter der Leitung von *Ingeborg Joachim* und *Ilse Röder-Debus* ab Januar 2008 erstmals auch eine mehrteilige Fortbildung für Lehrerinnen und Lehrer an, die ihnen helfen soll, mit den Auswirkungen von Trauma, Verlust- und Trennungserfahrungen ihrer Schülerinnen und Schüler umzugehen.

Kindern, die durch schwere Erfahrungen und Krisen in ihrem sozialen Umfeld seelisch belastet sind, fallen das Lernen und die Anpassung an die schulischen Anforderungen schwer. Sie sind ängstlich und zurückgezogen oder grenzüberschreitend und übererregt. Das Seminar I beginnt am Dienstag, dem 29. Januar 2008, die Folgetermine sind am 19. 2., 18. 3. und 15. 4. Das Seminar II beginnt am Samstag, dem 9. Februar 2008, die Folgetermine sind am 8. 3., 12. 4. und 17. 5. Die Teilnahmegebühr beträgt 320 Euro.

- **Weitere Informationen und Anmeldung:** Verein Traumahilfe, Hartmann-Ibach-Str. 105, 60389 Frankfurt, Tel./Fax: 069-464666, im Internet unter www.traumahilfe.net, E-Mail-Adresse: info@traumahilfe.net



gemeinnützige
bildungsgesellschaft mbH
der GEW Hessen

lea bildet...

Adorno & Ethik: Das schlechte Gewissen der Moral | 07-02-08, Frankfurt | **Schriftsprachen-**

erwerb von Migrant*innenkindern | 11-02-08, Frankfurt | **Festung Europa** | 12-02-08, Darmstadt |

Ausländische Schüler und Schülerinnen in der Sekundarstufe I | 12-02-08, Frankfurt |

Unterrichtsergebnisse wertschätzend aufbereiten | 12-02-08, Frankfurt | **Wer oder was ist**

eigentlich die EU? | 13-02-08, Marburg | **Let's talk about Homosexualität** | 14-02-08, Frankfurt |

Menschenbilder. Anthropologie im Ethik- und Philosophieunterricht | 14-02-08, Frankfurt |

Bildung – Ware oder Menschenrecht? | 18-02-08, Frankfurt | **Arbeitsbelastungen im Lehrerberuf**

| 19-02-08, Kassel | **Mitarbeitergespräche und Zielvereinbarungen** | 19-02-08, Darmstadt |

Schule und Religion im säkularen Staat – Ein laizistisches Integrationsmodell | 19-02-08, Frankfurt |

Selbstständiges Lernen in der Sekundarstufe | 20-02-08, Frankfurt | **Kooperation zwischen**

Kindertagesstätte und Grundschule | 21-02-08, Darmstadt | **Lehrerhandeln unter berufs-**

biografischer Sichtweise | 23-02-08, Frankfurt | **Hauptsache Stimme** | 25-02-08, Alsfeld |

„Da sprach die Socke zum Kochlöffel“ – Figurentheater und Sprachförderung | 25-02-08, Frankfurt |

LRS in der Sekundarstufe I und II | 27-02-08, Frankfurt | **Rechte Parolen im Klassenzimmer**

| 28-02-08, Gießen |

Das vollständige Programm unter www.lea-bildung.de

www.lea-bildung.de

fon 069 | 97 12 93 27 / 28

fax 069 | 97 12 93 97

Zimmerweg 12

60325 Frankfurt/Main